Stenographisches Protokoll

133. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode **Donnerstag, 19. Dezember 1974**

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 12982)

Personalien

Krankmeldung (S. 12918)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12918)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1375 d. B.)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Jungwirth (S. 12918)

Redner: Sandmeier (S. 12920), Marsch (S. 12927), Peter (S. 12930), DDr. Neuner (S. 12937), Dr. Tull (S. 12940), Dipl.-Vw. Josseck (S. 12943), Mühlbacher (S. 12945), Dipl.-Ing. Berl (S. 12948), Stögner (S. 12950), Scherrer (S. 12953), Ing. Schmitzer (S. 12958), Robak (S. 12961), Kern (S. 12963), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 12966), Hietl (S. 12969), Dr. Kohlmaier (S. 12970), Bundesminister Dr. Androsch (S. 12973), Dr. Withalm (S. 12976 und S. 12979) und Dr. Kreisky (S. 12978)

Annahme der Beratungsgruppe XI (S. 12980)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Generalberichterstatter: Dr. Gradenegger (S. 12980 und S. 12981)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes (S. 12981)

Ablehnung des Entschließungsantrages Dr. Ermacora (S. 11977) — (S. 12982)

Eingebracht wurden

Bericht

über die soziale Lage 1973, Bundesregierung (III-162) (S. 12918)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Budgettransparenz (1907/J)

Dr. Blenk, Dr. Ermacora und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Richtigstellung von Budgetdaten (1908/J)

Dr. Schwimmer, Dr. Mock und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Kurzarbeit (1909/J)

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Forschungsförderung (1910/J)

Anfragebeantwortung

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (1804/A.B. zu 1820/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 129. Sitzung vom 16. und 17. Dezember wie auch der 130. und 131. Sitzung vom 17. Dezember 1974 sind in der Kanzlei aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Präsident

Krank gemeldet ist Ing. Rudolf Heinz Fischer.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die eingelangte Anfragebeantwortung wurde den Anfragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen:

Bundesgesetz, mit dem das Bäckereiarbeitergesetz geändert wird (Bäckereiarbeitergesetz-Novelle 1974) (1416 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 geändert wird (1417 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Heeresversorgungsgesetz geändert wird (12. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz) (1418 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Opferfürsorgegesetz geändert wird (23. Opferfürsorgegesetznovelle) (1419 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird (1420 der Beilagen),

weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Den eingelangten Bericht der Bundesregierung über die soziale Lage 1973 (III-162 der Beilagen) weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen)

Spezialdebatte

A.

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50:	**Finanzverwaltung**
Kapitel 51:	**Kassenverwaltung**
Kapitel 52:	**Öffentliche Abgaben**
Kapitel 53:	**Finanzausgleich**
Kapitel 54:	**Bundesvermögen**
Kapitel 55:	**Pensionen (Hoheitsverwaltung)**
Kapitel 56:	**Familienlastenausgleich**
Kapitel 57:	**Staatsvertrag**
Kapitel 59:	**Finanzschuld**
Kapitel 73:	**Salz (Monopol)**
Kapitel 74	**Glücksspiele (Monopol)**
Kapitel 75:	**Branntwein (Monopol)**
Kapitel 76:	**Hauptmünzamt**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen).

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Jungwirth. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Jungwirth:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XI, Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), und Kapitel 76: Hauptmünzamt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 am 21. November 1974 in Verhandlung gezogen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Budgetvoranschlag sieht im Rahmen der Kapitel der Gruppe Finanzen im Grundbudget an Ausgaben rund 58 Milliarden Schilling oder fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Bundes und an Einnahmen rund 129 Milliarden Schilling oder mehr als drei Viertel der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Voranschlag 1975 vor.

1. Kapitel 50 „Finanzverwaltung"

Dieses Kapitel umfaßt das Bundesministerium für Finanzen, die Finanzlandesdirektionen, die Finanz- und Zollämter, das Österreichische Postparkassenamt sowie sonstige zugehörige Ämter. 1975 sind an Ausgaben rund 4846 Millionen Schilling gegen 4495 Millionen Schilling in diesem Jahr und Einnahmen von 1028 Millionen Schilling gegenüber 1150 Millionen Schilling im Voranschlag 1974 vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben von rund 351 Millionen Schilling ist vor allem auf Bezugserhöhungen und Teuerungszulagen sowie auf Mehraufwendungen im Zusammenhang mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen zurückzuführen.

Jungwirth

Ab dem Voranschlag 1975 ist im Zuge der rechnerischen Bereinigung der sogenannten „Durchlaufer" von der Gesamtgebarung der Kostenersatz an das Hauptmünzamt für die Ausprägung der Scheidemünzen (1975 rund 700 Millionen Schilling) nicht mehr auf der Ausgabenseite veranschlagt, sondern auf der Einnahmenseite abgesetzt ausgewiesen.

2. Kapitel 51 „Kassenverwaltung"

Dieses Kapitel weist Ausgaben von 2427 Millionen Schilling und Einnahmen von 1852 Millionen Schilling auf.

Bei den Ausgaben steht einer Verminderung der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen um 500 Millionen Schilling ein höherer Bedarf bei der Marktpflege sowie bei den Kursverlusten gegenüber.

Im Zusammenhang mit der um 500 Millionen Schilling geringeren Veranschlagung der Ausgaben für Rücklagenauflösungen mußte bei den Einnahmen die Entnahme aus Rücklagen um den gleichhohen Betrag vermindert angesetzt werden.

3. Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben"

Der Veranschlagung für 1975 wurde eine Fortsetzung der günstigen Wirtschaftsentwicklung und ein Zuwachs des Bruttonationalproduktes von etwa 13 bis 14 Prozent unterstellt, wobei jedoch auf die zu erwartenden Ausfälle vor allem auf Grund der EStG-Novelle 1974 und des weiteren Abbaues der Zölle gegenüber dem EWG-Raum Bedacht genommen wurde.

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben des Bundes für das Jahr 1975 wurden demgemäß mit rund 165,5 Milliarden Schilling und die Nettoeinnahmen mit rund 104,1 Milliarden Schilling geschätzt.

4. Kapitel 53 „Finanzausgleich"

Im Kapitel 53 sind Leistungen beziehungsweise Zuschüsse an Länder und Gemeinden sowie die damit in Zusammenhang stehenden Einnahmen veranschlagt.

Unter Berücksichtigung der zur Vermeidung von Doppelveranschlagungen ab dem Voranschlag 1975 erstmals abgesetzten Teilbeträge betreffend die Weiterleitung von Katastrophenfondsmitteln (rund 1014 Millionen Schilling) sind an Ausgaben 2230 Millionen Schilling und an Einnahmen 691 Millionen Schilling vorgesehen.

5. Kapitel 54 „Bundesvermögen"

Bei diesem Kapitel sind vor allem Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Kapitalbeteiligungen des Bundes, Bundesdarlehen, Haftungsübernahmen sowie besondere Zahlungsverpflichtungen veranschlagt. Für 1975 sind hiefür Ausgaben von 2399 Millionen Schilling und Einnahmen von 1129 Millionen Schilling vorgesehen, was einer Zunahme um 229 beziehungsweise 81 Millionen Schilling entspricht.

6. Kapitel 55 „Pensionen (Hoheitsverwaltung)"

Im Budgetentwurf 1975 sind bei diesem Kapitel Ausgaben von 13.459 Millionen Schilling gegenüber 11.293 Millionen Schilling im heurigen Jahr vorgesehen.

Die Mehrausgaben von fast 2,2 Milliarden Schilling sind vor allem auf einen erhöhten Bedarf für die Pensionisten der Hoheitsverwaltung des Bundes (+ 1 Milliarde Schilling), für Ersätze der Pensionen der Landeslehrer (+ 0,4 Milliarden Schilling) sowie für den Pensionsanteil der Österreichischen Bundesbahnen (+ 0,7 Milliarden Schilling) zurückzuführen.

Die Einnahmen wurden 1975 mit 1032 Millionen Schilling gegenüber 978 Millionen Schilling im Jahre 1974 veranschlagt.

7. Kapitel 56 „Familienlastenausgleich"

Die Einnahmen bei diesem Kapitel wurden im Budgetentwurf 1975 mit 16.397 Millionen Schilling veranschlagt, was gegenüber dem Voranschlag 1974 einer Steigerung um 3930 Millionen Schilling entspricht. Diese Erhöhung ist insbesondere durch die zu erwartende Steigerung der Lohnsumme, von der 6 Prozent als Dienstgeberbeitrag zu leisten sind, bedingt. Zur Bestreitung der in gleicher Höhe angesetzten Ausgaben des Ausgleichsfonds ist im Jahre 1975 die Zuführung eines Betrages von 509 Millionen Schilling aus den Rücklagen des Reservefonds vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben ist im wesentlichen zurückzuführen auf eine Erhöhung der Familienbeihilfen ab 1. Juli 1974 beziehungsweise 1. Jänner 1975 um insgesamt 70 S, auf die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 4000 auf 16.000 S, auf höhere Aufwendungen bei den Schulfahrtbeihilfen und Schülerfreifahrten, auf Schulbuchpreiserhöhungen sowie auf die erstmalig anfallenden Untersuchungskosten nach dem Mutter-Kind-Paß.

8. Kapitel 57 „Staatsvertrag"

Beim Kapitel 57 sind im Bundesvoranschlag 1975 Ausgaben von 118 Millionen Schilling (1974: 64 Millionen Schilling) und Einnahmen von 46 Millionen Schilling (1974: 123 Millionen Schilling) vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben ist vor allem auf die erstmalige Vorsorge für Aushilfezahlungen für politisch Verfolgte im Be-

Jungwirth

trage von 30 Millionen Schilling zurückzuführen. Die Mindereinnahmen sind im wesentlichen durch den Wegfall der Entschädigungen für Vermögensverluste in Italien (— 71 Millionen Schilling) bedingt.

9. Kapitel 59 „Finanzschuld"

Für die Finanzschuld des Bundes sind 1975 Ausgaben in Höhe von rund 14 Milliarden Schilling veranschlagt, was gegenüber dem heurigen Jahr einer Erhöhung um rund 2,3 Milliarden Schilling entspricht. Vor allem muß bei den Bundesschatzscheinen sowie bei der Tilgung und Verzinsung von Inlandanleihen mit einem erheblichen Mehrbedarf gerechnet werden.

10. Kapitel 73 „Salz (Monopol)"

Die Betriebsausgaben beim Kapitel 73 „Salz" sind im Budgetentwurf 1975 mit 315 Millionen Schilling (1974: 272 Millionen Schilling), die Betriebseinnahmen mit 268 Millionen Schilling (1974: 253 Millionen Schilling) vorgesehen. Der höhere Abgang resultiert aus vermehrten Personalkosten und Preiserhöhungen der Produktionsmittel.

11. Kapitel 74 „Glücksspiele (Monopol)"

Beim Kapitel 74 „Glücksspiele" stehen im Bundesvoranschlag 1975 Ausgaben von 702 Millionen Schilling (1974: 584 Millionen Schilling) Einnahmen von 779 Millionen Schilling (1974: 650 Millionen Schilling) gegenüber, sodaß sich der Monopolertrag um 11 Millionen Schilling erhöhen wird.

12. Kapitel 75 „Branntwein (Monopol)"

Bei diesem Kapitel sind im Bundesvoranschlag 1975 Betriebsausgaben von 278 Millionen Schilling (1974: 264 Millionen Schilling) und Betriebseinnahmen von 837 Millionen Schilling (1974: 764 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der um 59 Millionen Schilling höher erwartete Monopolertrag ist vor allem auf höhere Branntweinverkaufserlöse zurückzuführen.

13. Kapitel 76 „Hauptmünzamt"

Beim Kapitel 76 „Hauptmünzamt" sind im Bundesvoranschlag 1975 Ausgaben von 903 Millionen Schilling (1974: 567 Millionen Schilling) und Einnahmen von 804 Millionen Schilling (1974: 571 Millionen Schilling) vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben ist insbesondere auf den höheren Weltmarktpreis für das Münzsilber, die Mehreinnahmen sind auf die damit im Zusammenhang stehenden höheren Ersätze für Ausmünzungen für Rechnung des Bundes zurückzuführen. Den Mehrausgaben aus der notwendigen Münzmaterial-Bevorratung werden im Jahre 1976 entsprechend höhere Einnahmen gegenüberstehen.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Koren, Dipl.-Vw. Josseck, Mühlbacher, Sandmeier, Maria Metzker, DDr. Neuner, Pfeifer, Doktor Zittmayr, Dr. Pelikan, Nittel, Suppan, Kern, Josef Schlager, Bregartner und Hietl. Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in gegenständlicher Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den A n t r a g, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,

dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,

dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,

dem Kapitel 53: Finanzausgleich,

dem Kapitel 54: Bundesvermögen,

dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),

dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,

dem Kapitel 57: Staatsvertrag,

dem Kapitel 59: Finanzschuld,

dem Kapitel 73: Salz (Monopol),

dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),

dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und

dem Kapitel 76: Hauptmünzamt

samt den zu den Kapiteln 50 und 54 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bin ferner ermächtigt zu beantragen, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Diskussion steht am letzten Tag der Budgetdebatte wie jedes Jahr das Kapitel Finanzen. Ich werde mich zum Abschluß dieser Budgetdebatte, aber auch zum Abschluß einer fünfjährigen sozialistischen Budgetpolitik zuerst mit einigen allgemeinen

Sandmeier

Grundsätzen der Budgetpolitik auseinandersetzen und dann noch auf einige Detailfragen des Kapitels Finanzen eingehen.

Neben der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Preispolitik, der Wohnbaupolitik, dem Demokratieverständnis, der Landesverteidigungspolitik und der Gesundheitspolitik ist zweifelsohne die Budgetpolitik einer der dunklen Flecke auf der sozialistischen Weste. Das Versagen der sozialistischen Budgetpolitik ist von Jahr zu Jahr deutlicher geworden und führt jetzt dazu, daß fast alle Zeitungen von der kritischen Situation unserer Staatsfinanzen sprechen. *(Abg. Dr. Tull: Diesen Eindruck haben wir aber nicht!)* Dann lesen Sie keine Zeitung, Herr Dr. Tull! Vielleicht nehmen Sie sich einmal die Zeit. *(Abg. Dr. Tull: Die heutige müssen Sie lesen!)*

Seit der Veröffentlichung des Budgets 1975 haben sich eine Reihe namhafter Finanz- und Budgetexperten mit diesem Budget kritisch auseinandergesetzt. Wenn man von den sozialistischen Parteizeitungen absieht, gab es wohl keine Pressestimme, die das letzte Budget der sozialistischen Alleinregierung positiv beurteilt hätte.

Der bekannte Wirtschaftsjournalist Professor Horst Knapp faßt das Ergebnis der sozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in dem lapidaren, allerdings schwerwiegenden und vorwurfsvollen Satz zusammen: „So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht."

Da ich weiß, Herr Bundesminister für Finanzen, daß Sie Professor Horst Knapp als einen sehr fähigen, seriösen Wirtschafts- und Finanzfachmann schätzen, muß dieses Urteil für den Finanzminister und die gesamte Bundesregierung niederschmetternd wirken. *(Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen den Abgeordneten Dr. Withalm und Dr. Tull.)*

Alle ernst zu nehmenden Zeitungen unseres Landes haben sich daher — in großer Sorge — mit der tristen budgetpolitischen Lage unseres Staates befaßt und die Bevölkerung informiert. In den dort aufscheinenden Überschriften ist eigentlich alles ausgedrückt:

„Staat braucht 20 Milliarden Kredit, nur 10 Milliarden aufzutreiben."

„Griff zur Notenpresse, um Budgetloch zu stopfen."

„Budget-Chaos."

„Bund in höchsten Finanzschwierigkeiten."

„Riesendefizit droht."

„Sparappelle kommen um Jahre zu spät."

„Perfekt verschleierte Bilanz."

„Wirtschaftsforschungsinstitut zerfetzt das Androsch-Budget."

Und so weiter. In all diesen Artikeln, meine Damen und Herren, kommt die Sorge zum Ausdruck, wie es weitergehen soll! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)*

Die Verhaltensweise der Bundesregierung in den fünf Jahren ihrer Tätigkeit rächt sich heute bitter. Von Anfang an hat die Regierung die Inflationspolitik geschürt und dann wohlwollend geduldet, weil damit dem Staat reichlich Mehreinnahmen zuflossen, die man auf Teufel komm' raus!, eben verteilen wollte. Sie erlag offensichtlich der irrigen Meinung, sich damit eine gute Ausgangsposition für die nächsten Nationalratswahlen zu sichern.

In der Zwischenzeit muß die Regierung Kreisky gemerkt haben — und das haben die Regionalwahlen und die Arbeiterkammerwahlen eindeutig bestätigt —, daß sie die Österreicher für wirklich und reichlich primitiv gehalten hat: Was nützt ein bisserl mehr im Lohnsackerl, was nützt ein bißchen mehr Rente und Pension *(Abg. Dr. Tull: Nichts dagegen!)*, wenn man damit in eine scharfe Progression hineingetrieben wird und wenn das Mehr durch die von der Regierung zu einem großen Teil mitverschuldete Teuerung wieder aufgefressen wird?

Die Inflation, die von den Sozialisten durch die Budgetpolitik, speziell durch die Ausgabenexplosion, durch ihre Tarifpolitik und eine Inflation von Versprechungen, erst so richtig entfacht wurde, wurde erstmals mit dem Budget 1974 eine echte Hypothek für den Finanzminister.

Im heurigen Jahr wird nach vorsichtigen Schätzungen der Ausgabenrahmen um mehr als 20 Prozent oder mehr als ein Drittel stärker als das Bruttonationalprodukt steigen. Da die Ausgaben nach einer schriftlichen Beantwortung des Finanzministers um mindestens 11 Milliarden Schilling die veranschlagten Werte übersteigen werden, die Einnahmen aber keine allzugroßen Steigerungen erfahren werden, ist zu befürchten, daß sich das Defizit bedrohlich der 20-Milliarden-Grenze nähert.

Meine Damen und Herren! Da nimmt sich das schon legendäre Zitat des Herrn Bundeskanzlers Kreisky geradezu wie ein Hohn aus, wenn er damals — allerdings war er damals in der Opposition — gesagt hat: Defizite von 8 Milliarden Schilling sind doch ein Wahnsinn! — Heute gehen wir auf ein 20-Milliarden-Defizit hin. Da kann man eben nur sagen: Vor Tische las man's anders! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sandmeier

Aber nicht nur das Jahr 1974 bereitet Sorgen. Auch das Budget 1975 ist wieder falsch konzipiert. Sie werden jetzt sagen: Diese ewige Schwarzmalerei. Ich werde deshalb diese meine Behauptung durch eine völlig neutrale Institution bestätigen lassen.

Im Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes des Monats November 1974 heißt es unter anderem:

„Die hervorstechendsten Merkmale des Budgets 1975 sind die Verlagerung der Ausgabenstruktur zu den konsumwirksamen Ausgabenkategorien, die Fortsetzung der expansiven Grundtendenz des Budgets und die angespannten Finanzierungsmöglichkeiten."

Es heißt dort weiter:

„Für 1975 lassen sowohl die Erhöhung des inlandswirksamen Defizits, als auch die Entwicklung des Finanzierungssaldos erwarten, daß sich die expansiven Wirkungen des Bundeshaushaltes fortsetzen."

Woher Sie, Herr Bundesminister, bei der Beurteilung des Budgets noch den Mut haben, von einem Sparbudget zu reden, weiß ich nicht.

Da mit dem Budget 1975 das letzte Budget in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, liegt es nahe, noch einmal kurz fünf Jahre sozialistischer Budgetpolitik zu durchleuchten und die großen Versprechungen der Sozialisten als Oppositionspartei und besonders vor der Wahl mit den Tatsachen und Wirklichkeiten zu vergleichen.

Nur einige Punkte möchte ich anführen:

Erstens: Im sozialistischen Wirtschaftsprogramm, also in dem, das Sie vor der Wahl versprochen haben, heißt es auf Seite 26 wörtlich:

„Die strukturellen Defizite sind das Ergebnis einer konservativen Budgetpolitik, der jedes längerfristige Konzept fehlt. Anstatt den längerfristigen Entwicklungstendenzen Rechnung zu tragen, begnügt man sich mit budgetpolitischen Ad hoc-Entscheidungen."

Das war, meine Damen und Herren, Ihre Kritik. Und was haben Sie selbst dann wirklich gemacht?

Das, was Sie damals geschrieben haben, klingt heute wie eine einzige Selbstanklage. Was ist aus dem längerfristigen Budgetkonzept geworden, Herr Bundesminister? — Nichts haben Sie in dieser Richtung gemacht. Im Gegenteil: Noch nie wurde in der Budgetpolitik so kurzfristig gedacht und gehandelt wie gerade in den letzten Jahren.

Heute lebt der Staat von der Hand in den Mund. Die Staatskasse ist leer! Um die dringendsten Verbindlichkeiten abzudecken, hat der Bund, wie man erfährt, erst vor kurzem einen 2-Milliarden-Kredit auf dem Umweg über die Postsparkasse und den Kreditapparat direkt bei der Nationalbank aufgenommen.

Das allerdings steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen des Nationalbankgesetzes. „Die Presse" vom 6. Dezember 1974 spricht in diesem Zusammenhang von einem Zugriff zur Notenpresse.

In der Beantwortung der dringlichen Anfrage vom vorigen Freitag, also vor fast einer Woche, hat der Herr Finanzminister auf die Frage: „Entsprechen jene Zeitungsnachrichten den Tatsachen, wonach fällige Zahlungsverpflichtungen des Bundes im Ausmaß von 2 Milliarden Schilling unter Mißachtung der eindeutigen Bestimmungen des § 41 Nationalbankgesetz von der Kontrollbank vorfinanziert werden, die ihrerseits die notwendigen Mittel aus einem Lombardkredit der Oesterreichischen Nationalbank an die Österreichische Postsparkasse erhalten soll?, geantwortet: „Es bestehen keine Vereinbarungen."

Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit hat allerdings die Postsparkasse unsere Vermutungen bestätigt. In der Stellungnahme der Postsparkasse heißt es nämlich:

„... einziges Ziel dieser Transaktionen ist es, den begünstigten Firmen" — das heißt jenen Firmen, denen der Bund die Bezahlung seit vielen Monaten schuldig geblieben ist — „die ihnen zustehenden Zahlungseingänge noch vor Weihnachten zukommen zu lassen, um sie ihrerseits in die Lage zu versetzen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können."

Was hat sich wirklich abgespielt? — Weil die Republik Österreich durch die Politik des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens dieser Regierung kein Geld hat, um auch nur die dringlichsten Verpflichtungen noch vor Jahresende begleichen zu können, mußte die Postsparkasse den Gläubigern des Bundes gegen Zession der Forderungen Kredite für 2 Milliarden Schilling einräumen.

Die Postsparkasse hat allerdings selbst keinen Spielraum mehr, und so mußte daher die Kontrollbank für sie einspringen. Nun hatte aber die Postsparkasse auch das Geld nicht, um die Kredite auszahlen zu können. Daher borgte sich die Postsparkasse das Geld einfach bei der Nationalbank aus.

Die Operation ist, wie die Fachleute übereinstimmend feststellen, ein klarer Verstoß gegen das Nationalbankgesetz. Bis zur Stunde

Sandmeier

steht eine Äußerung des Generalrates der Nationalbank noch aus.

Was soll man von einer Regierung halten, die völlig illiquid geworden ist, die längst fällige Rechnungen nicht mehr auf reellem Wege bezahlen kann? — Das ist das Ergebnis einer Budgetpolitik, die nur kurzfristig ausgerichtet ist. Also von einem vor der Wahl angekündigten längerfristigen Budgetkonzept weit und breit keine Rede!

Zweitens: Um den Wirtschaftsprojekten eine längerfristige Orientierungshilfe zu geben, wurde angeblich jenes Investitionsprogramm geschaffen, um das es in der Zwischenzeit bereits wieder ganz still geworden ist. Dieses sogenannte Investitionsprogramm weist nicht nur keine Prioritäten auf, sondern ist auch völlig nebulos.

Drittens: Der Finanzminister erklärte in der Budgetrede: In dieser Zeitspanne konnte das Budget konsolidiert werden. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Einige Tage später mußten Sie, Herr Bundesminister, sich von Professor Horst Knapp, den Sie sehr schätzen, sagen lassen, daß die Staatsfinanzen noch nie so wenig in Ordnung waren wie jetzt.

Dies manifestiert sich in der praktischen Zahlungsunfähigkeit der Regierung, in den extrem hohen Budgetdefiziten und in einer Staatsverschuldung, die die 100-Milliarden-Grenze bereits erreicht hat. Am Schluß der sozialistischen Regierungsperiode wird also jeder Österreicher mit etwa 16.000 S pro Kopf an Staatsschulden belastet sein.

Viertens: Der seinerzeitige Oppositionspolitiker Dr. Androsch hatte damals eine besondere Förderung der Investitionen verlangt. Und was ist heute? — Die Ausgaben für Investitionen im Budget 1975 sind rückläufig. Die Mittel für den Straßenbau sind sogar absolut zurückgegangen, und für den Hochbau stagnieren sie. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Investitionsförderungen. Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest:

Die Ausgabenstruktur wird sich 1975 stark zu jenen Ausgaben verschieben, die den privaten Haushalten zufließen. In der Investitionstätigkeit hingegen wird der Bund zurückhaltend sein. Im kommenden Jahr wird daher vom Bundeshaushalt her der private Konsum zusätzliche Impulse erhalten.

Fünftens: Vor der Wahl wurde immer wieder von Transparenz gesprochen. Man hat Kreisky scherzhalber den „Transparenzkanzler" genannt.

Eine Regierung, die vor ihrem Amtsantritt die Transparenz übermäßig strapaziert hat, legt heute ein Budget der raffinierten Verschleierung vor. Als Beispiel möchte ich nennen: die Dreiteilung des Budgets, um das wahre Defizit zu verschleiern, um den wirklichen Ausgabenrahmen und die damit verbundene Ausgabenexplosion zu vernebeln. Als weiteres Beispiel ist die tatsächliche Verschuldung des Staates anzuführen, aber nur ein Teil wird offen ausgewiesen.

Sechstens: Die hohen Preissteigerungen sind nicht zuletzt durch die verfehlte Budget-, Tarif- und Steuerpolitik dieser Regierung verursacht worden. Ein beredtes Beispiel sind die ständigen Benzinpreiserhöhungen, die zweimalige Zigarettenpreiserhöhung, Post- und Bahntariferhöhungen.

Auf Grund der verschlechterten wirtschaftlichen Lage dürften heuer einige Steuern, vor allem die Mehrwertsteuer, nicht in der extrem optimistischen Höhe einlangen.

Nun versucht der Finanzminister, die Schuld dafür schon wieder in dem angeblich zu niedrigen Mehrwertsteuersatz zu finden. Er spricht bereits von einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 16 auf 18 Prozent, was eine zusätzliche steuerliche Belastung der Bevölkerung im Ausmaß von 6 Milliarden Schilling pro Jahr bedeuten würde.

Daß an diesen Mindereinnahmen bei der Mehrwertsteuer jedoch Gesetzesmängel, Schätzungsfehler und die wirtschaftliche Lage schuld sind, zeigt ganz eindeutig ein Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung, das in den letzten Tagen veröffentlicht wurde. Daraus geht ganz eindeutig und klar hervor, daß der Mehrwertsteuersatz keinesfalls zu niedrig, sondern um ein halbes bis dreiviertel Prozent zu hoch ist.

Siebentens: Große Versäumnisse und Verfehlungen zeigen sich vor allem auf dem Gebiet der Lohn- und Einkommensteuerpolitik. Das, was wir Ihnen seinerzeit bei der Beschlußfassung über die Steuerreform vorgehalten haben, nämlich daß sie progressionsverschärfend, nivellierend und leistungsfeindlich wirkt, familienfeindlich ist, hat sich leider bestätigt, und niemand wird dies abstreiten können.

Die Unzufriedenheit und Enttäuschung im Zusammenhang mit der Steuerpolitik dieser sozialistischen Regierung zeigen in den Wahlergebnissen ihren Niederschlag.

Achtens: Die Regierung hat es zustandegebracht, daß es plötzlich ein neues, sehr ernstes Problem gibt: das Problem der Finanzierbarkeit der Defizite und der Vorhaben überhaupt.

Sandmeier

Wie leicht es sich die derzeitige Regierung mit der Finanzierung von Ankündigungen macht, sei nur am Beispiel des Budgets 1975, im speziellen am angekündigten sogenannten Bau-Sofortprogramm bewiesen. Obwohl das Defizit 1975 — präliminiert mit mehr als 16 Milliarden; in Wirklichkeit werden es über 20 Milliarden sein — schon nicht mehr finanzierbar ist, werden voraussichtlich noch einige Milliarden — man spricht von 5 Milliarden Schilling — des heurigen Jahres in das nächste Jahr hinübergeschoben und belasten dadurch im voraus den Kapitalmarkt 1975 aufs neue.

Wenn schon das Grundbudget 1975 nicht finanzierbar ist, wie sollen da die mehr als 6 Milliarden Schilling in der Stabilisierungsquote beziehungsweise im Konjunkturbelebungsprogramm finanzierbar sein? Lauter unbeantwortete Fragen.

Als letzten Gag hat der Finanzminister, offenbar weil in der Bauwirtschaft nicht alles zum besten bestellt ist und man dort Arbeitslosigkeit befürchtet, ein sogenanntes Bau-Sofortprogramm in Höhe von 4,3 Milliarden Schilling verkündet. Wie dies im einzelnen finanzierbar sein soll, darüber herrscht tiefes Schweigen. Aber angekündigt wurde es, man schreibt darüber, und das ist ja am wichtigsten. Es hat ja einmal eine unabhängige Zeitung vom „Luftballonloslasser" Kreisky gesprochen.

Das wiederholt sich immer wieder: Man setzt etwas in die Welt, kündigt etwas an, man spricht, schreibt darüber, aber dann wird es in der Versenkung verschwinden.

Doch wenn einmal die Österreichische Volkspartei den Vorschlag macht, dies und jenes zu berücksichtigen, dann ruft die Regierungspartei sofort nach einem Bedeckungsvorschlag, obwohl es ihre Aufgabe ist, die Prioritäten im Budget zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur in Erinnerung rufen, wie Sie sich zur Zeit der Opposition verhalten haben. An einem einzigen Tag haben Sie damals Forderungen in der Höhe von über 7 Milliarden Schilling an den Staat gestellt. *(Abg. Doktor Zittmayr: Das waren noch gute Schillinge!)* Und heute tun Sie so unschuldig und ein bißchen — verzeihen Sie den Ausdruck — scheinheilig, so, als ob Sie sich selbst nichts vorzuwerfen hätten.

Das möchte ich auch dem Abgeordneten Fischer, der heute leider nicht hier ist, ins Stammbuch schreiben, weil er sich so gerne mit diesem Thema beschäftigt. *(Abg. Doktor Fischer betritt den Saal. — Abg. Doktor Tull: Er ist schon da! — Abg. Sekanina: Wenn der Fischer da ist, geht es euch wieder schlecht! — Heiterkeit.)*

Am 1. November 1974 schreibt Professor Horst Knapp in den „Finanznachrichten" — ich muß es wiederholen —:

„So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht."

Im selben Artikel erklärt er, der Finanzminister müsse wohl wissen, daß die Situation der Staatsfinanzen denkbar prekär sei, daß er aber der Parteiräson zuliebe das Gegenteil behaupte. Knapp schreibt in diesem Artikel weiter:

„Ausgegeben wird — ohne jede Rücksicht auf konjunktur-, stabilitäts- oder wachstumspolitische Erfordernisse — genau jener Betrag, den der Staat einnehmen oder sich ausborgen zu können hofft."

Was haben Sie, meine Damen und Herren, vor der Wahl und in Ihrem Wirtschaftsprogramm angekündigt? Dort heißt es im klaren Gegensatz zu Ihrer Verhaltensweise:

„Das Ausmaß" — das haben Sie damals geschrieben —, „in dem Mehreinnahmen dem Bund zu erschließen wären, muß sich nach der Entwicklung der Ausgabenerfordernisse und damit der Gesamtausgaben richten."

Ebenfalls im Wirtschaftsprogramm heißt es, daß die Gesamtausgaben des Staates selbst bei einem völligen Ausgaben-Einnahmen-Gleichgewicht eine Expansivwirkung hervorbringen. Dazu heißt es weiter — wenn man das liest, muß man sagen, das würde direkt erheiternd anmuten, wäre es nicht so ernst —:

„Bei Vollbeschäftigung hätte eine solche Expansivwirkung insofern unangenehme Nebenwirkungen, als Preissteigerungen ausgelöst beziehungsweise verstärkt werden könnten. Um dieser Expansivwirkung aus Gründen der Geldwertstabilität entgegenzuwirken, muß das Ausmaß der für den Staat alljährlich erforderlichen Mehreinnahmen sogar jenes der Mehrausgaben übertreffen, wobei" — und jetzt horchen Sie! — „der Überschuß einkommensunwirksam anzulegen ist."

Heute mutet das direkt wie ein Witz an, wenn man Ihre Verhaltensweise betrachtet!

„Aus all diesen Überlegungen" — heißt es im Wirtschaftsprogramm weiter — „muß unter den für eine Wirtschaft mit Vollbeschäftigung geltenden Bedingungen dafür gesorgt werden, daß die Entwicklung der Staatseinnahmen tendenziell nicht nur mit der Entwicklung der Staatsausgaben Schritt hält, sondern erforderlichenfalls darüber hinausgeht."

Das also, meine Damen und Herren, haben Sie vor der Wahl zu tun versprochen. Sie sind mit dem Wirtschaftsprogramm herumgereist

Sandmeier

und haben gesagt: Wir sind bestens vorbereitet. Wir ersuchen die Österreicher, uns zu wählen.

Sie haben viel versprochen. Was haben Sie gehalten?

Sie haben sich daran fast überhaupt nicht gehalten, sonst hätten wir heute nicht dieses Schlamassel. Genau das Gegenteil hat diese Regierung gemacht: Mehreingänge in der Höchstkonjunkturzeit wurden sofort mit leichter Hand wieder ausgegeben.

Versprochen haben Sie — und dies wäre budgetpolitisch richtig gewesen —, den Überschuß durch Mehreinnahmen einkommensunwirksam anzulegen.

Die Bevölkerung hat längst ein gutes Empfinden dafür, was sie von sozialistischen Wahlprogrammen und Versprechungen zu halten hat. Ich habe bereits im ersten Teil meiner Rede auf die Unglaubwürdigkeit, auf die Verschleierung, Verschwendung, Schuldenpolitik und die Expansivwirkung des Budgets hingewiesen.

Nun möchte ich noch einmal hervorheben, daß es diese Regierung bedauerlicherweise nicht verstanden hat, mit ihrer Budgetpolitik entsprechende Prioritäten zu setzen. Während sich die Staatsschulden verdoppelt haben, kostspielige Prestigebauten und verschwendungsintensive Umverteilungsmaßnahmen, wie zum Beispiel das Wegwerfschulbuch, der wachsende Propagandaaufwand, Milliardenbeträge verschlingen und das Bundestheaterdefizit trotz heftigster sozialistischer Kritik in früheren Jahren auf 800 Millionen Schilling angewachsen ist, stehen für die eigentlichen Probleme und für die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Teil nur unzulängliche Mittel zur Verfügung. So wird zum Beispiel der Spitalsausbau von einer eigenen Steuer abhängig gemacht, für die wirtschaftliche Landesverteidigung, also die Bevorratung, sind 2000 S eingesetzt, die Ansätze für Jugendförderung und Erwachsenenbildung haben sich trotz Inflation gegenüber 1974 sogar verringert.

Schließlich wird dem öffentlichen Konsum Vorrang vor den dringend benötigten Investitionen, wie Schulen, Straßen oder Krankenhäusern, eingeräumt. Das zeigt, daß das Budget 1975 echte Prioritäten vermissen läßt und daß es offensichtlich auf kurzfristiges Überleben angelegt ist.

Wenn ich das sage, möchte ich etwas vorwegnehmen, weil der Herr Abgeordnete Marsch sehr aufmerksam zuhört und ja der nächste Redner ist. Wenn ich sage, daß für Schulen, Straßen und Krankenhäuser keine Prioritäten gesetzt wurden, möchte ich Ihnen vorwegnehmen, daß Sie nicht wieder beginnen mit dem, was ich erst gesagt habe und worin der Abgeordnete Fischer schon der Meister ist, nämlich zu sagen, „er tut nur lizitieren und sagt nicht, woher nehmen".

Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Ihre Aufgabe ist es, am richtigen Ort zu sparen, Verschwendungen hintanzuhalten, richtige Prioritäten zu setzen. Wenn Sie das im Budget tun, dann werden Sie auch die nötigen Mittel zur Finanzierung dieser Probleme zur Verfügung haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach diesen mehr allgemeinen Ausführungen zum Budget und zur Budgetpolitik überhaupt, möchte ich mich nun kurz einigen speziellen Kapiteln zuwenden. Vorerst zum Finanzausgleich.

Der Finanzausgleich hat den Zweck, Bund, Länder und Gemeinden mit jenen finanziellen Mitteln auszustatten, die diese Gebietskörperschaften brauchen, um die ihnen durch Gesetze zugewiesenen Aufgaben finanzieren zu können. Aufgabenerfüllung und finanzielle Ausstattung befinden sich in einem engen Konnex, wobei man gerechterweise wohl sagen muß, daß bei keiner der Gebietskörperschaften die Aufgaben in den letzten Jahren so stark zugenommen haben wie gerade bei den Gemeinden. Der Bau, die Erhaltung von Straßen und Wegen, die Aufschließung von Siedlungen, die Infrastruktur in Beziehung zur gesamten Raumordnung, der Bau von Schulen und Kindergärten, all diese Aufgaben sind wichtig, notwendig und dringend. Das Nahverhältnis zwischen Gemeindebürger und Gemeindevertretung zwingt diese, schnell und vor allem richtig zu handeln. Die hiefür vorhandenen finanziellen Mittel reichen bei weitem nicht aus, die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Ein Beweis dafür ist die überaus rasche Zunahme der Verschuldung der Gemeinden.

Auf Grund statistischer Unterlagen des Städtebundes und des Gemeindebundes werden die Gemeinden im Zeitraum 1973 bis 1976 43,6 Milliarden Schilling investieren, davon 35 Prozent allein für Wasserversorgungs- und Abwässerbeseitigungsanlagen, und für Schulbauten 9 Milliarden Schilling. Für diese Aufgabe liegen bereits Beschlüsse vor, diese Projekte wurden zum Großteil schon begonnen.

Für diese 43,6 Milliarden Schilling stehen nur 21 Prozent Eigenmittel und 17 Prozent Zuschüsse zur Verfügung. 62 Prozent dieser Mittel oder 27 Milliarden Schilling müssen auf dem Kapitalmarkt durch die Gemeinden aufgebracht werden. Das zeigt doch, meine Damen und Herren, ganz deutlich, daß es den

Sandmeier

Gemeinden in Kürze nicht mehr möglich sein wird, allein diese gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Ich habe das deshalb aufgezeigt, um rechtzeitig auf die finanzielle Situation der Gemeinden im Hinblick auf einen künftigen Finanzausgleich hinzuweisen.

Zum Familienlastenausgleich wird noch ein anderer Kollege sprechen. Ich möchte mich lediglich auf die Feststellung beschränken, daß der Familienlastenausgleichsfonds ein typisches Beispiel unseriöser Budgetierung und Verschwendung seitens sozialistischer Politik ist. So werden seit Jahren Einnahmen in Milliardenhöhe verschätzt, während für das Wegwerfschulbuch, durch das schlechte System, wiederum Milliardenbeträge zum Fenster hinausgeworfen oder besser gesagt in die Mülltonnen hineingeworfen werden. Diese Milliarden könnten wahrhaftig besser und zweckmäßiger angelegt werden.

Bezüglich der Steuern möchte ich nur einen einzigen Satz sagen. Der sozialistischen Regierung ist es gelungen, im heurigen Jahr den bisher höchsten Prozentsatz der Besteuerung der Bevölkerung zu erreichen. Die Steuerbelastung beträgt nämlich bereits 24,4 Prozent.

Zu den Finanzschulden möchte ich zu dem, was ich bisher gesagt habe, lediglich hinzufügen, daß sich der Zinsenaufwand im Jahre 1975 dem Tilgungsaufwand bedenklich nähert und daß es bald soweit sein wird, daß der Staat überwiegend Zinsen zurückzahlen muß. Zu dieser Entwicklung hat die Regierung Kreisky wesentlich beigetragen.

Bezüglich der Monopole sei schließlich erwähnt, daß die Bundesregierung auch hier keineswegs stabilitätskonform vorgegangen ist. Ich erinnere nur an die zweimalige Tabaksteuererhöhung, wovon bisher kein Schilling echt für den Spitalsbau zweckgebunden wurde. In diesem Zusammenhang muß auch an die jüngste Anhebung der Salz- und Spritpreise erinnert werden.

Ich möchte nunmehr, meine Damen und Herren, zum Schluß kommen. Mit dem vorliegenden Budget 1975 verabschiedet sich also die sozialistische Alleinregierung und, wie ich hoffe, im Interesse der österreichischen Bevölkerung, für immer. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Ja, was ist denn mit Ihnen los, Herr Kollege? — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Die Erwartungen, die ein großer Teil der Bevölkerung in eine sozialistische Regierung gesetzt hat, wurden nicht erfüllt. *(Abg. Doktor Tull: Wieder eine Selbsttäuschung!)* Es ist oft die Frage aufgeworfen worden: Wie konnte das so weit kommen, daß hier diese Regierung auf vielen Gebieten so versagt hat?

Ich stehe nicht an zu sagen, daß Sie sicherlich in diesen fünf Jahren auch Positives gemacht haben. *(Abg. Dr. Tull: Sehr viel! Jedenfalls mehr als die ÖVP-Regierung, wesentlich mehr!)* Ich sage sogar, daß Sie bleibende Werte geschaffen haben, ich bin nicht so, daß ich das nicht anerkennen möchte. Aber in den entscheidenden Fragen, meine Damen und Herren, in den entscheidenden Lebensfragen dieses Volkes, in den Wirtschafts- und Finanzfragen haben Sie leider versagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man fragt sich oft: Wie ist denn das so gekommen? Nun, es gibt mehrere Gründe. Ein Grund dafür ist sicherlich auch der: Bevor diese sozialistische Alleinregierung installiert wurde, haben die Sozialisten an verschiedenen Koalitionsregierungen teilgenommen. Und immer haben sie dort Ministerposten besetzt, wo sie nur zu verteilen brauchten. Das Geld herbringen, gut wirtschaften, das haben Sie den ÖVP-Ministern überlassen. Und plötzlich stehen Sie in einer Alleinregierung und müssen hier selbst alles machen, gehen in den Maschinenraum und müssen praktisch den Hebel selbst betätigen. Und da hat sich gezeigt, daß Sie eben viel zu viele linke Daumen gehabt haben und damit auch nicht fähig waren, das Maschinenwerk richtig zu betätigen, wie es hier notwendig gewesen wäre.

Man glaubte vielfach den Versprechungen, die vor der Wahl gemacht wurden. Es gibt heute schon — und die Beweise liegen auf Grund der Wahlen vor — eine große Anzahl enttäuschter Wähler. Denn nichts ist es geworden mit den jährlich 5000 Wohnungen mehr, nichts ist es geworden mit dem 6monatigen Wehrdienst; jeder Präsenzdiener weiß, daß er acht Monate zu dienen hat. Nichts ist es geworden mit dem Versprechen, die Preise in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil, die Regierung ist selbst zum größten Preistreiber geworden. Nichts ist es geworden mit einer echten Steuerentlastung, das System der SPÖ-Steuerreform treibt die Löhne und Gehälter immer schneller in die steilere Progression hinein. Nichts ist es geworden mit dem Versprechen, das Los der Rentner und Pensionisten zu verbessern. Im Gegenteil, noch nie haben unsere alten Mitbürger so unter der enormen Teuerung zu leiden gehabt wie in der Zeit der Regierung Kreisky. Gebrochen wurde das Versprechen, das Budget zu konsolidieren. *(Abg. Dr. Tull: Das glaubst du selbst nicht!)* Zum Nachlaß der Regierung Kreisky zählt ein nicht mehr finanzierbares Defizit von

Sandmeier

offen ausgewiesenen 16,5 Milliarden Schilling. In Wirklichkeit sind es 20 Milliarden.

Meine Damen und Herren! Das ist das Erbe, das die sozialistische Regierung hinterläßt. Das vorliegende Budget wird keine Besserung bringen. Es wird im Gegenteil die Teuerung weiter anheizen und den Schuldenberg vergrößern. Es wird wohl niemanden wundern und es wird niemand erwarten, daß wir solch einem Budget unsere Zustimmung geben könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Marsch.

Abgeordneter **Marsch** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner hat versucht, den Standpunkt der ÖVP zu diesem Budget, das wir heute beschließen, zu profilieren. Ich möchte dazu sagen: Vor einigen Tagen wurde an Hand objektiver Fakten nachgewiesen, daß die Staatsfinanzen in Ordnung sind. *(Abg. Dr. Z i t t m a y r: Wie heißt denn der Abgeordnete?)* Es wurde eindeutig festgestellt — an das möchte ich in diesem Zusammenhang erinnern —: Erstens, daß der Anteil der Budgetausgaben am Bruttonationalprodukt von 27,4 Prozent auf 26,1 Prozent gesunken ist, und zwar im Vergleich der Zeit, in der eine sozialdemokratische Regierung die Verantwortung für die Finanzen hat, gegenüber jener Zeit, als noch die ÖVP die Verantwortung getragen hat.

Der Vergleich am Anteil des Defizits am Bruttonationalprodukt ist ebenfalls so, daß er rückläufig ist. Hat er bei Ihnen 2,3 Prozent betragen, so hat er in unserer Zeit 2 Prozent betragen. Bei den Haushaltsabgängen war es so, daß sie gemessen an den Gesamtausgaben im Schnitt in Ihrer Zeit 8,2 Prozent betrugen, in unserer 7,5. Bei den Finanzschulden war der Anteil am Bruttonationalprodukt in Ihrer Zeit noch 13,1 Prozent und in unserer Zeit 10,1 Prozent. Auch hier ist eine klare und deutliche Verringerung festzustellen. Ebenso bei den Staatsschulden, die in Österreich heute 8000 S pro Kopf betragen. Wir gehören — das hat der Herr Finanzminister ausdrücklich vor einigen Tagen erwähnt — mit der Schweiz und Deutschland zu den geringst verschuldeten Ländern.

Meine Damen und Herren! So ist es bei allem. Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen: Wenn man all das gemacht hätte, was die ÖVP im Laufe der letzten Zeit gefordert hat, so wären heute damit Mehrausgaben von 35 bis 40 Milliarden Schilling entstanden, ein Betrag, der nicht zu bedecken wäre und der aufs Neue unter Beweis stellt, wie weit Sie von der Verantwortung entfernt sind. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. K e r n: Ihr geht nur mehr zur Postsparkasse!)*

Meine Herren! Es war Ihr ÖVP-Obmann, der die Forderung nach Senkung der Mehrwertsteuer gestellt hat. Allein das hätte 8 Milliarden Schilling ausgemacht. Es waren Ihre Forderungen, als Sie die Einbeziehung von Benzin, Dieselöl und Düngemittel in den halben Mehrwertsteuersatz verlangten. Allein das wären dreiviertel Milliarden Schilling gewesen. *(Abg. F a c h l e u t n e r: Wie ist das in anderen Ländern, Herr Kollege?)*

Es war Ihr Antrag, den Sie am 1. Jänner dieses Jahres zur Lohnsteuersenkung gestellt haben und dann am 1. Juli wiederholt haben. Auch das hätte das Budget mit 2,4 Milliarden Schilling belastet. Es war Ihr Antrag, die Zollsenkungsetappe vorzuziehen vom 1. Jänner 1975 auf den 1. Jänner 1974. Auch das hätte eine halbe Milliarde Schilling mehr gekostet, beziehungsweise dem Finanzminister an Mindereinnahmen erbracht.

Es waren Ihre Entschließungsanträge im Finanz- und Budgetausschuß des vergangenen Jahres — ich möchte gar nicht im einzelnen darauf eingehen —, aber es wären 3,9 Milliarden Schilling, mit denen Sie dieses Budget 1974, das nun abläuft, zusätzlich belastet hätten. Es war Ihr Antrag — auch das sei in diesem Zusammenhang erwähnt —, das Müttergehalt einzuführen. Wer hätte da keine Freude, wenn man das machen könnte? Aber den Staat hätte es 1,2 Milliarden Schilling gekostet. Es war schließlich und endlich Ihr Antrag, als Sie das Lebenskapital gefordert haben, für das allein dem Staat 5 Milliarden Schilling Mehrkosten entstanden wären.

Es bleibt an Hand der einzelnen Fakten Tatsache, daß, wenn es nach der ÖVP gegangen wäre *(Abg. K e r n: Da könnten wir ruhig schlafen!)*, dieses Budget in unverantwortlichster Weise um 35 bis 40 Milliarden Schilling mehr belastet worden wäre. *(Abg. K e r n: Oder noch weniger!)*

Meine Damen und Herren! Es ist dieses Budget für 1975 das letzte Budget, das vor den nächsten Nationalratswahlen beschlossen wird. Meine Damen und Herren von der ÖVP-Seite! Es ist das fünfte Budget, das Sie ablehnen. Zum Unterschied von der kleinen Oppositionspartei dieses Hauses, haben Sie sich niemals auch nur einen Augenblick lang bemüht, zu differenzieren und sich Gedanken darüber zu machen, wie glaubwürdig die sture Ablehnung, das stereotype Nein, letztlich also der Wahlkampf in Permanenz ist, den Sie führen, seit dem Sie nach einem Vierteljahrhundert Ihrer Dominanz vom österreichischen Wähler in die Opposition geschickt wurden. *(Abg. S a n d m e i e r: Bei diesem Budget der Regierung kann man nicht anders!)*

Marsch

Diesem österreichischen Staatsbürger, der für uns nur am Wahltag Wähler ist, können wir Sozialdemokraten guten Mutes das Urteil darüber überlassen, was es in Wirklichkeit mit dem „Scherbenhaufen" der Wirtschaftspolitik auf sich hat, von dem Ihr Klubobmann und Finanzexperte Dr. Koren gerne spricht, was es in Wirklichkeit auf sich hat mit dem „Konkurs", den Ihr Parteiobmann Dr. Schleinzer dieser sozialdemokratischen Regierung andichten will.

Dem halte ich die klare und einfache Frage entgegen, eine Frage, die zu beantworten jedermann in diesem Land kein großer Wirtschaftsexperte zu sein braucht: Wo gibt es ein Land, ringsum, in dem es besser ist als in Österreich? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wollen Sie uns Deutschland als Beispiel nennen, wo eine sozial-liberale Regierung trotz aller wirtschafts- und sozialpolitischer Vorsorgemaßnahmen heuer mit dem Problem von 800.000 Arbeitslosen zu ringen hat? Oder Italien, das im heurigen Winter mehr als eine halbe Million Arbeitslose zählen wird, oder England, wo man noch vor kurzem die Kurzarbeit in der konservativen Regierung gehabt hat, die Dreitagewoche, aber sieben Tage leben mußte? Die Beispiele lassen sich leider beliebig fortsetzen.

Aber die ÖVP redet von Konkurs und Scherbenhaufen und tut das — ich muß das hier feststellen — wider besseres Wissen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn auch Ihnen dürfte nicht unbekannt sein, daß die Zahl der Beschäftigten in Österreich heuer höher war als je zuvor. Auch Ihnen dürfte nicht der neutrale und objektive Bericht des OECD unbekannt sein, der Österreichs Wirtschaftspolitik ein Vorzugszeugnis ausstellt, und das weltbekannte Wirtschaftsblatt, die „Financial Times" in London, das Österreich den Wirtschafts-Oscar verliehen hat, weil es seine ökonomischen Probleme so mustergültig lösen konnte.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie haben vor einiger Zeit landauf, landab plakatiert, daß Sie die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen würden. Geben Sie sich doch keiner Illusion hin! Die Zeiten, in denen man in der Bevölkerung dazu neigte, Ihnen zuzutrauen, daß Sie mehr von der Wirtschaft verstehen, sind schon bei den berühmten Paukenschlägen des Herrn Dr. Koren vorbei gewesen. Aber nach vier Jahren sozialistischer Regierungspolitik gehören sie endgültig und unwiderruflich der Vergangenheit an. *(Beifall bei der SPÖ.)*

1966 bis 1970 wurden fünf Steuern erhöht und zwei neu eingeführt. Die ÖVP hat ihre auffällige Liebe für die Steuerzahler erst dann entdeckt, als sie die Regierungsbank mit der Oppositionsbank vertauschen mußte.

Die SPÖ-Regierung hat dagegen seit 1970 dreimal eine Steuersenkung durchgeführt, ein Erfolg, den in der zweiten Republik noch keine andere Regierung auf ihre Fahnen heften konnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Konsequent löst die Regierungspartei ihre Versprechen ein, den finanziell schwächeren Schichten unter die Arme zu greifen und die Steuern Schritt für Schritt zu mildern. Bei der Steuerreform 1973 wurde zum Beispiel die Individualbesteuerung, die für berufstätige Ehepartner die Steuerprogression spürbar senkt, eingeführt, und das Jahr 1975 bringt durch den Wegfall der Steuergruppe A den jungen, unverheirateten Menschen, die ja ohnedies durch die in diesem Alter notwendige Wohnraumbeschaffung finanziell belastet werden, eine Erleichterung.

Die Steuerreform 1975 garantiert aber auch, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer dieses Jahr trotz einer nahezu zehnprozentigen Inflationsrate weiter steigen wird.

Übermäßige Lohnforderungen, die die Inflation weiter anheizen könnten, werden vermieden. Der Anstieg des Lebensstandards bleibt dennoch aufrecht. Auch das ist heute in vielen Staaten der Welt nicht so selbstverständlich wie hierzulande. Dazu muß man allerdings festhalten, daß jede Steuersenkung eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik voraussetzt, denn nur dann kann nämlich der Staatshaushalt auf Einnahmen verzichten.

Gerade in den letzten fünf Jahren wurde in Österreich gut und erfolgreich gewirtschaftet. Darüber kann auch die permanente Schwarzmalerei der ÖVP nicht hinwegtäuschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es geht uns allen spürbar besser. Die Tatsachen, die auch die OECD vermerkt hat, sind für jeden Österreicher und für jede Österreicherin überzeugend. Trotz spürbarer Preiserhöhungen — wer würde sie leugnen?, auch wenn sie weit unter dem liegen, was in den meisten anderen Ländern vor sich geht — sind Realeinkommen und Lebensstandard ständig gewachsen. Die zweckentsprechende Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat auch bewirkt, daß wir die massiv erhöhten Einstandskosten für Erdöl und Rohstoffe ohne wesentliche Einbußen unserer Devisenreserven bewältigen konnten.

Hand in Hand damit geht ein Wirtschaftswachstum, das auch unter den Industrieländern seinesgleichen sucht. Seit dem Amtsantritt dieser Bundesregierung liegt Österreichs Wirtschaftswachstum kontinuierlich beträchtlich über dem OECD-Durchschnitt. Der Schil-

ling gehört heute zu den härtesten Währungen der Welt.

Wo sind die Bedenken, meine Herren von der ÖVP, die Sie gegen die Aufwertung hatten? Wo sind sie geblieben? — Die Vollbeschäftigung, das erklärte erste Ziel der Wirtschaftspolitik dieser Regierung, konnte nicht nur voll gehalten werden, die OECD weist sogar besonders auf das gesunde Verhältnis hin, daß nämlich der Zuwachs an inländischen Beschäftigten stärker war als der an Gastarbeitern.

Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit über das, was Herr Schleinzer als Konkurs und Herr Koren als Scherbenhaufen glauben bezeichnen zu müssen.

Wer glaubwürdiger ist, eine internationale Institution wie die OECD, die keinen Grund hätte, Österreich nicht scharf zu kritisieren, wenn es dazu einen Anlaß gäbe, oder eine Partei, die Opposition um jeden Preis betreibt und sich sogar von keineswegs der SPÖ nahestehenden Wirtschaftsmanagern sagen lassen muß, daß das Krankjammern und Schwarzmalen Gefahren heraufbeschwören könnten, die sonst gar nicht gegeben wären, wer da glaubwürdiger ist, das soll die österreichische Bevölkerung entscheiden.

Wem der OECD-Bericht aber noch zuwenig ist, der möge sich angesichts dieses letzten Budgets vor den nächsten Wahlen noch einige Tatsachen vor Augen halten, die sehr direkt und sehr unmittelbar mit der Wirtschaftspolitik dieser Regierung zusammenhängen. Diese Regierung hat das Jahrhundertgesetz der Gewerbeordnung geschaffen, ein Reformgesetz, auf das die Wirtschaft schon seit Jahrzehnten gewartet hat. Auch jene Gewerbevertreter, die sonst ÖVP wählen, machen kein Hehl aus der Frage: Und das hat die ÖVP nicht zusammengebracht? — Wir haben damit auch wieder dem einen Grundsatz unseres Wirtschaftsprogrammes Rechnung getragen, daß Planung und Wettbewerb einander nicht ausschließen, sondern bedingen und ergänzen.

Ich möchte weiter daran erinnern, daß es diese Regierung war, die auch die große Fusion der Stahl- und Eisenindustrie unter Dach und Fach gebracht hat, gegen alle Widerstände, gegen allen kleinlichen Egoismus und gegen die Bedenken von vielen, die das Scheitern dieser großen Reform prophezeiten.

Wie steht heute die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie da? — als eines der ganz großen Weltunternehmen dieser Branche mit über 74.000 Beschäftigten, um 1500 mehr als vor der Fusion; ein Unternehmen, das internationalen Größenordnungen entspricht und die Welt tagtäglich von der Qualität österreichischer Arbeitsleistung überzeugt.

Hier waren die Herren der ÖVP nicht dabei, sie waren dagegen. Wir haben diese Frage moderner Wirtschaftsstruktur, Fragen der Konzentration und Koordinierung gelöst. So sind heute die Erzberg-Streitereien vorbei, weil man im neuen Konzern der VÖEST-Alpine diese Schwierigkeit überwunden hat. Es gibt keinen Erzkrieg mehr, es gibt Zusammenarbeit. Das haben wir auch bei der Buntmetallkonzentration unter Beweis gestellt.

In der Regierungszeit der ÖVP wurde das Problem nicht einmal behandelt. Wir haben bei der Petro-Chemie neue Grundlagen der Zusammenarbeit geschaffen — da ist Ihr Konzept seinerzeit danebengegangen, und im Elektrobereich wird die Straffung durchgeführt. Damit schaffen wir europaadäquate Strukturen in unserer Industrie. Damit gibt es ein Gleichziehen mit europäischen Konzernen, also einen wichtigen Nachvollzug.

Damit hat diese Regierung den abgefahrenen Zug erreicht und Voraussetzungen geschaffen, daß der Konsolidierungsprozeß beginnen konnte. Die Investitionen in der gesamten verstaatlichten Industrie wurden verdreifacht. Waren sie 1970 noch 3,8 Milliarden Schilling, so sind sie 1971 schon auf 5,2 Milliarden Schilling gestiegen, und 1972 haben sie bereits 7,2 Milliarden Schilling erreicht und 1973 bereits 8,8 Milliarden Schilling. Die Sicherstellung und Modernisierung der Arbeitsplätze wurde in der verstaatlichten Industrie erreicht, dank des Fleißes aller, die als Arbeiter, Angestellte oder als Hauptverantwortliche in diesen großartigen Wirtschaftsunternehmungen tätig sind.

So ist die verstaatlichte Industrie heute ein Musterbeispiel moderner industrieller Unternehmensführung im Interesse der österreichischen Wirtschaft und aller seiner Menschen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich auch noch daran erinnern darf, daß Sie von der ÖVP seinerzeit im Rahmen Ihrer Familienpolitik nichts Besseres wußten, als die Beträge des Familienlastenausgleichsfonds — wie haben Sie das damals genannt? — zu inkamerieren — andere haben gesagt, das wäre eine widmungsfremde Verwendung, ich glaube, das trifft schon eher den Kern der Sache —, so fällt es mir deshalb besonders leicht, die ganz andere Haltung dieser, der sozialdemokratischen Bundesregierung zu den Familien zu charakterisieren, weil ich dazu keineswegs uns selbst als Zeugen aufrufen kann. „Noch nie", sagte ein bekannter Publizist, „ist in diesem Lande so viel für die Familie geschehen wie jetzt." Das war der katholische Publizist Barta, der dies dieser Regierung zugestanden hat.

Marsch

Was immer Sie sagen und schreiben und was vielleicht sogar im Hinblick auf manche Anfangsschwierigkeiten mit Recht kritisiert wurde, eines steht fest: Das freie Schulbuch, die freie Fahrt zur Schule, die großzügigen Hilfen bei Familiengründung, bei der Geburt eines Kindes, all das wird niemand mehr den österreichischen Familien, den österreichischen Frauen und Kindern wegnehmen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

All das sind unverrückbare Maßnahmen zu einer größeren Gleichheit der Chancen der Menschen, vor allem der jungen Menschen in diesem Lande.

Meine Damen und Herren! Kritiker, auch sehr genaue, sehr scharfe, vielleicht sogar übelwollende, werden sich schwer tun, die Wirtschaftspolitik, die in Österreich betrieben wurde, zu verurteilen. Das kann kein Kritiker, das kann nur, wer kritiklos ablehnt und nein sagt. Dieses Neinsagen bleibt der großen Oppositionspartei vorbehalten. Es steht im diametralen Gegensatz zu den Tatsachen, zur wirtschaftlichen Realität in diesem Lande und seiner Entwicklung zu weiterem Wohlstand und weiterem Wachstum. Wenn schon gilt, daß die Regierung für alle Unzulänglichkeiten im Lande verantwortlich gemacht wird, dann darf auch wohl gelten, daß sie auf ihre Erfolge verweist.

Das Bundeshaushaltsgesetz 1975 gewährleistet die Fortsetzung dieses bewährten Weges. Deshalb geben wir ihm gerne unsere Zustimmung.

Aber bleiben wir bei der Arbeitsteilung. Die Regierung regiert, und die ÖVP schimpft. Für unser Land hat sich dies während der letzten Jahre durchaus bewährt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz 1975 haben im Plenum des Nationalrates die Zielgerade erreicht. Es liegt daher in der Natur der Sache, das kritische Nein der Freiheitlichen Partei und ihrer Abgeordneten zu diesem Budget noch einmal zusammenzufassen.

Es handelt sich um das fünfte Budget, das die sozialistische Alleinregierung vorgelegt hat. Diesem Budget begegnen wir Freiheitlichen mit einem überzeugten und kritischen, aber nicht mit einem sturen Nein. Dort, wo die sozialistische Alleinregierung noch willens war, die Konsensgrundlagen in der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien aufrechtzuerhalten, haben wir diese Haltung ernst genommen und die Nutzanwendungen daraus gezogen.

Nutzanwendungen im positiven Sinne waren möglich in der Außenpolitik, sie waren möglich beim Kapitel Justiz und beim Kapitel Wissenschaft und Forschung. Daher haben wir Freiheitlichen diesen Beratungsgruppen die Zustimmung erteilt.

Zu unserem großen Bedauern sind die Konsensgrundlagen in der Verteidigungspolitik verlorengegangen und haben nie Konsensgrundlagen in der Frage der Währungspolitik bestanden. Daher ist es notwendig, aus freiheitlicher Sicht zum Bundesfinanzgesetz 1975 im gesamten ein sehr kritisches und ausgeprägtes Nein zu sagen.

Es ist aus diesem Anlaß auch notwendig, die sozialistische Finanz- und Budgetpolitik kurz zu charakterisieren. Sie ist charakterisiert durch eine permanente Kaufkraftausweitung bei ständiger Kapitalschrumpfung. Die Konsequenzen daraus sind: Inflation und steigende Arbeitslosigkeit. Auf diese Situation werden wir uns im Jahre 1975 einzustellen haben.

Wir glauben, daß die Einstellung darauf durch die sozialistische Alleinregierung überaus mangelhaft und unzulänglich vorgenommen wurde. Am Anfang einer solch betrüblichen und bedauernswerten Entwicklung kann unserer Meinung nach nicht jene hemmungslose Ausgabenpolitik stehen, die im Bundesfinanzgesetz 1975 einen sehr ausgeprägten Niederschlag findet.

Diese hemmungslose Ausgabenpolitik betreibt die sozialistische Alleinregierung doch zu dem Zweck und mit dem Ziel, die Wählergunst zu erhalten beziehungsweise neue Wählergunst zu gewinnen.

Eine Sache, Herr Bundesminister, muß man noch einmal zur Diskussion stellen, nämlich die Frage, wie das Verhältnis zwischen hausgemachter und importierter Inflation nach fünf Jahren sozialistischer Alleinregierung tatsächlich aussieht.

Hier ist die Meinung zwischen sozialistischer Alleinregierung einerseits und freiheitlicher Fraktion andererseits immer stark auseinandergegangen. Auf Grund dessen, was Fachleute in letzter Zeit an Meinungsäußerungen von sich gegeben haben, halten wir Freiheitlichen unseren Vorwurf Ihnen gegenüber aufrecht, wonach etwa 20 Prozent importierte Inflation einer 80prozentigen hausgemachten Inflation der sozialistischen Alleinregierung gegenüberstehen.

Das ist deswegen betrüblich, weil vier Jahre sozialistische Alleinregierung gleichzusetzen sind mit vier Jahren Hochkonjunktur. Am Ende dieser vierjährigen sozialistischen Alleinregierung sind wir, um ein hartes Wort be-

Peter

wußt zu gebrauchen, mit der „Diktatur der leeren Kassen" des Finanzministers Doktor Androsch konfrontiert.

Vielleicht war es ein Unglück, Herr Bundesminister, und kein Glück für Sie, daß Sie, als Sie Ihr Amt als Finanzminister antraten, einen durch die Konjunktur gedeckten Tisch vorfanden, den Sie in den abgelaufenen vier Jahren gründlich abräumten. Wären Sie gleich am Beginn Ihrer Amtszeit mit Schwierigkeiten konfrontiert gewesen, dann sähe die Situation jetzt vielleicht anders aus, weil Sie genötigt gewesen wären, alle Ihre Kräfte zur Bewältigung einer schwierigen Situation zu entfalten.

So aber, Herr Bundesminister, haben Sie vier Jahre aus dem Vollen geschöpft, und zwar so tief aus dem Vollen geschöpft, daß der Steuertopf bis auf den Grund leer ist.

Die „Diktatur der leeren Kassen" des Finanzministers Dr. Androsch hat in den letzten Wochen und Monaten eine neue Facette erhalten, eine für den österreichischen Steuerpflichtigen überaus unerfreuliche Facette:

Die Hand der Finanzämter ist härter geworden. Aber nicht aus eigenem Antrieb der dort beschäftigten Finanzbeamten, sondern weil der Druck der Finanzämter gegenüber den Steuerpflichtigen von allerhöchster Stelle, vom Bundesministerium für Finanzen, ausgelöst wurde.

Dieser Druck der Finanzämter auf die Steuerpflichtigen, Herr Bundesminister, ist allmählich mit dem Begriff „Die Faust im Nacken" zu charakterisieren. Durch Formulierungen, die in den letzten Wochen und Monaten aus Ihrem Hause kommen, könnte der Eindruck entstehen, als wäre die österreichische Wirtschaft schlechthin mit dem Begriff des Steuerhinterziehers zu charakterisieren. Sie waren schlecht beraten, als Sie Formulierungen im aufgezeigten Sinn wählten und so argumentierten, als wäre eine Pauschalverdächtigung gegenüber der österreichischen Wirtschaft gerechtfertigt. Die Pauschalverdächtigung, die österreichischen Steuerpflichtigen wären in der Mehrheit Steuerhinterzieher, weisen wir Freiheitlichen mit allem Nachdruck zurück! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie aber schon genötigt sind, Herr Bundesminister, eine „Diktatur der leeren Kassen" zu tätigen, warum ziehen Sie nicht die Konsequenzen aus diesem Notstand und unterwerfen sich und Ihr Budget für 1975 harten, aber unerläßlich notwendigen Ausgabenbeschränkungen?

Es findet keine Einschränkung der Ausgaben im Bundesfinanzgesetz 1975 statt, sondern die Ausweitung des Budgets feiert fröhliche Urständ. So ist eben das Budget 1975 durch eine für mich unverständliche Ausgabenpolitik der sozialistischen Alleinregierung gekennzeichnet, und zwar durch eine Ausgabenpolitik, Herr Bundesminister, als gäbe es für immer und ewig eine Konjunktur, ja geradezu eine Hochkonjunktur. Das Gegenteil steht uns ins Haus und macht Ihnen und uns allen schwere Sorgen.

Die Ausgabenpolitik der sozialistischen Alleinregierung ist am Plafond. Diese Ausgabenpolitik haben Sie noch durch ein weiteres, sehr gefährliches Element Ihrer Finanz- und Budgetpolitik ergänzt, nämlich durch eine so ausgeprägte Schuldenwirtschaft, daß Sie derzeit im Bereich der Staatsfinanzen nicht mehr zahlungsfähig sind. Herr Bundesminister, Ihre Ausgabenpolitik und Ihre Schuldenwirtschaft hält auch Österreich — die Insel der Seligen — auf die Dauer nicht mehr aus. Wo aber soll die Tendenzumkehr stattfinden, wenn nicht bei Ihnen, dem zuständigen Bundesminister für Finanzen?

Nun einige Überlegungen zu den Schwerpunkten Ihrer Finanz- und Budgetpolitik. Wie sehen die Schwerpunkte aus? Es gibt keine Schwerpunkte mehr in der sozialistischen Finanz- und Budgetpolitik, weil es nur mehr Schwerpunkte gibt und weil man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Ich glaube, daß Sie auch in dieser Frage einen schweren Fehler in Ihrer Finanz- und Budgetpolitik in den letzten Jahren begangen haben.

Bedenken wir, Herr Bundesminister, wie die sozialistische Alleinregierung in den letzten vier Jahren ein Projekt nach dem anderen auf die Beine zu stellen versuchte:

Projekte, die von einer Generation nicht finanzierbar sind;

Projekte, die von vielen Generationen finanziert werden müssen.

Aber seine Generation, die jetzt die Verantwortung trägt und die derzeit diese Projekte finanzieren muß, diese Generation hat die Hauptlast zu tragen. Gerade diese Generation ist in den letzten vier Jahren durch die sozialistische Alleinregierung empfindlich überfordert worden.

Wenn man den Bogen spannt, so reicht er von den UNIDO-Bauten, über den Zuschuß, der zur Donauinsel notwendig ist, über jene Finanzierungspolitik, die für die Alpenübergänge und Autobahnen gewählt wurde, bis zu jenen Finanzierungsformen, die für den Kraftwerksbau und die Schulbauten festgelegt sind. Alles auf einmal und alles möglichst in einer Gesetzgebungsperiode! Das war das Motto des Finanzministers Dr. Hannes Androsch.

Sie können sich nicht bescheiden, Herr Bundesminister für Finanzen. Und weil Sie eben

Peter

das nicht können, befinden Sie sich mit den Staatsfinanzen derzeit in so großen Schwierigkeiten.

Soll durch vier Jahre sozialistische Alleinregierung in Frage gestellt werden, was 25 Jahre vorher gemeinsam unter nicht immer einfachen Bedingungen aufgebaut und erarbeitet wurde? Diese Frage steht mit dem Budgetabschluß für 1975 heute sehr wohl im Raum und mit zur Diskussion!

In allen Staaten der Welt, meine Damen und Herren, sind die Minister, ganz gleich welches Ressort sie in der jeweiligen Regierung bekleiden, darauf aus, Geld zu bekommen und Geld auszugeben. Aber in jeder Regierung nimmt der Finanzminister eine andere Stellung ein als seine übrigen Kollegen. Er muß das bremsende, das besonnene Element in einer Regierung sein. Er muß derjenige sein, der seine Ministerkollegen mahnt, sparsam zu sein, und der ihnen die Zügel in der Ausgabenpolitik anzulegen hätte.

Sie waren immer sehr stolz darauf, Herr Bundesminister, daß Sie im Gegensatz zu ÖVP-Finanzministern das Budget jeweils verfassungsmäßig — also zeitgerecht — dem Nationalrat unterbreitet haben. Vielleicht wäre es das eine oder andere Mal besser gewesen, bis zur letzten Minute dramatisch mit den einzelnen Ministern zu verhandeln und zu ringen, um ihnen da und dort noch Millionen abzustreichen, weil es besser gewesen wäre, sie nicht auszugeben, als sie so auszugeben, wie es die sozialistische Alleinregierung vor allem in den beiden letzten Jahren getan hat.

Vielleicht ist Ihre Nachgiebigkeit in der Tatsache begründet, daß Sie über keine Hausmacht in der Sozialistischen Partei verfügen, daß Sie nicht eine starke Landesorganisation hinter sich haben, die Ihnen jene Hilfe gewährt, die man in einer solchen Situation braucht. Also wäre es die Aufgabe des stärksten Mannes in der Regierung gewesen, Sie zu stärken, nämlich die Aufgabe des Bundeskanzlers. Ich glaube, daß der Bundeskanzler zuwenig darauf bedacht war, den Finanzminister zu stützen und den anderen Ministern die notwendigen Zügel anzulegen.

Warum also bremst der Finanzminister nicht? Wahrscheinlich aus vielerlei Gründen.

Warum bremst der Kanzler nicht? Diese Frage möchte ich bewußt aufwerfen. Dieser Androsch-Stil der raschen Budgeteinigung mit den Ressortministern hat nicht in jedem Fall Gutes gezeitigt, wenn er auch andererseits den verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einbringung des Budgets gegenüber dem Nationalrat sehr wohl entsprochen hat.

Ich möchte mich bewußt auf sehr wenige Zahlen in dieser abschließenden Stellungnahme der freiheitlichen Fraktion zum Budget 1975 beschränken. Aber auf einige Zahlen muß ich doch eingehen, weil gerade diese Zahlen sehr eindrucksvoll unter Beweis stellen, daß es nicht nur einen falschen Propheten hinsichtlich der Beurteilung der finanziellen Situation gibt, sondern daß es zwei falsche Propheten gibt.

Der eine falsche Prophet ist der amtierende Finanzminister Dr. Androsch, und der andere falsche Prophet ist der Finanzminister a. D. Dr. Koren.

Ich folge mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Klubobmannes der Österreichischen Volkspartei, wenn er die Finanzpolitik von Dr. Androsch einer harten Kritik unterzieht. Das ist für mich deswegen sehr interessant, weil vielfach die Argumente nicht stimmen, die Professor Koren bei der Kritik an der Androsch'schen Budgetpolitik verwendet, denn beide Herren haben sich mehrmals in gleicher Weise geirrt.

Und damit komme ich auf das zurück, was außerhalb des Budgetkapitels Finanzen in einer dringlichen Anfrage der Österreichischen Volkspartei am Freitag der vergangenen Woche bereits zur Diskussion gestellt wurde, eben die falsche Einschätzung der Einnahmenentwicklung für das Jahr 1974:

Die zu optimistische Einnahmenschätzung des Finanzministers Dr. Androsch und die ebenfalls weitaus zu optimistische des Finanzministers a. D. Dr. Koren.

Allerdings hat Dr. Koren seine Argumentation jetzt auf den Kopf gestellt. Zuerst warf er dem Finanzminister vor, er nehme Unsummen an Mehrwertsteuer ein. Und dann trat im Sommer bei der ÖVP die Zäsur in der Argumentation ein. Seit diesem Zeitpunkt, sagt Koren, ist das Budget für 1974 nicht mehr finanzierbar. Er redet weiter davon, daß das Defizit für 1974 nicht mehr „ausfinanziert" werden kann, um diesen Modeausdruck zu verwenden.

Nun erbringe ich den konkreten Beweis an Hand von konkreten Ziffern, wie sich Herr Androsch und Herr Koren in der Beurteilung der Einnahmen für 1974 geirrt haben:

Es sind an Einkommen- und Vermögensteuer bis zum November dieses Jahres um 746 Millionen Schilling weniger eingegangen als erwartet wurde. Die Unsummen an Mehrwertsteuer, von denen die ÖVP Monate hindurch während dieses Jahres geredet hat, gibt es nicht.

Der Mehrwertsteuerminderertrag macht bis Ende November 4490 Millionen Schilling, also 4,4 Milliarden Schilling aus.

Peter

An Abgaben von alkoholischen Getränken sind um 21 Millionen Schilling weniger eingegangen, als präliminiert wurde.

Bei den Einfuhrabgaben machten die Mindereinnahmen 360 Millionen Schilling gegenüber den Budgetansätzen aus.

Die Verbrauchssteuern liegen mit 1096 Millionen Schilling unter den Budgetansätzen. Der Minderertrag von einer Milliarde bei den Verbrauchssteuern hängt auch mit der Mineralölsituation engstens zusammen.

An Stempelgebühren sind um 106 Millionen Schilling weniger eingegangen, als nach dem Bundesfinanzgesetz 1974 zu erwarten gewesen wäre, und die Verkehrssteuern weisen bis Ende November 1974 ebenfalls einen Minderertrag von 123 Millionen Schilling gegenüber den präliminierten Ansätzen aus.

Sieht man davon ab, daß in zwei Positionen ein Mehreingang vorhanden war, nämlich bei Nebenansprüchen 96 Millionen Schilling mehr als vorgesehen und bei verschiedenen Beiträgen 179 Millionen Schilling mehr, als im Budget ausgewiesen wurde, so machen die Bruttogesamteinnahmen einen Minderertrag Ende November 1974 von 6667 Millionen, also 6,6 Milliarden Schilling, aus.

Berücksichtigt man die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden im Ausmaß von 2278 Millionen Schilling, so verbessert sich diese Ziffer für Mindereinnahmen so, daß die Nettogesamteinnahmen um 4389 Millionen Schilling tiefer liegen, als sie im Budget für 1974 ausgewiesen wurden.

Ein großer Irrtum ist also dem Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch bei der Erstellung des Budgets für 1974 unterlaufen. Ein gleich großer Irrtum ist dem Finanzminister a. D. Dr. Koren passiert, der auf Grund seiner falschen Schätzung der Einnahmenerwartung als Klubobmann der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1974 monatelang eine falsche Politik betrieben hat.

Die falschen Propheten der ÖVP reichen von Herrn Dr. Koren über Herrn Dr. Mock bis zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Schleinzer und dessen problematischer Grundsatzerklärung anläßlich der Einführung der Mehrwertsteuer vom 15. Juni 1972.

In dieser Rede führte Dr. Schleinzer neben vielen anderen Dingen wörtlich aus: „Das Mehrwertsteuergesetz wurde als Mehreinnahmengesetz für den Finanzminister konzipiert." — Das Stenographische Protokoll vermerkt: „Beifall bei der Österreichischen Volkspartei." Die Österreichische Volkspartei hat damals Beifall am falschen Platze gespendet.

Die Ausführungen Dr. Mocks bei der Einführung der Mehrwertsteuer am 15. Juni 1972 kann man unter das Motto stellen: Wozu brauchen wir denn das? Ich zitiere aus der Rede des Dr. Mock vom 15. Juni 1972:

„Man soll nicht darauf anspielen: Weil wir am 1. Jänner 1973 einen Vertrag mit der EWG bekommen, brauchen wir zu diesem Zeitpunkt auch das Mehrwertsteuersystem! Viele andere, Vollmitglieder der EWG, haben es auch nicht notwendig gehabt." Italien ist Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat bis heute — das hat sich inzwischen geändert — das Mehrwertsteuersystem nicht eingeführt.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Es hat Ihnen im Jahre 1972 an Mut gefehlt, dort mit anzupacken, wo das Anpacken unpopulär war.

Sie sind den populären Weg gegangen.

Sie haben den Weg des Lizitierens auf der Grundlage falscher Einnahmen aus den Steuern beschritten.

Sie haben allerdings mit dieser falschen Politik, mit der Lizitationspolitik — das gebe ich zu — bei der letzten Arbeiterkammerwahl große Erfolge erzielt. Das sei nicht in Abrede gestellt.

Wenn wir die Entwicklung weiter verfolgen, stellt sich heraus, daß die lizitatorischen Forderungen, welche die Österreichische Volkspartei seit Anfang des Jahres 1974 in diesem Haus aufrechterhalten hat, nämlich die Einkommens- und Lohnsteuersenkung vorzuverlegen, vom 1. Jänner 1975 auf den 1. Jänner 1974 beziehungsweise dann auf Mitte des Jahres 1974 vorzuziehen, nie realisierbar gewesen wäre, weil Sie, die ÖVP, die Steuereingänge falsch eingeschätzt haben. Das muß bei aller Kritik, die wir Freiheitlichen an der sozialistischen Alleinregierung und an ihrer Finanz- und Budgetpolitik zu äußern haben, ebenso kritisch an die Adresse der Österreichischen Volkspartei gerichtet werden.

Herr Bundesminister! Die budgetäre Situation schaut mit Ende November 1974 folgendermaßen aus: Die Verschlechterung des veranschlagten Jahreserfolges für 1974 wird durch 4,4 Milliarden Mindereinnahmen und nicht zu erzielende Mehreinnahmen von 3,7 Milliarden Schilling gekennzeichnet, sodaß also eine Gesamtverschlechterung von insgesamt 8,1 Milliarden Schilling eingetreten ist. Wie bedenklich das ist, wissen Sie besser als ich.

Daher darf ich Ihnen eine Frage vorlegen und wäre dankbar, wenn Sie dieselbe in der Debatte beantworten würden. Das Bundesfinanzgesetz für 1974 hat im Artikel II eine Sicherungsklausel für den Haushaltsausgleich

eingebaut. Angesichts dieser unerfreulichen Einnahmenentwicklung hätten Sie doch von dieser Sicherungsklausel für den Haushaltsausgleich Gebrauch machen müssen. Mir ist aber von einer Verfügung hinsichtlich genereller Ausgabenrückstellungen nichts bekannt. Verschiedene Rückfragen bei Herren Ihres Hauses haben ergeben, daß diese Sicherungsklausel nach Artikel II des Bundesfinanzgesetzes 1974 von Ihnen nicht angewendet wurde. Darf ich bitten, mir zu beantworten, warum nicht?

Man hört auch sehr besorgte Stimmen aus Ihrem Haus über jene Anordnung, die Sie hinsichtlich der Prioritätenregelung für Zahlungsaufträge gegeben haben. In dieser Anordnung soll es unter anderem heißen:

Um den Rückstau nicht eingelöster Scheckverkehrsaufträge bei der Österreichischen Postsparkasse mangels Dotierung des Kontos der österreichischen Staatshauptkasse zu vermeiden beziehungsweise zu regulieren, sind „dringend unvermeidbare Auszahlungen" besonders zu kennzeichnen.

„Dringend unvermeidbare Ausgaben und Zahlungen" müssen besonders gekennzeichnet werden. Diese Anordnung reicht von der Präsidentschaftskanzlei über alle Ministerien und Landesregierungen, über alle Landesschulräte, über alle Oberlandesgerichte hinein und hinunter bis in den Bereich der gesamten Verwaltung Österreichs.

Das heißt doch, Sie können nicht mehr zahlen, Herr Bundesminister! Sonst wäre es doch nicht notwendig gewesen, diese Anordnung für „dringend unvermeidbare Auszahlungen" zu geben; wobei bei den „dringend unvermeidbaren Auszahlungen" nach zwei Kategorien unterschieden wird:

„Dringend B" umfaßt Bezugszahlungen wie Gehälter, Löhne, Renten, Pensionen, Arbeitslosengebühren und so weiter.

„Dringend S" sonstige dringende Zahlungen.

Und alle anderen Schulden, Herr Bundesminister, werden nicht bezahlt, bleiben liegen. Sie, Herr Bundesminister, haben als Finanzminister Schulden (verzeihen Sie den Ausdruck, er ist nicht beleidigend gemeint) „wie ein Stabsoffizier", um hier ein altes landläufiges Wort zu verwenden. Sie schulden zum Beispiel den Bausparkassen 150 Millionen Schilling, weil Sie Ihren Verpflichtungen aus den Prämienzahlungen nicht nachkommen. Warum nicht, Herr Bundesminister?

Mich bekümmert weiter, daß Sie dasitzen und eigentlich recht erhaben auf uns Abgeordnete, die wir besorgte Meinungsäußerungen von diesem Pult aus tätigen, herabschauen. Wenn Sie uns etwas mehr sagen würden, wenn Sie uns mehr Aufschluß geben würden, als Sie es bisher getan haben, dann wäre vielleicht auch manches für den Abgeordneten einer Oppositionspartei verständlicher, als es im Augenblick ist.

Herr Bundesminister! Ein alter Grundsatz hierzulande lautet: Durch's Reden kommen die Leute zusammen. Und wir sind schon oft zwischen Regierung und Oppositionsparteien in diesem Parlament zusammengekommen, wenn wir mehr miteinander geredet haben.

Hier spiele ich ganz bewußt auf folgendes an: Die Gesprächsgrundlagen zwischen sozialistischer Alleinregierung und Parlament sind verlorengegangen. Die Regierung hat keine Zeit mehr fürs Parlament. Wir haben jetzt während dieser Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates erlebt, daß manche Minister an dem Tag, an dem hier ihr Budgetkapitel abgehandelt wurde, zum selben Zeitpunkt Pressekonferenzen und Pressegespräche ansetzten. Das ist kein richtiges Verhalten der Regierung gegenüber dem Parlament.

Ich glaube, und den Vorwurf halte ich aufrecht ... *(Abg. Fachleutner: Warum so sanft, Herr Kollege Peter?)* Man muß in einer so ernsten Situation nicht agressiv argumentieren, Herr Fachleutner. Man kann im Argument sehr hart und in der Form verbindlich sein. Wir stehen unmittelbar vor Weihnachten. Da müssen wir doch nicht den größten Klamauk im Parlament aufführen. Trotzdem können wir uns recht hart auseinandersetzen, aber wohl so, daß wir uns heute am Abend alle miteinander fröhliche Weihnachten wünschen können.

Dann bekümmert mich hinsichtlich der eben von mir zitierten Anordnung noch etwas: daß bei der Kennzeichnung der Aufträge als „dringend" in dieser Ausnahmesituation auch noch ein sehr strenger Maßstab anzulegen ist.

Aber das ist noch immer nicht alles. Am meisten bekümmert mich, in welche Situation Sie die Beamten Ihres Hauses mit dieser Verordnung bringen, wenn Sie sinngemäß anordnen:

Die Nichtbeachtung dieser Anordnung des Finanzministeriums gefährdet staatliche Interessen. — Wenn man Schulden nicht zahlt, warum gefährdet man staatliche Interessen? — Bedienstete, welche diese Bestimmungen nicht befolgen, verletzen die ihnen nach der Dienstpragmatik und nach dem Vertragsbedienstetengesetz auferlegten Pflichten.

Mit der Drohung, die Dienstpragmatik in Gang zu setzen, nötigen Sie Ihre Beamten bis zu einem gewissen Grad zur Unmoral. Das, Herr Bundesminister, finde ich sehr bedenk-

Peter

lich. Was würde ein Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Hannes Androsch bei dieser Debatte heute an Argumenten verwenden, wenn auf der Regierungsbank ein ÖVP-Finanzminister säße, der diese Anordnung vertreten müßte?

Man kann einen SPÖ-Finanzminister nur mit den gleichen Maßstäben messen, wie wir es seinerzeit als Freiheitliche gegenüber einem ÖVP-Finanzminister getan haben.

Ich glaube daher guten Gewissens an die Adresse der beiden anderen Parteien des Hauses den Vorwurf und das kritische Wort richten zu dürfen, daß beide im Jahre 1974 in der Finanzpolitik falsche Wege gegangen sind, sowohl die Regierungspartei einerseits als auch die Österreichische Volkspartei andererseits.

Wenn es wirklich so gekommen wäre, wie die ÖVP gewollt hätte, daß nämlich die Einkommensteuersenkung nicht am 1. Jänner 1975, sondern bereits am 1. Jänner oder am 1. Juli 1974 wirksam geworden wäre, dann wäre die Situation noch trostloser, als sie uns im Augenblick begegnet. Und wenn die ÖVP-Forderung, den Mehrwertsteuersatz von 16 auf 14 Prozent zu senken, realisiert worden wäre, dann sähe es noch schlimmer aus, als es derzeit schon ausschaut.

Aber an beide Parteien, die SPÖ und die ÖVP, daher ein offenes Wort: Wie sieht es denn, Herr Bundesfinanzminister im Amte Dr. Androsch, und wie sieht es denn, Herr Bundesfinanzminister außer Dienst Dr. Koren, mit einer grundlegenden Änderung des Steuersystems aus?

Sie machen nur Symptomkuren. Gerade die ÖVP hat in ihren Steuerreformvorschlägen nur Symptomkuren dem Hause unterbreitet. Von einer echten Änderung des Steuersystems war weder bei Dr. Androsch noch bei Doktor Koren die Rede.

Ich bin mir auch darüber im klaren, warum weder die ÖVP noch die SPÖ das Steuersystem ändern will. Nämlich deswegen nicht ändern will, weil dieses Steuersystem in der Hand des jeweiligen Finanzministers ein ausgeprägtes Machtinstrument ist. Mit diesem unleidlichen Steuersystem aus dem Jahre 1939 betreibt eben derzeit Dr. Androsch für die Sozialistische Partei Machtpolitik, und von 1966 bis 1970 hat mit dem gleichen Steuersystem der jeweilige ÖVP-Finanzminister Machtpolitik zugunsten der Österreichischen Volkspartei betrieben. Warum wird der freiheitliche Vorschlag, warum wird die freiheitliche Forderung nach grundlegender Änderung des Steuersystems von beiden anderen Parteien mit einer Handbewegung abgetan? *(Abg. Fachleutner: Wie schaut denn das Grundlegende aus?)* Abgeordneter Dr. Broesigke hat es unterbreitet. Vielleicht haben Sie die Güte, es einmal nachzulesen; ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)*

Jetzt aber auch ein kritisches Wort an die Adresse der Länder und Gemeinden, Herr Abgeordneter Tull. Wenn man die sozialistische Alleinregierung auf Grund ihrer Finanzpolitik einer harten Kritik unterzieht, dann darf man es nicht verabsäumen, im Sinne des Gleichheitsprinzips auch auf finanzielle Mißstände in den Ländern und Gemeinden hinzuweisen.

Die Machtpolitik, die im Bund ein SPÖ-Finanzminister betreibt, wird in den Ländern von verschiedenen ÖVP-, aber auch SPÖ-Finanzreferenten beziehungsweise Landeshauptleuten und Bürgermeistern betrieben.

Betrachten wir die Gemeinden, mit welchen Problemen diese heute konfrontiert sind, dann wissen wir ebenso, daß dort viele Mißstände vorhanden sind, die im Sinne einer rationellen und sparsamen Finanzpolitik einer radikalen Änderung bedürfen.

Wenn dieses Budget heute mit den Stimmen der sozialistischen Abgeordneten beschlossen werden wird, dann beschließt jeder sozialistische Abgeordnete damit auch eine überaus unangenehme Konsequenz und Folgerung, die allerdings erst nach den Nationalratswahlen des Jahres 1975 eintreten bzw. gezogen werden wird.

Worin besteht diese Konsequenz? Sie besteht darin, daß das Bundesfinanzgesetz 1975 auf der Grundlage der jetzigen Steuersätze nicht mehr finanziert werden kann und daß nach den Nationalratswahlen 1975 der große Katzenjammer für jenen kommen wird, der zuerst einmal das Finanzministerium zu führen hat. Als Zahler wird dann der Steuerpflichtige herangezogen, ganz gleich, welche Partei zum gegebenen Zeitpunkt die Plätze auf der Regierungsbank einnehmen wird.

Jetzt, Herr Bundesminister, ist die letzte Möglichkeit des Umdenkens. Aber auf Grund Ihrer bisherigen Haltung stehe ich nicht unter dem Eindruck, daß Sie zur Ein- und Umkehr in Ihrer Finanz- und Budgetpolitik bereit sind.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie sich bewußt und hartnäckig diese Schwierigkeiten an den Hals hängen. Ich bin überzeugt davon, daß Sie besser wissen als der Abgeordnete Peter, wie groß die Schwierigkeiten sein werden, die Sie sich selbst mit Ihrem eigenen Budget 1975 bereiten. Warum so uneinsichtig? Ich möchte bewußt den Ausdruck „stur" nicht verwenden, um die Diskussion nicht zu ver-

Peter

schärfen. Aber, Herr Bundesminister, warum sind Sie in dieser prekären Situation so uneinsichtig und nicht bereit zu einem sinnvollen Abstrich, der für die Gesamtheit der Wirtschaft und aller Konsumenten von Nutzen wäre?

Sie selbst haben in Ihrer Budgetrede darauf verwiesen, was sich in den letzten Monaten alles in der Welt geändert hat. Sie, Herr Bundesminister, haben in Ihrer Budgetrede davon geredet. *(Abg. Mühlbacher: Was meinen Sie denn? Steuererhöhungen?)*

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat angedeutet, wie groß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten geworden sind, was sich alles in dieser Richtung geändert und verändert hat. Und der Steuerberater Mühlbacher weiß ganz genau, daß man aus Schwierigkeiten dieser Art Konsequenzen im Sinne des Sparens und des Haushaltens ziehen muß, nicht Konsequenzen dahin gehend, die Steuern zu erhöhen. Ich bitte, mir das nicht zu unterstellen.

Darf ich noch auf eine Vereinbarung zurückkommen, Herr Bundesminister, die am Anfang dieser Gesetzgebungsperiode zwischen der sozialistischen Alleinregierung einerseits und der freiheitlichen Fraktion andererseits geschlossen wurde? Eine Vereinbarung, die von der sozialistischen Alleinregierung nicht erfüllt wurde. Beide Partner vereinbarten damals ein neues Haushaltsrecht. Mit dem neuen Haushaltsrecht sind wir deswegen nicht vorangekommen, weil vor allem von Seite der sozialistischen Alleinregierung die Sache zu wenig betrieben wurde. *(Abg. Graf: Ein Geheimpakt also, Herr Peter!)* Herr Graf! Sie passen nie auf. Hätten Sie die veröffentlichte Vereinbarung vor vier Jahren gelesen, dann wüßten Sie, was darin enthalten ist. *(Abg. Graf: Das ist Ihre Sache! Ich frage Sie nur: Ist es ein Geheimpakt? Sie können es verneinen!)* Sie machen sonst immer gescheite Zwischenrufe; das ist leider heute kein gescheiter; ich kann Ihnen nicht helfen. *(Abg. Graf: Das richtet sich nach dem Inhalt Ihrer Rede! Wenn Sie eine gescheite Rede halten, mache ich einen gescheiten Zwischenruf!)* Kann ich sonst noch etwas für Sie tun, Herr Graf? Ich tue es gerne! *(Abg. Graf: Im Moment nicht!)* Reden wir also nachher darüber.

Herr Bundesminister, diese Frage ist offen! Ich glaube, daß auch Sie der Tatsache nicht aus dem Weg gehen können, daß das neue Haushaltsrecht notwendig wäre.

So klaffen, gerade was die Finanzpolitik, die Wirtschafts- und die Budgetpolitik anbelangt, die Standpunkte zwischen sozialistischer Alleinregierung und freiheitlicher Fraktion am Ende dieser Gesetzgebungsperiode mehr auseinander, als dies am Anfang der XIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates der Fall war.

Dennoch haben wir Freiheitlichen uns nicht abhalten lassen, eine differenzierte Haltung zum Budget 1975 einzunehmen.

Wir sind keine sture Neinsager-Fraktion.

Wir haben Last und Bürde auf uns geladen, als wir seinerzeit der Mehrwertsteuer die Zustimmung erteilt haben.

Wir haben Sie nie in schwierigen Situationen mit der Forderung konfrontiert, die Mehrwertsteuer zu senken.

Wir haben auf wirtschaftlichem Gebiet in dieser Gesetzgebungsperiode dort mit Hand angelegt, wo uns die Vorschläge der sozialistischen Mehrheitspartei und der SPÖ-Alleinregierung sinnvoll erschienen sind — das war bei der Stahlkonzentration der Fall.

Wir haben ebenso mitgewirkt bei der Lösung der Buntmetallfrage.

Und wir haben, Herr Bundesminister, in diesen vier Jahren nie lizitiert!

Zieht man bei diesem letzten Budget der sozialistischen Alleinregierung in dieser Gesetzgebungsperiode Bilanz, dann zeigt sich folgendes Bild:

Die sozialistische Alleinregierung ist auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik nur in einem Bereich tätig geworden, im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen. Hier ist zum Teil Beachtliches geschehen.

Untätig blieb die sozialistische Alleinregierung im Bereich des Handels, des Gewerbes und der mittelständischen Wirtschaft. Warum hat sich die sozialistische Alleinregierung dieses Teiles der österreichischen Wirtschaft in den zurückliegenden vier Jahren nicht angenommen?

Völlig untätig blieb die sozialistische Alleinregierung auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Die Bauern wurden von der sozialistischen Alleinregierung nicht einmal ignoriert und gelegentlich vor Nationalratswahlen dadurch zu Almosenempfängern degradiert, daß das Kabinett Kreisky unter einem bestimmten Titel wie etwa Bergbauernförderung einige hundert Millionen Schilling gnadenweise an die Bauern ausgegeben hat.

Ich stelle in Abrede, daß die sozialistische Alleinregierung in diesen vier Jahren eine richtige Bildungspolitik betrieben hat. Eine Bildungspolitik, welche die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf weite Sicht gesehen erhält.

Peter

Und ich erhebe abschließend folgenden Vorwurf: Aus der Untätigkeit der sozialistischen Alleinregierung gegenüber der Landwirtschaft, dem Handel, dem Gewerbe und der mittelständischen Wirtschaft ergeben sich Probleme, die immer schwieriger und schwerer lösbar werden. Während die Sozialdemokratie in den Jahrzehnten ihres Bestandes das Arbeiterproletariat bewältigt hat, schafft sie durch Ihre Politik Ansätze eines neuen Proletariats. Ansätze eines Proletariats in Richtung der mittelständischen Wirtschaft und in Richtung des Bauernstandes. Ob hier bewußte oder unbewußte Versäumnisse vorliegen, lasse ich dahingestellt sein, aber die Versäumnisse, Herr Bundesminister, liegen vor.

Es sind genug Beweise in der Budgetdebatte im Plenum des Nationalrates erbracht worden, daß bereits das Budget 1974 nicht finanzierbar ist. Wie wird erst das Budget 1975 finanzierbar sein? Bitte würden Sie im Rahmen der Debatte zu dieser Frage unmißverständlich Stellung nehmen. Glauben Sie, daß man bis zum 31. Dezember 1975 ohne Steuererhöhung, ohne Erhöhung der Einnahmen und Abgaben die Milliardenbeträge, welche Sie für 1975 präliminiert haben, einnehmen wird? Oder stellen Sie wider besseres Wissen die Situation für 1975 so optimistisch dar, damit die Familie Österreicher erst nach den Nationalratswahlen die Wahrheit erfährt?

Wer heute — und das wiederhole ich abschließend mit Nachdruck — dem Bundesfinanzgesetz 1975 die Zustimmung erteilt, der muß sich der Tatsache bewußt sein, daß dieses Budget nur dann finanziert werden kann, wenn nach den nächsten Nationalratswahlen Steuererhöhungen Platz greifen.

Herr Bundesminister! Sagen Sie doch den Steuerpflichtigen und damit der Bevölkerung die Wahrheit!

Weil wir Freiheitlichen einer Budgetpolitik, die nur mit Steuererhöhungen finanzierbar und realisierbar ist, nicht die Zustimmung geben können, darum sagen wir zu diesem Budget nein. Wer aber meint, daß 1975 Steuern erhöht werden sollen, der soll und kann zu diesem Budget ja sagen.

Wir Freiheitlichen glauben, daß Sie, Herr Bundesminister, jetzt die letzte Möglichkeit hätten, eine Umkehr vorzunehmen oder dem Nationalrat unmißverständlich zu sagen, das von Ihnen vorgelegte Budget ist ohne Steuererhöhungen im Jahre 1975 finanzierbar.

Ich glaube das nicht, daher möchte ich Ihr Wort im Hause deponiert haben, damit wir Sie, wenn auch nicht von diesem Platze aus, sondern auf einem anderen Platz, in Jahresfrist beim Wort nehmen können, um Ihnen wieder einmal vor Augen zu führen, daß Sie sich geirrt haben, genauso wie sich Dr. Koren in der Einschätzung der Budgetsituation für 1974 geirrt hat.

Weil Sie uns hinsichtlich der Auskunft über Ihre Budgetpolitik, Herr Bundesminister, mehr schuldig geblieben sind, als vertretbar ist: Das ist ein weiterer Grund dafür, daß wir Freiheitlichen zum Bundesfinanzgesetz 1975 nein sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Neuner.

Abgeordneter DDr. **Neuner** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein paar Worte zu den Ausführungen des Hauptsprechers der sozialistischen Fraktion. Es ist schon typisch, meine Damen und Herren, für eine sozialistische Finanzpolitik, daß Sie jemanden wie den Zentralsekretär Marsch, der im Finanzausschuß des Hauses nie mitwirkt, zum Hauptredner für finanz- und steuerpolitische Fragen machen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dabei hat er uns hier nichts anderes aufgetischt als eine Rede, bei der er aus der Fischer-Rede gefischt und hier einen dritten Aufguß serviert hat. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie berühmen sich, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, insbesondere der Herr Finanzminister, daß Sie in Ihrer Regierungstätigkeit dreimal Steuersenkungen gemacht haben, und Sie schreiben und plakatieren überall: Weil wir so gut wirtschaften, können wir die Steuern senken!

Die Wahrheit, meine Damen und Herren, ist: Weil Sie so schlecht wirtschaften, müssen Sie die Steuern senken. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ihr Einkommen- und Lohnsteuersystem ist nämlich von Grund auf falsch. Die Absetzbeträge wirken gerade in einer inflationistischen Wirtschaft absolut steuererhöhend. Sie müssen mit dem Fortschreiten der Inflation von Jahr zu Jahr die Steuern senken, ansonsten rauben Sie den Österreichern das Geld aus den Taschen.

Sie berühmen sich, 7 Milliarden Schilling verteilt zu haben; diese fließen an den Steuerzahler zurück, sagen Sie. Haben Sie nicht — und das ist auch eine Antwort an den Parteiobmann der Freiheitlichen Partei — bedacht, wie viele Inflationsgewinne aus der Lohnsteuer allein Sie eingesteckt haben? Im Jahre 1971 waren es 1,6 Milliarden Schilling, im Jahr 1972 waren es 3,4 Milliarden Schilling, 1973 waren es 5,6 Milliarden Schilling, im Jahre 1974 sind es 5,4 Milliarden Schilling; insgesamt 16 Milliarden Schilling haben Sie

DDr. Neuner

an Inflationsgewinn bei der Lohnsteuer mehr eingenommen, als vom Realeinkommen her gerechtfertigt gewesen wäre.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagte es in der Presseaussendung zum Novemberbericht 1974 sehr deutlich — ich zitiere —: 1974 wird die Steuerbelastung mit 24,4 Prozent den bisher höchsten Wert erreichen.

Das sind die Steuergeschenke, Herr Finanzminister, die Sie der österreichischen Bevölkerung machen.

Und wie bezeichnen Sie, Herr Bundesminister, diesen Raubzug, diesen wirklichen Raubzug auf die Taschen der Österreicher? — Ich zitiere aus Ihrer Budgetrede:

„Durch Steuerreform und Steuersenkungen wurde ... ein ... wesentliches Stück Verteilungsgerechtigkeit verwirklicht." — Von „Verteilungsgerechtigkeit" sprechen Sie! *(Abg. Dr. T u l l: Das ist ja nichts Schlechtes!)*

Was zum Beispiel den Sektor der gewerblichen Gewinne betrifft, so wissen Sie ganz genau, Herr Bundesminister, wie die Inflation und der progressive Steuersatz auf die Gewinnbesteuerung wirken. Es werden Scheingewinne besteuert. Dem Wirtschaftsprüfer Dr. Androsch muß dieses Problem bekannt sein, und er müßte Abhilfe schaffen. Aber den sozialistischen Gesellschaftspolitiker Doktor Androsch stört das nicht, das trifft ja nur wenige selbständige Gewerbetreibende und Handelstreibende. Das Problem ist auch nur für wenige Sachkundige klar und eindeutig überblickbar. Die Masse speisen Sie mit Schlagworten wie „Verteilungsgerechtigkeit" ab.

In der Budgetrede vor einem Jahr, Herr Finanzminister, haben Sie dem Steuerzahler Lob gezollt und sehr freundliche Worte gewidmet. Nachdem sich nunmehr auf Grund ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik die Steuereinnahmen nicht so entwickelten, wie Sie es sich wünschen, verdächtigen Sie — ein Jahr später schon — die Unternehmer pauschal als Steuerverkürzer. *(Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.)*

Als praktizierender Wirtschaftsprüfer, als Steuerberater, der wirklich seinen Beruf auch ausübt, kann ich Ihnen aus meiner Tätigkeit hier zwei Punkte sagen.

Das erste, Herr Finanzminister: Die Steuermoral der Abgabepflichtigen ist keineswegs schlechter geworden. Mich persönlich wundert das angesichts der Tatsache, daß diese Abgabepflichtigen sehen, wie Sie die schwerverdienten Steuerschillinge hinauswerfen mit Wegwerfbuch und anderen Dingen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das zweite, Herr Finanzminister: Die Qualität der Berufsarbeit der Finanzbeamten hat sich nicht verschlechtert. Sie ist gleichgeblieben. Ein rückläufiges Steueraufkommen ist daher einzig und allein auf Ihre verfehlte Wirtschaftspolitik zurückzuführen.

Unter der Regierungszeit der SPÖ haben Sie sehr häufig von Verwaltungsvereinfachung geredet. Handlungen, Herr Minister, haben Sie aber keine gesetzt. Wohl aber das Gegenteil: Sie haben der Verwaltung neue Belastungen, neue Erschwerungen auferlegt. Sie haben die Verwaltung mit Arbeiten belastet, für die sie nicht geschult ist, nämlich Verteilung von Heiratsbeihilfen, von Mietzinsbeihilfen und von Schulfahrtbeihilfen. Und die Beamten — die dürfen nicht klagen, denn in den Führerbunker in der Himmelpfortgasse können nur Erfolgsmeldungen kommen; und diese Tendenz wird sich bis zum April des nächsten Jahres sicher noch verstärken.

Wie sehr aber die Finanzbeamten überfordert sind, Herr Minister, das sehen meine Berufskollegen und ich bei der täglichen Berufsarbeit. Sie können ihre Arbeit bei bestem Willen und bestem Einsatz gar nicht mehr voll und zufriedenstellend verwirklichen. Ich zitiere zum Beispiel aus dem Bericht des Rechnungshofes, der mitteilt, daß an ein Transportunternehmen 3 Millionen Schilling Schulfahrtbeihilfe ausgezahlt worden ist, die gar nicht gerechtfertigt war. Dieser Transportunternehmer ist selbstverständlich zur Finanzverwaltung gegangen und hat gesagt: Das steht mir nicht zu, das muß zurückgezahlt werden. Das war sicher ein Versehen der Finanzbeamten, es war kein böser Wille dabei, aber ein Ausfluß der hohen Belastung, die Sie den Beamten auferlegt haben.

Nun gehört es zum Stil sozialistischer Regierungsmitglieder, daß dann, wenn man Kritik an der Ressortführung übt, der Minister das als eine Kritik an den Beamten ummünzt; das gilt besonders für Sie, Herr Finanzminister.

Darum ist es notwendig, einmal klipp und klar namens der Österreichischen Volkspartei aufzuzeigen: Wenn wir Ihre Gesellschaftspolitik, Herr Finanzminister, auf dem Steuersektor kritisieren, eine Gesellschaftspolitik, die Sie mit großen Reformen, mit Verteilungsgerechtigkeit und so weiter verkaufen wollen und mit der Sie nichts anderes getan haben, als die Finanzleute in chaotische Zustände hineinzumanövrieren, so ist diese Kritik an Ihnen gleichzeitig aber mit einer Anerkennung der Berufsarbeit der Finanzbeamten verbunden, denen Sie, Herr Dr. Androsch, zwar Vereinfachungen und Erleichterungen versprochen, aber unerträgliche Belastungen auferlegt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

DDr. Neuner

Sie von der sozialistischen Regierung haben den Familienerhaltern Steuererleichterungen versprochen. Gehalten haben Sie das Gegenteil: Das sozialistische Lohn- und Einkommensteuersystem schädigt den alleinverdienenden Familienerhalter. Die starren Kinderabsetzbeträge verlieren in der Inflation ihre Wirkung, was sich ganz besonders bei zahlreichen Kindern umso härter auswirkt.

Sie von der Sozialistischen Partei und von der sozialistischen Regierung haben eine Verbesserung der Rechte der Frauen versprochen. Gehalten haben Sie das Gegenteil: Das sozialistische Steuersystem diskriminiert geradezu die Ehegattinnen von selbständigen kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden.

Sie, Herr Bundesminister, haben wiederholt eine Änderung der Einstellung zum Abgabepflichtigen versprochen. — Sehr schöne Worte, die sich gut in der Öffentlichkeit verkaufen lassen. — Gehalten, Herr Bundesminister, haben Sie das Gegenteil, wie Ihre erst kürzlich ausgesprochenen Pauschalverdächtigungen beweisen.

Sie, Herr Bundesminister, erklärten noch am 22. Oktober 1974 hier in Ihrer Budgetrede: „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung." — Tatsächlich aber, Herr Bundesminister, treiben Sie eine Politik: Hinter mir die Sintflut.

Im Finanzamt für Körperschaften besteht die Weisung, schnell vorläufig Steuerbescheide hinauszugeben, damit die Staatskassen nicht noch rascher leer werden. Es stört Sie, Herr Minister, gar nicht, daß dieses Amt, das die größten Steuerpflichtigen Österreichs verwaltet, dadurch im Veranlagungsrhythmus völlig unterbrochen wird und daß die vorgezogenen Staatseinnahmen Ihnen in der Zukunft fehlen werden.

Verständlich, Herr Bundesminister, daß Sie diese Entwicklung schon abschätzen können kraft der Zahlen, die Ihnen die Finanzbeamten liefern, da Sie derjenige innerhalb der sozialistischen Fraktion sind, der so rasch als möglich aus dieser Regierungsverantwortung abspringen will. Sie, Herr Bundesminister, haben gelobt, die Gesetze der Republik einzuhalten. Erst vor einigen Tagen haben Sie hier gesprochen und sich darauf berufen, daß Sie einen Eid abgelegt haben.

Herr Bundesminister! Das hindert Sie aber nicht, gesetzwidrige Erlässe herauszugeben, weil es dem Herrn Dr. Androsch eben widerspricht, durch Gesetzesänderungen jenen Zustand herzustellen, den die Österreichische Volkspartei immer wieder und von Anfang an als den richtigen bezeichnet hat.

Weil wir von jeher den Inhalt dieser Umsatzsteuererlässe gewünscht haben — sie tragen ja unser Gedankengut —, haben wir Ihnen, Herr Minister, und der sozialistischen Fraktion Gelegenheit gegeben, den Inhalt dieser Erlässe in Gesetzesform zu kleiden. Sie haben aber unseren Initiativantrag glatt niedergestimmt. Ihre Berufung, Herr Bundesminister, auf Gelöbnis und Eid noch gut im Ohr klingend, wiederhole ich Ihnen heute, was ich Ihnen damals auch im Plenum sagte: Ihr Prestigedenken geht Ihnen offenbar vor Verfassungstreue.

Die sozialistische Regierung, meine Damen und Herren, hat eine Transparenz der Verwaltung, eine Offenlegung von Akten und andere schöne Dinge versprochen. Sie, Herr Bundesminister Dr. Androsch, operieren nach wie vor mit Geheimerlässen.

Im Antwortschreiben vom 6. Dezember 1974 mußten Sie auf unsere Fragen im Finanzausschuß zehn Erlässe bekanntgeben, die vom Jänner bis Oktober 1974 herausgegeben wurden und deren Inhalt für die Abgabepflichtigen ungemein wichtig ist. Wollen Sie etwa leugnen, Herr Bundesminister, daß beispielsweise der Erlaß betreffend die steuerliche Behandlung von Unterstützungsbeiträgen an Rechtspraktikanten nicht wichtig wäre, daß ihn alle kennen? Wollen Sie leugnen, daß zum Beispiel der Erlaß betreffend die Berücksichtigung von außergewöhnlichen Belastungen für behinderte Kinder wert wäre, auch im Amtsblatt kundgemacht zu werden?

Herr Bundesminister! So halten Sie es mit dem Versprechen einer Transparenz der Verwaltung.

Herr Minister! Bei Ihrem Amtsantritt habe ich mir vom Sozialisten Dr. Androsch kaum etwas erwartet, was sich mit meiner Überzeugung vereinbaren ließe. Von meinem Berufskollegen Dr. Androsch habe ich mir genauso wie sehr viele unserer gemeinsamen Berufskollegen erwartet, daß er die Kenntnisse, die Erfahrungen aus der Berufsarbeit in den Dienst des Finanzressorts stellen würde. Kaum etwas, Herr Finanzminister, ist in dieser Richtung geschehen.

Wenn wir Ihnen im Ausschuß Fragen stellen, geben Sie vielfach Antworten, aus denen man schließen müßte, daß Sie überhaupt nie unseren gemeinsamen Beruf ausgeübt haben.

Dazu kommt noch eines, Herr Minister — und damit komme ich zum Schluß —, was ich Ihnen noch sagen muß: Das ist ein Wort zu Ihrem Verhandlungsstil, den ich in den letzten vier bis fünf Jahren aus allen Unterausschußberatungen über Steuerfragen kennen lernen mußte.

DDr. Neuner

Finanzangelegenheiten und steuerpolitische Angelegenheiten sind äußerst schwierige Materien. Diese Verhandlungen in solchen Materien verlangen sicher den Einsatz von Fachwissen; aber dies ohne Schnoddrigkeit. Sie verlangen sicher den Einsatz von Bestimmtheit, mitunter auch von Härte; aber ohne Arroganz. Diese Verhandlungen verlocken auch zum Einsatz der Macht; aber nie sollte dies ohne Kompromißbereitschaft geschehen.

Sie, Herr Finanzminister, haben in allen wichtigen Materien, die wir in Ihrer Amtszeit verhandelt haben, nie den Konsens gesucht, und auch jetzt, Herr Minister, in der Stunde der Not betreiben Sie die Politik: Nach mir die Sintflut!

Meine Damen und Herren! Das ist ein Grund mehr, daß die Österreichische Volkspartei das Budget ablehnt. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Jetzt wird es lustig! — Abg. Dr. Mussil: Das überhebliche Lächeln des Finanzministers ist weg! — Zwischenruf bei der ÖVP: Ein gezwungenes Lächeln!)*

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm hat in seiner Rede anläßlich der ersten Lesung des Budgets 1975 nicht nur von den vermeintlichen Todsünden der sozialistischen Bundesregierung gesprochen, sondern auch festgestellt, daß die Stunde der Wahrheit geschlagen habe und nunmehr Bilanz zu ziehen sei. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Am heutigen letzten Tag der Budgetdebatte ist, glaube ich, der richtige Zeitpunkt, diese Bilanz zu ziehen.

Wenn man Bilanz ziehen will, so muß man aber auch verständlicherweise auf die Unterschiede hinweisen, auf die Unterschiede in der Politik und in den Erfolgen der Politik, und zwar für jene Zeiträume, in denen jeweils eine der beiden großen politischen Parteien die Alleinverantwortung für die Politik in Österreich getragen hat, also einmal für die Zeit von 1966 bis 1970, als die Österreichische Volkspartei allein regierte, und nun für den Zeitraum von 1970 bis 1975.

Wenn man diese Unterschiede hier aufzeigt, so muß man zunächst feststellen, daß der Anteil der Staatsschuld am Bruttonationalprodukt gegenüber jener Zeit, als die Österreichische Volkspartei die Alleinverantwortung getragen hat *(Abg. Dr. Prader: Das waren noch gute Zeiten!)*, entscheidend gesunken ist, obwohl die derzeitige Bundesregierung in den letzten Jahren von den in der ÖVP-Zeit aufgenommenen 37 Milliarden Schilling Staatsschulden bisher bereits 27 Milliarden zurückgezahlt hat.

Wenn man den Vergleich zieht, so muß festgestellt werden, daß die Nettoverschuldung des Bundes von 1970 bis 1975 um 17 Milliarden Schilling zwar zugenommen hat, daß aber demgegenüber auch ein sehr beachtlicher Vermögenszuwachs des Bundes festzustellen ist, und zwar bei den Investitionen um 68 Milliarden Schilling.

Der Herr Abgeordnete Dr. Neuner hat im Zusammenhang mit den Steuersenkungen, mit den bisherigen erfolgreichen Steuersenkungsmaßnahmen der sozialistischen Alleinregierung behauptet, daß die sozialistische Regierung diese Steuersenkungen ja vornehmen mußte, weil sie schlecht gewirtschaftet hat. *(Abg. Dr. Schwimmer: Stimmt!)*

Nun können Sie nicht so ohne weiteres sagen, daß diese Regierung schlecht gewirtschaftet habe *(Zwischenruf des Abg. Kern)*, denn die unzähligen Erfolge, die Tatsache, daß diese Regierung den überwiegenden Teil jener Maßnahmen verwirklicht hat, zu deren Realisierung sie sich in der Regierungserklärung verpflichtet hat, die Tatsache, daß es den Lohn- und Gehaltsempfängern, den Rentnern und Pensionisten heute besser geht als je zuvor in Österreich *(Zwischenruf des Abg. Doktor Schwimmer)*, beweist, daß diese Regierung wahrlich nicht schlecht gewirtschaftet hat! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schwimmer: Es hieß: Bis zu 10 Prozent!)*

Aber ich möchte doch noch auf etwas anderes aufmerksam machen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Haben Sie sich bis zu 10 Prozent Inflation verpflichtet oder nicht?)* Der Unterschied besteht nämlich darin, daß Ihre Regierung seinerzeit so schlecht gewirtschaftet hat und trotzdem keine Steuern gesenkt hat, sondern im Gegenteil Steuern erhöhen mußte, Steuern erhöht hat *(Zustimmung bei der SPÖ)*, und zwar in einem ganz beachtlichen Ausmaß *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. Doktor Schwimmer)*: Die Einführung einer Sonderabgabe vom Vermögen, die Einführung einer Sonderabgabe von alkoholischen Getränken, die Einführung einer Sonderabgabe von Kraftfahrzeugen, die Erhöhung des Pauschales für den Warenverkehr und die Beseitigung von Befreiungsbestimmungen im Beförderungssteuergesetz und die Erhöhung der Tabaksteuer. *(Abg. Dr. Prader: Sie haben verlängert!)*

Der Unterschied zwischen Ihrer Regierungszeit und unserer Regierungszeit, Herr Abgeordneter Dr. Prader *(Abg. Dr. Schwimmer: Herr Dr. Tull! Haben Sie das abgeschafft oder*

Dr. Tull

verewigt?) und Herr Abgeordneter Doktor Schwimmer, besteht darin, daß diese Bundesregierung seit 1970 dem Steuerzahler 34 Milliarden Schilling an Steuergeldern erspart hat, hingegen die ÖVP-Regierung seinerzeit in vier Jahren jährlich dem Steuerzahler 3,5 Milliarden Schilling aufgebürdet hat. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Unsere Steuerreform und die mehrmaligen Entlastungen, die wir durchgesetzt haben, sind ein wesentlicher ... *(Abg. Dr. Prader: Darum zahlen wir immer mehr!)* Weil Sie mehr verdienen, Herr Abgeordneter Doktor Prader, und wir freuen uns, daß wir alle mehr verdienen, weil es uns deswegen allen zusammen besser geht. Und wir sind bereit, wenn es uns besser geht, auch dem Staat mehr zu geben *(Zustimmung bei der SPÖ)*, um vom Staat die Verwirklichung jener Gemeinschaftsaufgaben verlangen zu können, die im Interesse aller Bevölkerungsteile von lebenswichtiger Bedeutung sind! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer. — Zwischenruf des Abg. Dr. Neuner.)*

Das ist ein wesentlicher Schritt, Herr Abgeordneter Neuner, nicht zu einer Verteilungsgerechtigkeit *(Abg. Dr. Schwimmer: Das hat der Androsch gesagt!)*, sondern unsere steuerlichen Maßnahmen sind ein wesentlicher Schritt zu mehr Einkommensgerechtigkeit! *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben die Budgetrede nicht gehört!)* Das ist das entscheidende, und dazu bekennen wir uns gerne. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schwimmer: Das ist ein Widerspruch zur Budgetrede! Androsch sagte: Verteilungsgerechtigkeit! — Zwischenruf des Abg. Doktor Fischer. — Abg. Dr. Schwimmer: Sie fischen im trüben, Herr Fischer!)*

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung um 70 Prozent gegenüber jener Zeit gestiegen, in der Sie allein die Verantwortung für Österreich getragen haben! *(Zwischenruf: Gigantisch!)* Das ist eben der Unterschied zwischen der Zeit, als Sie regiert haben *(Abg. Dr. Schwimmer: Wo haben Sie rechnen gelernt?)*, und heute.

Der Bundesvoranschlag stellt den politischen Willen der Bundesregierung *(Abg. Doktor Schwimmer: Lauter falsche Ziffern!)* und der sozialistischen Parlamentsfraktion dar. Er ist die konsequente Fortsetzung unserer Politik in den vergangenen Jahren. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat ihren Teil — das ist unsere Auffassung — zum Erhalt einer hohen Beschäftigung, aber auch zur Stabilität aller Bereiche zu leisten. Daher ist es unsere vornehmste Aufgabe, uns zu mehr wirtschaftlicher Stabilität zu bekennen *(Abg. Doktor Schwimmer: Wo ist dieses mehr an Stabilität bei 10 Prozent Inflation?)*, wobei wir aber gleichzeitig sagen, daß der Stabilität des Schillings die Stabilität des Arbeitsplatzes gleichzusetzen ist *(Abg. Dr. Schwimmer: Das sagen wir! Sie verhindern das!)* und daß wir keinesfalls bereit sind, mehr Preisstabilität auf dem Rücken der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Pensionisten und Rentner, somit also der schwächsten Berufsgruppen und Teile unseres Volkes, auszutragen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Da müssen Sie aber eine bessere Politik machen, Herr Tull!)*

Das Ziel unserer Politik ist somit, meine Damen und Herren: Weitestgehende Sparsamkeit, Sicherung der Arbeitsplätze, Stabilität und Sozialität unserer Volkswirtschaft. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sozialität?)*

Ich muß Ihnen, meine Damen und Herren, gerne zugeben, daß Sie während der bisherigen Verhandlungen, und zwar sowohl im Finanz- und Budgetausschuß als auch hier im Hause, keine Abänderungsanträge gestellt haben. Aber im Wesen hat sich gegenüber Ihrer früheren Methode und Taktik grundlegend nichts geändert. Sie haben nämlich immer wieder festgestellt, daß die Ausgaben der einzelnen Ressorts zu niedrig seien. Sie haben hier ein Klagelied angestimmt, daß dies oder jenes erhöht werden müßte. Gleichzeitig aber haben Sie auch zwiespältig, mit zwei Zungen sprechend, immer wieder hervorgehoben, daß das Gesamtbudget eigentlich zu hoch, zu expansiv sei, daß wir vor einer gefährlichen Budgetexplosion stünden.

So gesehen blieben Sie — und das bestätige ich Ihnen gerne, meine Damen und Herren — bei Ihrer differenzierten Opposition. Wenn wir heute allerdings schon Bilanz ziehen, wenn wir einen Schlußstrich ziehen, muß ich Ihnen sagen, daß Sie von der Österreichischen Volkspartei es peinlich vermieden haben, Ihre angeblich so segensreichen, erfolgversprechenden Programme, die Sie am laufenden Band erzeugen, hier zur Diskussion zu stellen. Sie haben es auch bis zur Stunde unterlassen, klare Alternativen, klare Konzepte aufzustellen.

Die letzte dringliche Anfrage, meine Damen und Herren, ist ja wieder zu einem Rohrkrepierer geworden — sie ist eine Totgeburt gewesen — und ist im Grunde genommen nichts anderes als der Ausdruck Ihres schlechten politischen Gewissens. Für eine Politik des schlechten Gewissens haben die Menschen dieses Landes wahrlich kein Verständnis. *(Abg. Staudinger: Aber noch weniger für eine schlechte Politik!)*

Dr. Tull

Aufgabe der derzeitigen Finanzpolitik ist es zweifelsohne, mit den vorhandenen Finanzmitteln auszukommen und eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts so erfolgreich, wie wir das in den letzten fünf Jahren gestaltet haben, fortzusetzen. Ihre permanenten Klagelieder, zum Teil sogar die wirtschaftliche Rufschädigung, der Sie sich schuldig machen, Ihr ständiges Lamento, Ihre permanenten Widersprüche, sind doch beim besten Willen keine seriöse und solide Empfehlung für unsere Mitbürger, kein taugliches politisches Instrument! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Graf: Aber die Bezichtigung der Unternehmer, daß sie Steuer hinterziehen, das ist seriös, Herr Tull!?)*

Der Unterschied zwischen Ihrer Oppositionszeit und unserer Oppositionszeit — auch hier will ich Bilanz ziehen *(Abg. Graf: Ziehen Sie!)* — läßt sich in einigen Punkten festlegen. Wir haben nie versucht *(Zwischenruf des Abg. Kinzl)*, Herr Abgeordneter Kinzl, unsere Wirtschaft krankzujammern in der Zeit, als Sie versucht haben, die Wirtschaft gesundzubeten und keine konkreten Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen konnten. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)* Wir haben nie nur kritisiert, ohne konkrete Vorschläge vorzulegen, wie man es besser und zielführender machen könnte. *(Abg. Dr. Prader: Sie haben überhaupt keine Vorschläge vorgelegt! Sie haben einen Alternativkomplex!)*

Wir haben nie so wie Sie versucht, durch unverantwortliche Erklärungen die Menschen dieses Landes zu verunsichern, eine maßlose Hysterie zu entfachen und eine Panikstimmung zu erzeugen. *(Abg. Dr. Withalm: Richtige Lamperln seid Ihr gewesen!)* So gesehen, Herr Dr. Withalm, hat Ihr Fraktionskollege Dr. Gruber gestern recht gehabt, als er gesagt hat: Die Verantwortlichen sitzen hier. Und der Umkehrschluß muß dann lauten: Wo sitzen die Verantwortungslosen? — Das sind jene unter Ihnen, die die Wirtschaft permanent krankjammern, die immer wieder an der Klagemauer stehen und so tun, als ob Österreich vor einem totalen Konkurs stünde. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Meine Damen und Herren! Eine Ihnen nahestehende Wochenzeitung hat vor einigen Tagen folgendes ausgesagt:

„Dazu kommt, daß die Krisenwarnungen der ÖVP von vielen Leuten nicht ganz ernstgenommen werden, denn ihre ‚Kassandren vom Dienst' haben die Böllerschüsse viel zu früh losgelassen und schon in Zeiten von Rezessionsgefahren gesprochen, in denen noch Überkonjunktur bevorstand. Wer aber einmal falschen Alarm geschlagen hat, dem glaubt man nicht recht."

Die Misere Ihrer Politik ist nämlich, daß Sie unglaubwürdig geworden sind. Ihr Sprecher Sandmeier kam heute heraus und sagte, er sei um die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes besorgt. Ihre Warnungen und Ihre besorgnisausdrückende Stimme können uns nicht beeindrucken. Wir bauen vielmehr darauf, was ernstzunehmende Wirtschaftsforscher gestern ausgesprochen haben, Herr Sandmeier, ernstzunehmende Wirtschaftsforscher wie beispielsweise ein Professor Seidel. Das ist ausdrücklich nachzulesen in der Ihnen sicher nicht ganz unbekannten und nicht unfreundlich gesinnten „Presse". Es heißt in diesem Artikel unter anderem: „Kein Anlaß zur Besorgnis."

Sie sehen Sorge, Sie sehen Panik, die Sie entfachen. Und hier haben Sie das Gegenteil: „Kein Anlaß zur Besorgnis."

Meine Damen und Herren! Wenn Sie heute herausgekommen sind und hier so getan haben, als ob wir alle zusammen aus dem letzten Loch pfiffen, so möchte ich Ihnen nur eines sagen: Hier sehen Sie die Wahrheit. Das, meine Damen und Herren, ist die nackte Wahrheit *(der Redner zeigt einen Zeitungsartikel vor)*:

„Österreicher kaufen wie nie zuvor." Und wenn in dieser Zeitung heute maßgebende Wirtschaftsleute sagen, daß das Weihnachtsgeschäft 1974 neue Umsatzrekorde bringt, so doch deswegen, weil die Leute gut verdient haben. Hätten sie nämlich nicht gut verdient und würde es ihnen nicht gut gehen, könnten sie nicht so viel kaufen. Sie kaufen Luxusartikel, weil wir eben einen entsprechenden Lebensstandard haben. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Flucht in die Sachwerte!)*

Meine Damen und Herren! Der sichtbare Ausdruck sind die überfüllten Geschäfte und der Sturm auf wirklich gute Waren des gehobenen Lebensstandards. *(Abg. Ofenböck: Flucht in die Sachwerte heißt das!)* Das ist der beste Beweis des Vertrauens der Österreicherinnen und Österreicher in diese Regierung und in die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir bisher gemacht haben. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Neuner, hier weggegangen sind mit dem Hinweis, daß wir eine Politik: Hinter mir die Sintflut!, betreiben, so kann man darauf nur eines sagen: Nicht hinter uns die Sintflut, sondern mit uns und durch uns *(Abg. Kern: Die Sintflut!)* einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung, mit uns und durch uns für ein noch besseres,

glückliches Österreich! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Herr Tull! Das war eine sehr liturgische Rede!)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern, und zwar noch am späten Abend, hat, wie ich glaube, ganz zu Unrecht Frau Abgeordnete Wieser von der ÖVP dem Finanzminister Vorhalte gemacht und gesagt, sie möchte mit ihm nichts zu tun haben, da Androsch ein knausriger Mann wäre.

Ich weiß nicht, woher sie ihre Erfahrung mit Androsch hat, aber für mich zeichnet sich das ganz anders ab. *(Abg. Kern: Als bäuerliche Berufsvertreterin weiß sie genau, daß er für die Landwirtschaft nichts übrig hat! — Abg. Staudinger: Er schleudert am falschen Platz, daher knausert er am falschen Platz!)* Das will ich ja gerade dem gegenüberstellen.

Für mich zeigen sich die Dinge ganz anders. Denn Androsch ist doch viel eher ein Verschwender, der — das kann man wirklich sagen — planlos Geld zum Fenster hinauswirft.

Man richtet sich nicht nach der Zweckmäßigkeit, sondern rein nach politischer Opportunität.

Ich glaube, daß das die Bevölkerung einfach nicht weiter versteht und nicht geneigt ist, zuzusehen, wie der Bund immer höhere Defizite produziert, obwohl man auf der anderen Seite immer wieder vom Sparen spricht. Doch diesen schönen Worten folgen eben keine Taten. Ich glaube, daß die Ausgabenfreudigkeit der derzeitigen Bundesregierung eines Tages geradezu sprichwörtlich in die Geschichte eingehen wird.

Der Wurm liegt eben darin, daß hier zu viel Gefälligkeitsdemokratie betrieben wird, worauf ich noch näher eingehen werde.

Wenn vom Sparen gesprochen wird, wäre es doch wesentlich, einige Gesetze zu entrümpeln, diese nicht so kompliziert zu machen, wie es sich beim sehr vielschichtigen Steuerrecht immer wieder zeigt. Denn viele Gesetze erzeugen nun einmal viel Verwaltung, und viele Gesetzesänderungen bedeuten eine wesentliche Mehrarbeit und letzten Endes auch wieder mehr Beamte und damit per Saldo auch wieder höhere Lohnkosten.

Die Finanzbeamten verkraften, wie Abgeordneter Dr. Neuner schon vorhin ausgeführt hat, einfach diese Mehrarbeit nicht mehr. Denn es ist doch kaum ein Jahr vergangen, in dem nicht irgendeine wesentliche Änderung des Einkommensteuergesetzes Platz gegriffen hat.

Das ist der Beweis dafür, daß man hier unüberlegt vorgeht und Flickwerk anstatt einer ordentlichen Reform setzt. Ich betrachte das auch als ein ausgesprochenes Schwächezeichen.

Ich darf in diesem Zusammenhang doch daran erinnern, daß die einzige echte Reform auf dem Einkommensteuer- und Lohnsteuersektor von uns Freiheitlichen vorgelegt wurde. Sie wurde von Experten anerkannt, aber von der sozialistischen Mehrheitsregierung einfach beiseitegelegt.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal ganz kurz auf die wesentlichen Reformvorschläge hinweisen, weil sie in erster Linie auch eine Verwaltungsvereinfachung mit sich brächten. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß gerade bei der Reform der Einkommensteuer breite Proportionalbänder erstellt werden müssen, Bänder, die in breiten Stufen gestaffelt sind, übersichtlicher und dadurch doch wesentlich leichter zu handhaben sind. Sie sind also leichter verständlich, vor allem auch gerechter, leichter zu praktizieren und bedeuten eine echte Verwaltungsvereinfachung.

Davon merkt man in den Steueränderungsgesetzen, die von Androsch gekommen sind, sehr wenig, wenn er auch versucht, sie nun wirkungsvoll zu verkaufen.

Ich bin davon überzeugt, daß bedauerlicherweise auch ein ÖVP-Finanzminister auf die freiheitlichen Vorschläge zur Reform der Einkommensteuer kaum eingegangen wäre, denn die althergebrachte Form der Einkommensteuergesetzgebung mit ihrer Progression läßt ja doch in letzter Konsequenz den Finanzminister mitnaschen.

Die Gefälligkeitsdemokratie, wie sie Androsch betreibt, kostet sehr viel. Hier werden — das ist unverständlich — Geschenke verteilt, um die niemand gebeten hat.

Wer hat um die 16.000 S-Beihilfe bei der Geburt eines Kindes gefragt? Niemand. Wenn man mit so etwas kommt, dann ist das der Beweis dafür, daß man vor Wahlen Geschenke offensichtlich verteilen will.

Ich darf an die Schulbuchaktion, an die Schülerfreifahrten erinnern, Dinge, denen wir Freiheitlichen zwar positiv gegenüberstehen, die wir aber nicht in der Art und Weise, wie sie praktiziert werden, billigen.

Zur Demokratie, so scheint es, gehören eben auch starke Männer, die Mut, Kraft und Entschlossenheit haben, in schwierigen Situationen dann und wann einmal auch unpopuläre Maßnahmen zu vertreten. Die jeweils Füh-

Dipl.-Vw. Josseck

renden wollen eben immer wieder gewählt werden und reden daher offensichtlich dem Wähler nach dem Mund.

Ich glaube, darin liegt mit eine wesentliche, eine der stärksten Wurzeln der Inflation. Diese Inflation ist eben keine himmlische Einrichtung *(Abg. Graf: Bei Gott nicht!),* sondern ein Machwerk, ein Menschenwerk, von dieser Bundesregierung wesentlich mitbeeinflußt.

Um bei dieser Geschenkpolitik und dabei zu bleiben, wie sie betrieben wird, darf ich sagen, daß sie unverantwortlich ist. Da sei Herrn Dr. Androsch ein Wort ins Stammbuch geschrieben, das einmal ein berühmter Regisseur ausgesprochen hat, der da meinte:

„Wer dem Publikum ständig nachrennt, wird eines Tages nur noch dessen Hintern sehen."

Herr Bundesminister! Ich glaube, das wird auch Ihnen eines Tages passieren.

Genausowenig wie man im Privatleben alles auf einmal beziehungsweise in einem Jahr erledigen kann, genausowenig ist dies im fiskalischen Bereich möglich. Aber Wahlversprechen von heute verursachen morgen Steuererhöhungen!

Sie selbst, Herr Bundesminister — ich nehme an, daß das, was man so hinter den Kulissen hört, richtig ist —, sehen sich eben fürs nächste Jahr kaum raus, wie Sie allen Ihren Versprechungen, die Sie heuer gemacht haben und nächstes Jahr finanzieren müssen, gerecht werden sollen. Man hat auch gehört — das meinte ich, als ich „hinter den Kulissen" sagte —, daß Sie gesagt haben: Ich komme nicht mehr aus. Wir müssen die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen!

Daraus kann man schließen, daß Sie einer derjenigen waren, die für frühe Wahlen plädiert haben.

Der Österreichischen Volkspartei muß ich im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer sagen: Rückblickend erscheint es mir unverständlich, daß die Österreichische Volkspartei den Termin der Einführung der Mehrwertsteuer unbedingt noch um ein Jahr hinausgeschoben haben wollte beziehungsweise einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz verlangen konnte. Heute zeigt sich, daß beides undurchführbar gewesen wäre. Ich möchte mir nicht ausmalen, was sich ereignet hätte, wäre die Mehrwertsteuer ein Jahr später eingeführt worden.

Wenn man die Ursachen all dieser Geschenkpolitik ergründen will, muß man, glaube ich, sagen: Sie liegen unter Umständen auch darin, daß die Legislaturperioden vielleicht doch etwas zu kurz sind. Denn wie wirkt sich das aus? Zum Einarbeiten braucht man nun einmal ein ganzes Jahr. Im vierten Jahr — das erleben wir ja bereits seit diesem Herbst — gibt es dann nur mehr Wahlkampf und Wahlauseinandersetzungen. Dazwischen gibt es laufend Länder- und Kommunalwahlen, zu denen die jeweilige Regierung auch etwas dazutun will, und so bleibt eben kaum Zeit für die Regierungsgeschäfte.

Für Dr. Androsch ist die Sache noch etwas schwieriger, denn er muß dazwischen auch noch Schifahren gehen, wie wir es unlängst im deutschen Fernsehen gesehen haben. *(Abg. Mühlbacher: Das darf er nicht?)* Er darf natürlich. Er fährt sogar recht gut; darauf möchte ich ja zu sprechen kommen. Zum Schluß kommt er vielleicht in den österreichischen B-Kader.

Vielleicht war diese Fernsehaufzeichnung für Ihre Talfahrt, Herr Bundesminister, symptomatisch: Sie haben recht flott hinuntergewedelt, einige Hindernisse genommen, die sich einem Finanzminister ja zwangsläufig gegenüberstellen. Sie sind dann über eine Hütte gesprungen. Ich habe das so verglichen: die Hütte war das größte Hindernis, vergleichbar mit der Mehrwertsteuer, die Sie noch durchgestanden haben. Unten bei der Ankunft im Tal — bei allem Respekt, ich darf aber im Schifahrerjargon bleiben — haben Sie einen richtigen Pappenstern gerissen. Herr Bundesminister! Das kann halt in der Politik auch sehr schnell gehen. Sie werden jetzt darauf sagen: Dieser Stern war markiert. Aber, Herr Bundesminister, auch ein markierter Stern tut echt weh.

Nun noch einige Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung. Hier ist der Ansatz zum Sparen. Herr Bundesminister! Ihnen ist bekannt, daß sämtliche Körperschaftsteuerakte zu den zuständigen Finanzämtern müssen, die in den Bundesländern in den jeweiligen Landeshauptstädten sind. Ich meine, das war früher durchaus vertretbar, als es noch verhältnismäßig wenig Körperschaftsteuerakte gab. Aber durch das Strukturverbesserungsgesetz gibt es ja nun viel mehr Kapitalgesellschaften, vor allem viele kleine Ges. m. b. H.s, dann alle Vereine und die wirtschaftlichen Veranstaltungen; alle müssen nun jeweils in die Landeshauptstadt kommen.

Würde man diese Akten beim zuständigen Betriebsfinanzamt belassen, dann — da der Betrieb, wenn es sich um einen Millionenbetrieb gehandelt hat, bisher beim zuständigen Finanzamt veranlagt werden konnte — kann er das sicher auch, wenn er sich in eine Ges. m. b. H umwandelt. Das gäbe insofern eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung, Arbeitsersparnis und Kostenersparnis, weil man sich die Postwege ersparen würde. Man muß bedenken, daß allein die Umsatzsteuervoranmeldung zwölfmal von einer Provinz-

Dipl.-Vw. Josseck

stadt, in der es ein Finanzamt gibt, in die Landeshauptstadt muß, dort kontrolliert und wieder zur zuständigen Finanzkasse geschickt wird; das sind allein zwölf Postwege. Ich denke hier auch an die finanziellen Ersparnisse, die zutage treten, weil ja doch weniger Reisegebühren für die zuständigen Beamten anfallen, denn sie müßten nicht soviel umherfahren. Ich meine, das wäre ein echter Ansatz zur Verwaltungsvereinfachung.

Ich darf mich aber auch noch ganz kurz mit einem Thema beschäftigen. Von dem steige ich nicht herunter, obwohl ich es von dieser Stelle aus schon zum dritten Mal sage. Herr Bundesminister! Es ist mir unverständlich, daß es nicht möglich ist, bei der Einkommensteuergesetzgebung die mittätige Ehegattin als Wahlentscheidung dem Steuerpflichtigen zu überlassen. Sie sagen: Nun kann der Steuerpflichtige seine Ehegattin oder umgekehrt anstellen. Herr Bundesminister! Aber Sie wissen genauso gut wie ich, daß es eben für ältere Ehepaare wirtschaftlich uninteressant ist, jetzt die Frau noch anzustellen und pensionszuversichern, weil sie keine Früchte mehr daraus trägt. Das ist eine echte Strafe für die älteren gewerblich Berufstätigen! Vielleicht sitzen Sie schon zu lange oben und haben den Kontakt nach unten verloren.

Eine Frage, die ich hoffe von Ihnen noch beantwortet zu bekommen — mein Freund Peter hat sie ja vorhin schon angeschnitten —: Wie verhält sich dies mit der Anordnung, die Sie an die Finanzverwaltung haben gehen lassen? Sie haben hier eingeteilt, katalogisiert, gestaffelt nach Gesichtspunkten, was unbedingt ausbezahlt werden muß und was dringend ausbezahlt werden muß unter Anlegung von strengsten Maßstäben. Ich habe gehört — und bitte auch dazu um eine Antwort —, daß unter diese Anweisung auch — muß man sagen — die Rückzahlung von Steuerguthaben fällt. Wenn dem so ist, so meine ich, müßte man doch ganz laut dem Steuerpflichtigen mitteilen, daß der Finanzminister nicht mehr in der Lage ist, das Steuerguthaben jedes einzelnen, das er nun schon vielleicht über ein Jahr lang beim Finanzamt liegen hat, kurzfristig zurückzubezahlen. Meine Frage lautet daher: Fällt dies auch — wie ich gehört habe — in Ihre Anordnung?

Einen Mangel darf ich vielleicht auch noch beim Finanzausgleich aufzeigen. Es zeigt sich, daß beim letzten Finanzausgleich die reinen Wohngemeinden echt benachteiligt wurden. Man sollte den Finanzausgleich in dieser schnellebigen Zeit nicht über den langen Termin von sechs Jahren hinausziehen. Warum? Weil, wie es sich zeigt, uns die Frage des Umweltschutzes immer brennender interessiert, die Situation immer prekärer wird. In der Frage des Finanzausgleichs, bei Umweltschutz, Wasserreinhaltung, Luftreinhaltung, Müll- und Abfallbeseitigung muß mehr getan werden!

Die sinkende Arbeitszeit erfordert es, daß wir unsere Freizeit und unsere Erholungsräume mehr nützen. Hier besteht die Gefahr, daß die kleinen ländlichen Gemeinden versuchen, durch Betriebsansiedlung zu Steueraufkommen zu gelangen, hier Betriebe anzusiedeln, und damit ruinieren wir uns automatisch die Umwelt.

Der Grund, warum der letzte Finanzausgleich für die ländlichen Gemeinden schlechter ausgefallen ist, liegt sicher darin, daß eben der Städtebund bedeutend stärker ist als der Gemeindebund und sich die Städte hier offensichtlich mehr holen konnten.

Eine dritte Frage drängt sich beim Finanzausgleich auf, Herr Bundesminister, und zwar ist das das Unding, daß sich Städte und Länder über die Lohnschemata einfach hinwegsetzen. So hart es auch klingen mag, aber wenn wir vom Sparen sprechen, dann verstehe ich nicht, daß sich, wie vorige Woche, ein Bundesland wiederum ein neues Zulagenschema geschaffen hat. Die Länderbediensteten werden höher bezahlt als die Bundesbediensteten. Es entsteht hier eine echte Diskrepanz. Im gleichen Atemzug wird aber in den Ländern geschrien: Wir brauchen mehr aus dem Finanzausgleich! Man muß auch diesen Gesichtspunkt — so hart es klingt — gerade in der jetzigen Situation mit in Betracht ziehen.

Herr Bundesminister! Daraus ergibt sich, daß für Sie noch viel zu tun ist, und es ist die Frage, ob Sie in einem dreiviertel Jahr diese Probleme alle noch bewältigen werden können; wir glauben es nicht. Daher auch ein Nein zu Ihrem Budget. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mühlbacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorerst einige Feststellungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Doktor Neuner. Herr Dr. Neuner hat den Stil des Herrn Finanzministers kritisiert. Ich möchte dazu sagen: Charakteristisch für ihn war, daß er das Finanzministerium als „Führerbunker" bezeichnet hat und daß er sich darüber gewundert hat, daß die Steuermoral noch eine so gute ist; das aus dem Munde eines verantwortlichen Abgeordneten dieses Hauses.

Darüber hinaus hat mich gewundert, daß er den Finanzminister des Unverständnisses bezüglich der Kollegenschaft der Steuerberater bezichtigt hat. Dazu möchte ich sagen, daß die Arbeit und die Mehrarbeit der Steuer-

Mühlbacher

berater vom Finanzminister wesentlich gewürdigt wird, und zwar in der Form, daß er eine Fristverlängerung zur Abgabe der Steuererklärungen für die Klienten wesentlich verlängert hat. Ich darf Ihnen den Termin nennen, den die Steuerberater zur Abgabe der Steuererklärung für das Jahr 1973 haben: er endet am 31. Jänner 1975. Ein Entgegenkommen für die Mehrarbeit der Steuerberater, das es bisher noch nicht gegeben hat, und eine echte Würdigung der Arbeit der Kollegenschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Eine Stellungnahme zu den Worten der Sprecher der Freiheitlichen Partei. Als Verschwender und Knauser wurde der Herr Finanzminister bezeichnet. Eines lassen mich die Ausführungen des Herrn Klubobmannes Peter überlegen, der gesagt hat: Ein Nein zu diesem Budget, ein Ja dann zu diesem Budget, wenn man Steuererhöhungen vorsehen würde. *(Abg. Melter: Nein! Nein, Herr Mühlbacher!)* Ich habe das so verstanden, wogegen der Abgeordnete Josseck jetzt hier gesagt hat ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Sie wollen die Bevölkerung irreführen!)* Er hat gesagt: Nein zu diesem Budget, soweit nicht Steuererhöhungen vorgesehen sind; dann würde er ja dazu sagen. Das waren seine Worte, die ich jedenfalls so entnommen habe ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Dann werden wir uns das im Protokoll ansehen. Der Kollege Josseck hat ja eine nur vage Ankündigung beziehungsweise Feststellung des Finanzministers, daß sich eine Notwendigkeit ergeben könnte hinsichtlich der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes, kritisiert.

Noch etwas zum Herrn Abgeordneten Josseck. Wieder wurde der Freibetrag für die mittätige Ehefrau oder den mittätigen Ehepartner bei den gewerblichen Betrieben angezogen. Durch die Einführung der Individualbesteuerung und die Abschaffung der Haushaltsbesteuerung ist es nicht mehr im System gelegen, daß ein Freibetrag für den mittätigen Ehepartner zustehen kann. Und das aus folgenden Gründen: Es besteht ja nunmehr die Möglichkeit, den mittätigen Ehepartner steuerrechtlich mit einem Dienstverhältnis zu versehen, das heißt die Bezüge gewinnmindernd wie im Falle eines fremden Beschäftigten vom Gewinn abzusetzen.

Ich habe es schon einmal hier von dieser Stelle aus gesagt, daß es sich hiebei um jene Fälle handelt, die Sie angezogen haben, nämlich jene, in denen der Ehepartner das 47. Lebensjahr überschritten hat und er wohl jetzt nach dem ASVG für seine Pensionsversicherung einzahlen muß, er aber, da er 15 Jahre nicht mehr erreicht, in keinen Pensionsgenuß kommen kann. Das ist ein sozialer Fall. Meine Damen und Herren, so sehe ich es.

Wir haben dementsprechend auch mit dem Sozialminister Vizekanzler Häuser vorgesehen, in der nächsten ASVG-Novelle eine Einkaufsmöglichkeit für diese Fälle einzubauen. Sie war bereits in der 31. Novelle enthalten, wurde jedoch zwecks Verbreiterung dieser Begünstigung für die 32. ASVG-Novelle zurückgestellt. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Drei Jahre sind verloren!)* Verloren ist praktisch gar nichts, Herr Kollege, denn durch den Einkauf kann ich mir ja das wieder richten. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Das kann sich auch nicht jeder leisten!)* Das ist so abgestellt, daß die Möglichkeit doch besteht, weil es auf der niedrigsten Bemessungsgrundlage basiert.

Nun, verehrte Damen und Herren, stehen wir kurz vor dem Ende der Budgetdebatte. Drei Wochen lang haben wir debattiert. Einbezogen war eine dringliche Anfrage an den Finanzminister, die Abführung einer normalen Tagesordnung und auch die Behandlung der Marktordnungsgesetze. Fast alle Abgeordneten haben einmal, andere mehrere Male hier das Wort ergriffen, und die Palette der Debattenbeiträge reichte von der Feststellung des konsolidierten Budgets, den in Ordnung befindlichen Staatsfinanzen und der gesicherten Wirtschaft bis zu den Beschuldigungen des Staatsbankrotts, der Mißwirtschaft und der Wirtschaftspleite auf der anderen Seite. Kleinigkeiten wurden ebenfalls behandelt; so wurde unter anderem auch die Menüfolge im Speisewagen der Bundesbahn zur Sprache gebracht.

Harte Worte wie „Schizophrenie" und „Psychoterror" sind gefallen, aber zum größten Teil — und das hat mein Vorredner aus der Fraktion bereits gesagt — hat sich gegenüber den Vorjahren nichts verändert; die Budgetdebatte ist so verlaufen wie in den letzten drei Jahren, in denen ich hier bereits mitwirken konnte.

Nur eines ist neu: daß keine Abänderungsanträge eingebracht wurden und man damit eigentlich eine gewisse Sparsamkeit deklarieren wollte. Das ist aber den einzelnen Sprechern der Österreichischen Volkspartei nicht ganz gelungen, wenn man bedenkt, daß — und hier will ich nur einen Fall aus dem Budget Handel herausgreifen — ein ÖVP-Abgeordneter in seiner Rede gesagt hat, wir hätten ein expansives Budget, man aber auf der anderen Seite gleich fragte, warum die Mittel beim Fremdenverkehr, warum die Mittel bei den Zinsenzuschüssen nicht erhöht worden seien.

Ein anderer Abgeordneter hat dann gefragt, warum der Ansatz der Industrieförderung von 9,7 auf 8 Millionen Schilling zurückgegangen

Mühlbacher

ist. Sie sehen also hier, man hat sich nicht ganz daran gehalten.

Aber das wesentliche ist — was mir aufgefallen ist —, daß man sich von der Ausgabenseite ab- und eigentlich der Einnahmenseite zugewendet hat, insbesondere mit der Feststellung, daß die Steuern zu hoch seien. Daß die Steuern zu hoch seien, schreibt auch eine ÖVP-Zeitung, und in anderen Aussendungen ist das auch noch festzustellen.

Verehrte Damen und Herren! Ich habe anläßlich meines Debattenbeitrages zum Abgabenänderungsgesetz bereits gesagt, daß es keinen Zeitraum in der Zweiten Republik gibt, in welchem Steuersenkungen in einem ähnlichen Umfang wie in unserer Periode durchgeführt worden sind. Ich möchte wiederholen: Am 1. Jänner 1971 wurden die Steuern spürbar gesenkt und am 1. Jänner 1973 mit der Einführung der grundlegenden Reform zum Einkommensteuerrecht eine weitere Steuersenkung vorgenommen.

Wie Sie wissen, tritt mit 1. Jänner 1975 die große Steuerreform in Kraft.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen an Hand einer Hochrechnung sagen, welche Beträge auf Grund dieser Steuersenkungen der Wirtschaft und den Steuerpflichtigen verblieben sind. Wären nämlich die Steuersätze nach den Prozentsätzen bei der ÖVP-Regierung gleich geblieben, würden sich folgende Mehrbeträge ergeben: im Jahre 1971 2 Milliarden Schilling, im Jahre 1972 4 Milliarden Schilling, im Jahre 1973 11 Milliarden Schilling, im Jahre 1974 16 Milliarden Schilling und für das kommende Jahr 1975 35 Milliarden Schilling. Das sind insgesamt 80 Milliarden Schilling, die die Steuersenkungen dieser Regierung ausmachen.

Verehrte Damen und Herren! Es erscheint also wirklich paradox, wenn Sie heute sagen, die Steuern seien zu hoch und seien zu viel bei dieser Regierung.

Verehrte Damen und Herren! Vielleicht liegt gerade in diesen Steuersenkungen der Grund für unsere gute Wirtschaftsentwicklung und den guten Stand unserer Bevölkerung. Diese 18 Milliarden Schilling sind nämlich den Betrieben beziehungsweise den Konsumenten verblieben, und damit ist auch die Wirtschaft besser in Schwung gekommen.

Ich darf also noch einmal — vielleicht wieder an Hand dieses Prospektes des Wirtschaftsbundes — aufzeigen, was man der Bevölkerung sagen will zu der Steuerreform, die am 1. Jänner 1975 wirksam wird. Ich wiederhole: Fast die Hälfte aller österreichischen Wirtschaftstreibenden würden ab 1975 mehr Steuern bezahlen als bei der Einkommensteuerreform.

Verehrte Damen und Herren! Ein Hohn, wenn ich Ihnen jetzt auch noch dazu die einzelnen Vorteile dieser Steuerreform sagen darf. Erwähnt habe ich bereits, daß die Haushaltsbesteuerung gefallen ist, die Individualbesteuerung eingeführt wurde. Dann möchte ich noch bemerken, daß nicht nur die steuerrechtliche Anerkennung eines Angestelltenverhältnisses des mittätigen Ehegatten ein wesentlicher Vorteil ist, sondern doch auch jede Gesellschaftsgründung zwischen Ehepartnern einen wesentlichen steuerlichen Vorteil ergibt, den man auch nicht übersehen soll.

Ich darf hinweisen auf die Vereinfachung bei den Steuergruppen, ich darf auf die Erhöhung der Absetzbeträge ab 1. Jänner 1975 hinweisen, auf die Neuregelung der Sonderausgaben und die weiteren einzelnen Begünstigungen, die dieses Gesetz zum 1. 1. 1975 vorsieht.

Der Herr Abgeordnete Peter und auch andere Herren haben kritisiert, daß besonders für die Handels- und Gewerbetreibenden nichts getan wurde.

Verehrte Damen und Herren der Freiheitlichen Partei beziehungsweise der Österreichischen Volkspartei! Mit diesem Gesetz haben wir auch eine Abschreibungsmöglichkeit, die es bislang in Österreich noch nicht gegeben hat und die effektiv von der Wirtschaft genützt werden kann und eine wesentliche Erleichterung bei der Expansion beziehungsweise bei der Neugestaltung ihrer Betriebe ergibt.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir die vorzeitige Abschreibung jetzt mit 50 Prozent und eine Sonderabschreibung in der Höhe von 25 Prozent haben. Das bedeutet, daß man neben der Normalabschreibung für die normale Nutzungszeit fast jede Anschaffung zur Gänze abschreiben kann, wenn man 95 Prozent Ansätze bei einer 20prozentigen Nutzungsdauer hat.

Verehrte Damen und Herren! Das sind Begünstigungen auf steuerlichem Gebiet, die der Wirtschaft effektiv zugute kommen und auf denen auch die wirtschaftliche Entwicklung basiert.

Etwas noch zur Steuerhinterziehung, die der Herr Finanzminister angeblich den Wirtschaftstreibenden unterstellt haben soll. Sie vergessen ganz, daß es eine Zeitung war, die geschrieben hat „Aktion scharf", und daß der Herr Finanzminister lediglich gesagt hat, daß er Umsatzrevisionen durchführen wird, um zu eruieren, worauf die Rückgänge bei den Einnahmen zur Mehrwertsteuer zurückzuführen sind.

Mühlbacher

Sie legen das natürlich gleich wieder als Unterstellung aus, das ist aber keineswegs der Fall. Ich habe hier im Hause schon gesagt, daß gerade diese Umsatzsteuerrevisionen auch von Vorteil für den Wirtschaftstreibenden sein werden, weil damit die letzten offenen Fragen bei dem einen oder anderen Wirtschaftstreibenden ausgeräumt werden können.

Etwas noch zu einem anderen Punkt, nämlich die Vollbeschäftigung, die wir uns vorgenommen haben, auch weiterhin als Zielpunkt anzusehen. Hier möchte ich auf die Widersprüchlichkeit bei der Österreichischen Volkspartei hinweisen. Das Wiener Wirtschaftsbundblatt schreibt zum Beispiel: „Entlassungen und Kurzarbeit verunsichern einige heimische Sparten und Regionen." Gleichzeitig, am selben Tag, sprach der Herr Industrievertreter Schöller, und zwar sagte er bei einer Versammlung: Auch wäre es höchst an der Zeit, mit allenthalben anzutreffenden Begriffsverwirrungen Schluß zu machen. So werde beispielweise immer wieder gegen eine Entlastung des Arbeitsmarktes mit der Begründung Sturm gelaufen, daß die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten werden müsse, ohne daß jedoch zur Kenntnis genommen wird, daß wir uns teilweise noch in einer typischen Phase der Überbeschäftigung befinden.

Verehrte Damen und Herren! Auch hier eine Widersprüchlichkeit: Einerseits will man Unsicherheit in der Wirtschaft schaffen mit der Ankündigung von Entlassungen, wobei der Industrievertreter immer noch sagt, wir hätten eine Überbeschäftigung, worüber sicherlich noch zu reden wäre. Denn was ist denn eine Überbeschäftigung? Sagen Sie mir: Wer ist denn überbeschäftigt in Österreich?

Aber noch eine andere Frage hätte ich gerne von Ihnen beantwortet: Was verstehen Sie unter Entlastung des Arbeitsmarktes? Das ist die verschleierte Form, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, des Anstrebens einer gewissen Arbeitslosigkeit, wie es ja der Herr Abgeordnete Mitterer einmal gesagt hat. *(Abg. Staudinger: Kollege Mühlbacher, eine richtige Politik!)*

Eine richtige Politik, darunter verstehen Sie also, eine gewisse Arbeitslosigkeit anzupeilen? *(Abg. Staudinger: Nein, sondern Vollbeschäftigung statt Überbeschäftigung!)* Eine Vollbeschäftigung ist in Österreich gegeben. *(Abg. Kern: Dann lesen Sie einmal den Ausch nach, der kann Ihnen das genau sagen!)* Sie brauchen doch nicht immer wieder mit dieser Sache zu kommen. Eine Überbeschäftigung gibt es ja in der Form nicht, ich kann ja niemand überbeschäftigen. Wer arbeitet denn bei uns Tag und Nacht? *(Abg. Dr. Prader: Das war jetzt eine Beweisführung!)* Dann müssen Sie mir sagen, was Sie unter Überbeschäftigung verstehen!

Wir wollen eine Vollbeschäftigung, diesen Beweis haben wir erbracht, und auf diese Vollbeschäftigung werden wir auch im Jahre 1975 hinarbeiten. Dazu sind auch die Grundlagen geschaffen worden.

Ich möchte nur noch ganz kurz, weil meine Redezeit zu Ende geht, auf das Bausofortprogramm aufmerksam machen, das bei Wirksamkeit diese Grundlagen geben wird.

Verehrte Damen und Herren! Die Bevölkerung ist mit der Arbeit dieser Regierung zufrieden. Sie ist auch zuversichtlich, daß die Maßnahmen, die diese Regierung setzt, auch die erwarteten Wirkungen erbringen werden, nämlich Vollbeschäftigung und ein Weiterbestehen der guten wirtschaftlichen Lage in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte wieder aus der Meinungsumfrage des Fessel-Instituts zwei Fragen herausgreifen, die gestellt wurden, und wie sie beantwortet wurden. Die Frage 1: Denken Sie jetzt einmal an Ihre Zukunft? Wie wird Ihrer Meinung nach Ihre persönliche finanzielle Lage in einem Jahr — gemeint ist das Jahr 1975 — sein? Diese Frage wurde von 76 Prozent der Befragten mit „eher ja" beantwortet. Ein Beweis, daß die Bevölkerung zu den Maßnahmen der Regierung Vertrauen geschöpft hat.

Eine zweite Frage hinsichtlich der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsplatzsicherung. Sie hat gelautet: Ich habe nun eine Frage zur Arbeitsplatzsicherung beziehungsweise Arbeitslosigkeit. Was glauben Sie: Sind die Arbeitsplätze in Österreich heute eher sicher oder eher unsicher? 78 Prozent der Befragten haben mit „eher sicher" geantwortet.

Meine Damen und Herren! Das gibt uns den Beweis, daß mit der Arbeit der Regierung die Zuversicht bei der Bevölkerung wächst und daß wir trotz der Umstände in der weiten Welt alle Voraussetzungen geschaffen haben, um die wirtschaftliche Lage in Österreich bestens zu erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Berl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Berl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vergangenen Freitag hat der Herr Bundesminister für Finanzen hier an diesem Ort die wohlklingende Formulierung der aufkommensneutralen Höhe der Mehrwertsteuer gebraucht. Auch heute hat die Mehrwertsteuer schon einige Male Eingang in die Debatte ge-

Dipl.-Ing. Berl

funden, und es scheint so, daß wir uns auch in Zukunft wieder damit auseinanderzusetzen haben.

Ich selbst möchte mich aber mit einem bereits hinter uns liegenden Kapitel der Mehrwertsteuer, das schon einigermaßen überschaubar ist, beschäftigen.

Bei der Umstellung von der alten Umsatzsteuer auf die neue Mehrwertsteuer waren einige Maßnahmen erforderlich. So war zum Beispiel die Entlastung der Preise durchzuführen. Diese Entlastung war zweifelsohne für die Lagerhaltung erforderlich, jedoch hat sie, durchgeführt durch die Bundesregierung, bei den Feldbauerzeugnissen eine Verminderung der Produzentenpreise um zirka 3 Groschen bedingt, somit für den Produzenten eine Schlechterstellung ergeben. Dies können Sie auch im Grünen Bericht 1973 nachlesen.

Weiters sollte ein gerechter Vorsteuersatz für die Landwirtschaft gefunden werden. Berechnungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft auf der Basis der Betriebsmittelpreise 1969 haben ergeben, daß die zu erwartende Vorsteuer der Landwirtschaft 8,7 Prozent betragen würde, bei Weiterrechnung derselben auf Betriebsmittelbasis 1970 9,13.

Auch von seiten der Land- und Forstwirtschaft wurde wiederholt ein pauschaler Vorsteuerabzug in der Höhe des Steuersatzes der Umsätze verlangt, nämlich 8 Prozent. Dies hätte bedeutet, daß neben den pauschalierten Betrieben auch die buchführenden Land- und Forstwirte die Pauschalierungsregelung nach § 22 des Umsatzsteuergesetzes erhalten hätten. Auch dies konnte leider nicht durchgesetzt werden, obwohl in unserem Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland, diese Regelung Platz gegriffen hat.

Dies hätte wesentliche Vorteile gebracht, es hätte keine Wettbewerbsverzerrungen gegeben, es wären Irrtümer ausgeschlossen gewesen, und es hätte auch eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung gebracht, wenn man bedenkt, daß bei den buchführenden Betrieben 12 Umsatzsteuererklärungen weggefallen wären.

Aber all diese Forderungen und Berechnungen wurden vom Finanzministerium hinweggefegt. Es kam in der Landwirtschaft zu einer Zweiteilung in pauschalierte Betriebe und buchführende Betriebe. Die pauschalierten Betriebe erhielten 6 Prozent, die buchführenden 8 Prozent mit der Möglichkeit der Gegenverrechnung.

Aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Weinbau kam es zu keiner einheitlichen Regelung. Betriebe bis zu einem Einheitswert von 250.000 S erhielten 8 Prozent zugesprochen, die darüberliegenden und die Buschenschankbetriebe 16 Prozent. Auch diese Regelung war nicht im Sinne der Landwirtschaft und absolut nicht zufriedenstellend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat sich in den Nachkriegsjahren redlich bemüht, der österreichischen Bevölkerung Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Mit viel Fleiß, mit Rationalisierung der Betriebszweige, mit steigender Anwendung von Düngemitteln und so weiter ist es der österreichischen Landwirtschaft gelungen, die Eigenversorgung bis zu 84 Prozent zu gewährleisten. Wenn auch in letzter Zeit der Prozentsatz etwas zurückging, teilweise wegen geringerer Rentabilität der Erzeugung, so sind wir doch stolz auf diese Leistung und freuen uns, die Versorgung der österreichischen Bevölkerung in so hohem Maße zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dies mit hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und meist billiger und sicherer, als es am Weltmarkt sein könnte.

Die Landwirtschaft leistet dies, obwohl sie laut Grünem Bericht 1973 bei ungefähr 11 Prozent der Bevölkerung nur 5,2 Prozent des Volkseinkommens erhält. Um diese Leistungen vollbringen zu können, bedarf es außer Fleiß und Grund auch verschiedener Betriebs- und Produktionsmittel.

Ein wesentlicher Teil dieser Produktionsmittel sind Handelsdünger und Treibstoff.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Preisentwicklung bei Handelsdüngemitteln in den Jahren 1970 bis 1974. Hier sehen wir beträchtliche Preiserhöhungen, so zum Beispiel bei Nitromoncal 56 Prozent, bei Superphosphat 136 Prozent, bei Thomasphosphat 135 Prozent, beim Sechziger-Kali 85 Prozent.

Diese Preisentwicklung ist sicher zum Teil durch Erhöhung der Rohstoffpreise im Ausland zustande gekommen, doch muß sie von der Landwirtschaft bezahlt werden.

Bis zur Einführung der Mehrwertsteuer war Handelsdünger von der Umsatzsteuer befreit, jetzt müssen 16 Prozent Mehrwertsteuer bezahlt werden. Allein aus diesem Titel wäre es möglich, den Handelsdünger zu verbilligen. Bei der enormen Verteuerung desselben in den letzten Monaten wäre eine Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes ein wesentlicher Schritt zur Einkommensneutralität des Hebesatzes.

Wie sieht es nun bei den Nachbarn aus? Sehen wir uns nur als Beispiel die westeuropäischen Staaten an. Hier gibt es folgende

Dipl.-Ing. Berl

Mehrwertsteuersätze für den Handelsdünger: Die Bundesrepublik Deutschland hat 11 Prozent, Großbritannien 10, Frankreich 7, Belgien 6, Italien 6 und die in landwirtschaftlichen Dingen so fortschrittlichen Niederlande haben sogar nur 4 Prozent gegenüber 16 Prozent in Österreich. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das sind Ziffern, Herr Minister! Das sind Vergleiche! Über die Feiertage besteht die Möglichkeit, in sich zu gehen!)*

Auch beim Dieseltreibstoff ergab die Mehrwertsteuer eine wesentliche Verteuerung. Handelsdünger und Treibstoff sind wesentliche Produktionsmittel, eine hohe Besteuerung derselben muß sich später auf den Preis der Produkte auswirken. Die Landwirtschaft gab zum Beispiel bei den wichtigsten Düngemitteln — Nitromoncal, Superphosphat, Thomasphosphat und Kali — im Jahre 1973 etwas über 159 Millionen Schilling allein an Mehrwertsteuer aus, obwohl der Verbrauch wesentlich geringer war als in den beiden vorangegangenen Jahren.

Die Mehrwertsteuereinnahmen aus dem in der Landwirtschaft verbrauchten Dieselöl können sich ebenfalls sehen lassen. Sie betrugen im Jahre 1973 rund 185 Millionen Schilling und werden 1974 auf 280 Millionen Schilling anwachsen.

Wie sieht es nun mit der Aufkommensteuerneutralität im Jahre 1973 nach bereits durchgeführten Berechnungen aus? Diese sehen laut Aufzeichnung der Landesbuchführungsgesellschaft folgendermaßen aus — ich nehme nur einige Beispiele der wichtigsten Wirtschaftsgruppen —:

Weinbauwirtschaften des burgenländischen Flach- und Hügellandes: bezahlte Mehrwertsteuer 7278 S pro Hektar, dafür erhalten 5459.

Die Ackerweinbauwirtschaften des niederösterreichischen Flach- und Hügellandes: bezahlt 1661, erhalten 1204.

Die Ackerweinbauwirtschaften des südöstlichen Flach- und Hügellandes: 2063 gegenüber 1771. Also durchwegs höhere Beträge für die in der Landwirtschaft bezahlte Mehrwertsteuer, als durch Zuschlag beim Verkauf der Produkte hereinzubringen war.

Dies scheint auch laut „Parlamentskorrespondenz" vom 19. November 1974, 12. Bogen, bestätigt. Hier führte der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft aus, daß bei den buchführenden Betrieben die Mehrwertsteuer bei den Betriebsausgaben 751 S je Hektar und bei den Investitionsausgaben 766 S je Hektar betragen hat, also zusammen 1517. Demgegenüber steht auf der Ertragseite nur ein Betrag von 1088 S je Hektar.

Diese angeführten Beispiele zeigen deutlich, daß mit 6 Prozent Zuschlag zu den Verkaufspreisen keine volle Abgeltung der bezahlten Mehrwertsteuer bei den Betriebs- und Investitionsausgaben vorliegt. Ein Schritt zur aufkommensneutralen Höhe wäre die Herabsetzung des Hebesatzes beim Handelsdünger. Dies wurde auch bereits mehrmals von seiten der Landwirtschaft gefordert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Höhe der Produktionsmittelkosten ist ein wesentlicher Bestandteil der Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Will man der Landwirtschaft weiterhin die Möglichkeit geben, im bisherigen Ausmaß für die Versorgung der österreichischen Bevölkerung ihren Beitrag zu leisten, so muß die Produktion kostendeckend oder, nach der Formulierung der neuen Wirtschaftsgesetze, betriebswirtschaftlich gerechtfertigt sein. Eine Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes bei Handelsdünger würde zweifelsohne seinen Niederschlag bei der Preisbildung der Lebensmittel finden und ist somit auch für den Konsumenten von großem Interesse.

Daher wäre diese Maßnahme, nämlich die Herabsetzung der Mehrwertsteuer bei Handelsdünger, nicht nur eine Erleichterung für die Landwirtschaft, sondern würde auch für die Konsumenten angenehm spürbar sein. Somit wäre dies eine finanzpolitisch und wirtschaftlich absolut richtige Maßnahme. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stögner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Stögner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die diesjährige Budgetdebatte hat einmal mehr bestätigt, daß die Österreichische Volkspartei eine sehr konservative Partei ist. Eine konservative Partei braucht keine Konzepte, sie braucht keine Pläne, sie will nichts anderes, als das, was sie in ihrem Besitzstand hat, auch halten. Fortschritte interessieren Sie nicht. Fortschritte qualifizieren Sie damit ab, daß Sie sagen, keine Experimente, bei so unsicheren Experimenten weiß man nie, wie sie ausgehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In der Zeit nach 1945 *(Zwischenruf bei der ÖVP: Leere Kassen, sind die ein Fortschritt?)* hat man gar nicht so sehr bemerkt, daß die Österreichische Volkspartei konservativ ist, weil sie von ihrem Koalitionspartner, von der Sozialistischen Partei, dauernd getrieben worden ist. Sie hat damit auch ein einigermaßen soziales Image erhalten. Erst zwischen 1966 und 1970, als die ÖVP allein regiert hat, hat man sehr schnell wieder gemerkt, wie konser-

Stögner

vativ diese ÖVP ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: Sie dürften keine Ahnung von „konservativ" haben!)*

Dadurch, daß diese Österreichische Volkspartei ... *(Ruf bei der ÖVP: Was heißt „konservativ"? Definieren Sie das!)* Ich habe es ja schon gesagt: eine konservative Partei ist nicht fortschrittorientiert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wie die Österreichische Volkspartei zwischen 1966 und 1970 gewirtschaftet hat, haben wir ja 1970 gesehen, und die österreichische Bevölkerung hat dann ja auch postwendend die Antwort darauf gegeben. Sie hat sie abgewählt. *(Ruf bei der ÖVP: Ihr habt ja völlig abgewirtschaftet!)*

Präsident Dr. **Maleta:** Aber, aber, der Weihnachtsfriede bricht doch nachmittag schon aus. Wollen Sie sich doch bitte ein bisserl beruhigen.

Abgeordneter **Stögner** *(fortsetzend)*: Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei haben dementsprechend auch „ausgesehen". Nichts als Widersprüche. Der eine hat gemeint, man solle die Dinge so machen, der andere hat gemeint, man solle sie so machen.

Herr Dr. Leitner hat sich beschwert, daß über die Güterwege, die in den letzten Jahren zu den Berghöfen gebaut worden sind, auch Fremde fahren. Auf der anderen Seite wird immer wieder urgiert, daß man der Bergbevölkerung, den Bergbauern helfen müsse, damit sie ihre Höfe ausbauen können, damit sie Fremdenzimmer schaffen können, damit sie einen Zuerwerb erhalten können. Immerhin haben wir schon mehr als 130.000 derartige Fremdenzimmer unter der bäuerlichen Bevölkerung, und diese Fremdenzimmer können nur dann vermietet werden, wenn die Fremden auch tatsächlich mit ihren Autos hinfahren können. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Reden Sie zur Landwirtschaft oder zur Finanz? — Abg. Dr. Tull: Ich bin neugierig, zu was Sie reden!)*

Ein anderer bäuerlicher Abgeordneter hat sich darüber aufgeregt, daß zuwenig Mittel für den Wegebau vorhanden wären. Wer das Budget ansieht, muß feststellen, daß sich dieses Wegebaubudget von 1974 auf 1975 um 50 Prozent erhöht hat. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Und die Kosten?)* Das können Sie alles im Budget nachlesen. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Aber bitte, meine Herren!

Abgeordneter **Stögner** *(fortsetzend)*: Herr Abgeordneter Kinzl, Sie haben auch keine Ahnung, wie es im Bergbauernbetrieb ausschaut. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn gerade der Bauernbund hat sich bis vor kurzem, bis die Sozialistische Partei an die Regierung gekommen ist, um die Bergbauern überhaupt nicht gekümmert, und erst jetzt hat auch der Bauernbund seine Liebe zu den Bergbauern entdeckt. Aber nur auf dem Papier! Sie haben immer noch keine Ahnung, wie es dort tatsächlich ausschaut. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Die Bergbauern behaupten das Gegenteil von dem, was Sie jetzt behaupten!)*

Präsident Dr. **Maleta** *(das Glockenzeichen gebend)*: Kann man sich nicht wieder einmal besinnen zu einer ruhigeren Gangart?

Abgeordneter **Stögner** *(fortsetzend)*: Ing. Helbich hat sich darüber beklagt, daß 700 Millionen von der Mineralölsteuer für das Jahr 1975 abgezweigt worden sind. Der Bauernbund hat verlangt, daß für die Bauern die Mineralölsteuer rückvergütet wird, weil die Bauern nicht auf öffentlichen Straßen fahren dürfen. Es sind also 600 Millionen Schilling für die Bauern im Budget. Natürlich gibt es wieder Argumente, daß die Bauern deswegen die Mineralölsteuer wieder zurückbekommen sollen, weil sie nicht auf öffentlichen Straßen fahren, aber dann gilt natürlich dasselbe auch für die Österreichischen Bundesbahnen. Auch die Österreichischen Bundesbahnen verbrauchen Dieselöl, ohne daß sie öffentliche Straßen benützen. Also 100 Millionen auch für diesen Zweig aus der Mineralölsteuer! Man muß sich einmal entscheiden, welchen Weg man gehen will. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Wollen Sie von den Bundesbahnen reden, dann müssen Sie auch die 10 Milliarden erwähnen, die die Bundesbahnen Defizit haben!)* Ich habe nur davon gesprochen, daß die Mineralölsteuer beiden Bereichen, der Landwirtschaft und den Österreichischen Bundesbahnen, gerecht rückvergütet wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Frau Abgeordnete Wieser hat davon gesprochen, daß den landwirtschaftlichen Beratern keine Lohnerhöhungen gegeben werden könnten, weil im Budget so wenig Geld vorhanden wäre. Ich habe mir die Dinge etwas angesehen und habe etwas ganz Erstaunliches festgestellt: Im Jahre 1973 sind im Budget für dieses Beratungswesen 62 Millionen enthalten gewesen, im Jahre 1974 waren 74 Millionen enthalten. Und wie schauen die Gehaltserhöhungen dieser Berater aus? *(Zwischenruf des Abg. Kammerhofer.)* Was wollen Sie, Herr Kammerhofer, wenn hier festgestellt wird, daß die sozialistische Regierung für diesen Beratungsdienst so wenig Mittel zur Verfügung stellt, daß dort keine Gehaltserhöhungen bezahlt werden dürfen, dann müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß wir hier feststellen, daß das nicht stimmt, daß das eine

Stögner

glatte Unwahrheit ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Rufe bei der SPÖ: Ja, so ist das! So scheinheilig!)*

Ich sehe hier, daß zum Beispiel ein Berater in Niederösterreich, es ist allerdings der bestbezahlte, wie ich feststelle ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich muß schon bitten, sich ein bisserl zurückzuhalten mit solchen Liebenswürdigkeiten.

Abgeordneter **Stögner** *(fortsetzend)*: ... 25.000 S plus 3500 S Reisekostenrückvergütung hat. Im Jahr 1974 35.000 S plus 4500 S Reisekostenrückvergütung.

In Salzburg, auch der bestbezahlte — ich führe ihn deshalb an, weil das irgendwie symptomatisch ist —, in Salzburg hatte ein Fachinspektor im Jahre 1971 10.000 S und im Jahre 1973 12.000 S, im Jahr 1974 über 13.000 S plus 28.000 S Reisekostenvergütung. *(Ruf bei der ÖVP: Ist das Ihrer Meinung nach zuviel?)*

Wir sind diesen Leuten ihre Gehälter nicht neidig, aber man soll nicht hier heruntergehen und sagen, daß sie durch die sozialistische Bundesregierung derart geschädigt werden, daß sie keine Gehaltserhöhungen kriegen. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Hat er die Reisekosten zu Unrecht kassiert? Wollen Sie das damit sagen?)* Ich habe schon festgestellt, daß wir den Leuten ihre Gehälter und Reisekosten natürlich gönnen, aber man soll nicht hier heruntergehen — das habe ich heute schon festgestellt — und soll nicht sagen, daß diese Leute am Hungertuch nagen, weil die sozialistische Regierung keine Mittel zur Verfügung stellt. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Wollen Sie sagen, daß die Reisekosten ein Verdienst sind? Das hat er doch auch ausgegeben!)* Ich habe nur festgestellt, was ist, ich habe nur Fakten festgestellt, sonst gar nichts. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Am Donnerstag, den 12. hätten Sie das sagen müssen! Sie haben das Manuskript verwechselt!)* Am Donnerstag, den 12. hat die Frau Abgeordnete Wieser noch nicht festgestellt gehabt, daß diese Berater so arm sind, und daher konnte ich das erst heute hier sagen.

Eine weitere Sache: Ich habe schon eingangs festgestellt, daß die Sozialisten in der Koalitionsregierung die ÖVP dazu veranlaßt haben, sich einigermaßen sozial zu gebärden. Sie konnten nicht anders. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, was die Vertreter des Österreichischen Bauernbundes in Versammlungen und auch sonst von sich gegeben haben, als die Einführung der Pensionsversicherung für die Bauern zur Debatte gestanden hat. *(Ruf des Abg. K i n z l.)* Herr Kinzl, Sie waren damals, glaube ich, Vizepräsident der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer. Sie waren auch einer der Agitatoren dagegen, weil Sie damals gesagt haben: Nur über meine Leiche! Wir wollen den Bauernstand nicht versklaven lassen, wir wollen so frei bleiben, wie wir irgendwann einmal gewesen sind! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das war aber nicht die Meinung der Masse der Bauern, sondern das war die Meinung von maßgeblichen Vertretern des Bauernbundes, weil sie nicht haben wollten, daß den Bauern langsam die Augen geöffnet werden. *(Abg. K e r n: Wieso können Sie wissen, was der Präsident damals von sich gegeben hat?)*

Ich bin ja schon lange genug neben Herrn Kinzl, sodaß wir uns einigermaßen kennen. *(Ruf bei der ÖVP: Gelernt haben Sie noch nichts von ihm!)* Er hat bisher nichts produziert, wobei ich hätte lernen können.

Zu einer weiteren Sache, der Einführung der Familienbeihilfen in der Landwirtschaft. Selbstverständlich hat die Landwirtschaft dafür auch etwas bezahlen müssen. Wir haben darüber schon gesprochen, daß die Zahlungen der Landwirtschaft in keinem Verhältnis zu dem stehen, was sie bekommen. In den fünziger Jahren aber war es für viele kleine Bauern der erste größere Bargeldbetrag, der ihnen zugekommen ist, und sie haben damit Steuern bezahlen können, haben ihre Kinder anständig einkleiden können, auch gegen den Widerstand des Bauernbundes *(Beifall bei der SPÖ — Heiterkeit bei der ÖVP)*, weil der Bauernbund natürlich gewußt hat, daß dann, wenn die Bauern von anderen Institutionen als vom Bauernbund betreut werden, sie auch hellhöriger werden, daß sie aufgeschlossener werden und dann auch sehen, wie sehr sie vom Bauernbund bisher in die Irre geführt worden sind.

Man könnte diese Gegenüberstellungen noch sehr lange fortsetzen. Die Österreichische Volkspartei hat 1970 die Antwort auf ihre Politik von 1966 bis 1970 bekommen. Sie hat daraus aber absolut nichts gelernt. Im Jahr 1975, im Herbst, wird wiederum vom österreichischen Wähler eine Zensur an die politischen Parteien, die hier in diesem Hause vier Jahre gearbeitet haben, erteilt werden. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, daß in dem Zeugnis, das der Österreichischen Volkspartei ausgestellt werden wird, als Schlußsatz stehen wird: Für höhere Regierungsaufgaben nicht geeignet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Scherrer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Scherrer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Tull hat in seiner pathetischen Art unter Aushebung der Presse von gestern darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftsforscher Österreichs, vor allem namentlich Herr Dr. Seidl, keinen Anlaß zur Besorgnis für die Wirtschaft unseres Landes für das nächste Jahr sehen, und er hat damit auch den Wirtschaftsforschern seinen Dank abgestattet.

Ich möchte die Verdienste unserer Wirtschaftsforscher bestimmt nicht schmälern, muß aber darauf hinweisen, daß, wenn keine Besorgnis für die wirtschaftliche Lage unseres Landes im nächsten Jahr vorliegt, wir dies ausschließlich unseren Unternehmern, unseren Managern, den Arbeitern und Angestellten in unseren Betrieben verdanken, weil die mit ihrem Fleiß und mit ihrem Können dafür gesorgt haben, daß österreichische Waren nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in einem bedeutend verstärkten Ausmaß gerade im abgelaufenen Jahr in der ganzen Welt gerne gekauft werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weiters kann ich es mir nicht verkneifen, an den Herrn Abgeordneten Peter eine Berichtigung zu richten. Er kritisierte hier den Herrn Bundesminister für Finanzen, indem er sagte, dieser habe einen durch die Konjunktur gedeckten Tisch vorgefunden, habe aber diesen Tisch in seiner Regierungszeit abgeräumt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diesen Tisch hat die Österreichische Volkspartei in den Jahren 1966 bis 1970 gedeckt, nicht die Konjunktur, denn sie hat diese Konjunktur in erster Linie durch die Verwirklichung des Koren-Planes geschaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn er an den Herrn Bundesminister und an den Herrn Bundeskanzler die Frage gerichtet hat, warum sie nicht bremsen, dann, glaube ich, brauchen wir hier kaum zu sagen, wo die Antwort liegt. Sie liegt im Jahr 1975. In diesem Jahr stehen Wahlen vor der Tür, und daher kann die Regierung sicherlich eine Bremse in dieser Richtung, wie sie sich der Herr Abgeordnete Peter vorstellt, kaum anziehen.

Ich möchte aber nun zu meinem Thema kommen, das ich heute hier behandeln möchte, und zwar deshalb, weil gerade in dieser Budgetdebatte und in den letzten Jahren überhaupt immer wieder von der Kreditbremse, von einem Kreditkontrollabkommen gesprochen wird und sehr viele nicht wissen, was damit in Wirklichkeit gemeint ist.

Ich darf darauf hinweisen, daß ich schon im Jahre 1972 anläßlich einer Festversammlung in der Wiener Hofburg darauf hingewiesen habe, daß es meiner Meinung nach dringend notwendig wäre, daß mit der bisherigen, oft hektischen Erklärung der Minister unserer Bundesregierung, daß Vollbeschäftigung vor Stabilität gehe, nicht das Auslangen gefunden werden kann, sondern daß man koordinieren müsse und wir nicht die Stabilität auf Kosten der Vollbeschäftigung völlig vernachlässigen dürfen.

Und siehe da, einen Monat später erfolgte hier eine 100prozentige Kehrtwendung der österreichischen Bundesregierung, insbesondere auch des Herrn Bundesministers für Finanzen. Bisherige Kontrollmaßnahmen, die ja logischerweise vom Finanzministerium und der Oesterreichischen Nationalbank auf dem Kreditsektor schon immer geübt wurden — und zwar dadurch, daß man mit der Bankrate in erster Linie konjunkturell gelenkt hat, zweitens Liquiditätsvorschriften ganz strengen Ausmaßes erlassen wurden, ein Kreditplafond geschaffen worden ist und darüber hinaus die österreichischen Kreditinstitute ihre Mindesteinlagen bei der Nationalbank zu hinterlegen hatten —, schienen damals plötzlich nicht mehr wirksam genug, und man hat sich dazu entschlossen, ein Kreditkontrollabkommen zu veranlassen, in welchem vor allem einmal in erster Linie eine Kreditkontrolle auf der Aktivseite der Bilanzen der österreichischen Geldinstitute dadurch getroffen wurde, daß man den sogenannten Kreditlimes geschaffen hat, das heißt, die Institute verpflichtete, daß sie in Zukunft nicht mehr als 1 Prozent ihrer am 30. November 1972 aushaftenden Kredite an neuen Krediten ausgeben dürfen.

Dieses Abkommen wurde nunmehr bereits vorige Woche zum fünften Mal mit nur geringfügigen Abänderungen genehmigt beziehungsweise neuerlich mit einem Wirksamkeitsbeginn bis zum 30. Juni nächsten Jahres vereinbart.

Wir haben also weiterhin den die österreichische Kreditwirtschaft so ernst belastenden Limes, das heißt, wir dürfen nicht mehr als 1 Prozent jener Ausleihungen, die wir am 31. Dezember dieses Jahres haben, im kommenden Jahr pro Monat an neuen Krediten bewilligen.

Es ist allerdings, und das möchte ich dankbar anerkennen, eine kleine Erleichterung bei der letzten Vereinbarung von voriger Woche dahingehend geschaffen worden, daß dieser Limes, dieses berühmte Kreditlimit in der Höhe von einem Prozent, nunmehr kurzfristig von den Instituten überschritten werden darf, ohne daß sie dafür Sanktionen zu erleiden haben beziehungsweise bestraft werden, das heißt, wenn durch irgendeine besondere Situa-

tion in einem Monat die Notwendigkeit besteht, dieses Kreditlimit zu überschreiten, dann dürfen die Institute das. Sie sind lediglich verpflichtet, innerhalb zweier Monate diese Überschreitung, die höchstens 2 Prozent betragen darf, wieder auf den ursprünglichen, genehmigten Stand zurückzuführen. Und das ist sicherlich für die österreichische Kreditwirtschaft ein beachtlicher Vorteil, den wir erreichen konnten.

Darüber hinaus ist auch, und das ist ebenfalls dankend zu erwähnen, nicht mehr der Ist-Stand der Kredite per 31. Dezember für dieses 1 Prozent-Limit maßgebend, sondern der Soll-Stand, den die Institute am 31. Dezember auf Grund der bisherigen Bestimmungen an Kreditaußenständen haben dürften, denn es gibt eine Reihe österreichischer Kreditinstitute, die nicht gezwungen waren, den Limes in diesen vergangenen Monaten zu überschreiten, sondern ihn immer brav eingehalten haben. Sie haben jetzt daraus den Vorteil, daß diese bisher nicht ausgenutzten Limes-Grenzen, wenn ich so sagen darf, wenigstens in den Soll-Stand der Kredite einbezogen werden und dadurch eine höhere Ausleihungsmöglichkeit für das kommende Jahr besteht, sofern sie selbstverständlich alle übrigen Bestimmungen, wie Kreditplafond, Liquidität und so weiter, einzuhalten imstande sind.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte daher hier darauf hinweisen, daß diese Bestimmungen, die im November 1972 geschaffen wurden, für eine Vielzahl der kleinen und mittleren Institute der österreichischen Kreditwirtschaft sehr schwere Belastungen deswegen darstellten, weil es ja nicht nur allein darum ging, diesen Limes, also dieses Kreditlimit, einzuhalten, sondern weil sie bisher der qualitativen und quantitativen Kreditkontrolle gar nicht unterstellt waren und daher auch in der Vergangenheit weder für Liquidität, noch für einen Kreditplafond in diesem Ausmaß zu sorgen hatten.

Nun — und das muß anerkannt werden — wurden diese Institute ebenfalls gezwungen, sich der qualitativen und quantitativen Kreditkontrolle zu unterwerfen und die zum großen Teil gar nicht vorhandenen Liquiditäten auf der einen Seite und den überschrittenen Kreditplafond auf der anderen Seite zurückzuführen.

Diese Rückführung macht es den kleinen und mittleren Instituten — und wir draußen auf dem Lande haben in der Vergangenheit unseren Kreditbedarf in erster Linie nur durch diese Institute decken können — noch schwerer, trotz Limes, den sie einhalten würden, diese Kredite hinauszugeben, weil sie ihren Kreditplafond vierteljährlich um 2 Prozentpunkte zurückführen und auf der anderen Seite ihre Liquidität auf 20 Prozent erste und 20 Prozent zweite Liquidität erhöhen müssen.

Hier ergibt sich nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, eine für die österreichischen Kreditinstitute sehr schwierige Situation. Sie hat meiner Meinung nach maßgeblich dazu geführt, daß eine Verunsicherung in den Konditionen bei den Einlagen der Institute erfolgt ist.

Um alle diese Bedingungen erfüllen zu können und infolge der Allgemeinsituation, die gerade im vergangenen Jahr auf dem Geldmarkt entstanden ist, haben sich auch diese Institute bereit gefunden, über das Habenzins-Abkommen hinaus Zinssätze für Einlagen zu bezahlen, die ihre zum Teil eigenen Kräfte übersteigen, weil sie solche Sonderverzinsungen auf die Kreditkosten ja gar nicht überwälzen können, besonders dann, wenn sie auf der einen Seite diese Mittel brauchen, um ihre Liquiditäten zu erreichen, und auf der anderen Seite um den Kreditplafond einhalten zu können.

Das muß hier einmal gesagt werden, weil es unser aller Anstrengungen bedarf, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wir haben hier die Hilfe und die Stütze der großen Zentralinstitute, deren Aufgabe es ist, die ihnen angeschlossenen Unternehmungen zu unterstützen und ihren Ausgleich zu finden, aber sie machen uns große Sorgen und sind nun der unmittelbare Anlaß, daß wir so viele Kreditwünsche, die von den kleinen Mittelbetrieben an uns herangetragen werden, gerade aus diesen Gründen nicht erfüllen können — obwohl wir das Limit, also den sogenannten Limes nicht überschreiten würden —, weil eben die Liquiditäten fehlen, die erst geschaffen werden müssen, und auf der anderen Seite selbstverständlich auch der Kreditplafond hereingebracht werden muß.

Ich möchte Ihnen nun sagen, wie die Situation gerade in diesen letzten drei Jahren aussieht: Wir haben im Jahre 1973 nur mehr 27,8 Milliarden an neuen Krediten in der gesamten österreichischen Kreditwirtschaft bewilligt, gegenüber 44,3 Milliarden im Jahr vorher. Die Kreditbremse, wie wir sie bezeichnen, ist daher sehr stark wirksam geworden, und ich weiß, daß die österreichischen Kreditinstitute bemüht sind, alle Bestimmungen, die hier auf Grund dieser Kredit-Kontrollabkommen geschaffen wurden, auch einzuhalten.

Im heurigen Jahr haben die österreichischen Kreditinstitute schon in den ersten drei Vierteljahren 25,9 Milliarden an neuen Krediten bewilligt. Sie waren leider nicht alle imstande, den Kreditplafond einzuhalten, er ist per Ende September dieses Jahres um 8,4 Milliarden bei einer Reihe von Instituten insge-

samt überschritten. Es ergeben sich aber auf der anderen Seite Kreditplafondunterschreitungen mit 5,5 Milliarden, sodaß hier fast ein Ausgleich erzielt werden konnte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß wir im Jahre 1972 in Österreich Gesamteinlagen in der Höhe von 35,9 Milliarden hereingenommen haben, aber an neuen Krediten, wie ich bereits sagte, 44,3 Milliarden ausgegeben worden sind, also bedeutend mehr, als an Einlagen in die Institute hereingeflossen sind.

Im Jahre 1973, wo dieser berühmte Limes, die Kreditbremse richtig wirksam wurde, konnten wir 34,7 Milliarden an Neueinlagen verzeichnen, aber nur 27,8 Milliarden an neuen Krediten hinausgeben. Es mußte offensichtlich das richtige Gleichgewicht gefunden werden. Im heurigen Jahr betragen die Neueinlagen bis jetzt 20,3 Milliarden Schilling, während schon wieder 25,9 Milliarden an Krediten hinausgegeben worden sind.

Ich darf in diesem Zusammenhang — ohne Kritik üben zu wollen — darauf hinweisen, daß uns der Monat Oktober einen Gesamteinlagenzuwachs von 700 Millionen Schilling gebracht hat. Ich betone Gesamteinlagenzuwachs und nicht Spareinlagenzuwachs. Die Spareinlagen sind im Monat Oktober bei allen Geldinstituten um 5,2 Milliarden in ganz Österreich gestiegen, obwohl am Weltspartag allein und einschließlich der Jugendsparwoche 7,7 Milliarden eingelegt worden sind. Per Saldo beträgt der Zuwachs an Gesamteinlagen trotz dieses gewaltigen Erfolges des Weltspartages und der Jugendsparwoche nur 700 Millionen Schilling, weil von den Sicht- und Termineinlagen 4,6 Milliarden abgewandert sind. Daher bleibt also per Saldo nur ein Betrag von 700 Millionen Schilling. *(Abg. Ofenböck: Das ist das Vertrauen in die Währung!)* Das ist sicherlich — das will ich gar nicht einmal so sehr behaupten, sondern es ist Tatsache — dadurch erfolgt, daß eine Umbuchung beziehungsweise Umwandlung kurzfristiger Einlagen in längerfristige Einlagen am Spareinlagensektor erfolgte, wobei es sich aber nicht um so wirksame Neueinlagen gehandelt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß wir, gerade was die Sparförderung anlangt, durch die gesetzlichen Maßnahmen des Hohen Hauses sicherlich beachtliche Erfolge erzielen konnten. Der Bundeshaushalt für das nächste Jahr wird gerade auch durch diese Maßnahmen beachtlich belastet. Verkennen Sie nicht, daß wir bereits 8,2 Milliarden sogenannte Prämienspareinlagen haben, die in ununterbrochener Folge bedeutend steigen, und daß die für 1974 im Budget vorgesehenen Mittel von 190 Millionen Schilling für den Zinsenzuschuß zu den Prämienspareinlagen nicht ausreichen werden, sondern sich auch hier eine beachtliche Überschreitung ergeben wird. Für das kommende Budgetjahr sind ja bereits 250 Millionen budgetiert, und wenn das Prämiensparen im bisherigen Ausmaß und mit den bisherigen Erfolgen weitergeht, werden verständlicherweise auch diese Mittel nicht ausreichen.

Es ist heute bereits vom Herrn Abgeordneten Peter darauf hingewiesen worden, daß der Bundesminister leider auch nicht in der Lage ist, die Prämienverpflichtungen — das heißt nicht Prämien-, sondern die Zuschußverpflichtungen — gegenüber den Bausparkassen zu erfüllen. Sie wissen, daß bei den Bauspareinlagen ein Drittel durch Bundesmittel ergänzt wird und daß hier für das Jahr 1974 2,1 Milliarden aufzuwenden sind, also eine gewaltige Summe, die den österreichischen Bausparern, die ihre Gelder langfristig für die Bauwirtschaft zur Verfügung stellen, in Form von Prämien seitens des Bundes zur Verfügung gestellt wird.

Natürlich ist jetzt für die Bausparkassen die Situation eine sehr unangenehme geworden, wenn der Herr Bundesminister — so wie auch hinsichtlich anderer Verpflichtungen — diesen seinen Verpflichtungen derzeit nicht in vollem Umfange nachkommen kann und daher beachtliche Rückstände hinsichtlich der österreichischen Bausparkassen bestehen.

Ich möchte daher abschließend zu diesem Kapitel der Kreditbewirtschaftung in unserem Lande feststellen — und das habe ich immer getan und werde es auch immer tun —, daß die kreditpolitischen Maßnahmen allein nie ausreichen können, um überhaupt die Stabilität herzustellen.

Ich weiß nicht — und das kann überhaupt niemand feststellen —, wieweit die kreditpolitischen Maßnahmen der letzten zehn Jahre eine noch höhere Inflationsrate verhinderten. Tatsache ist, daß sie nicht in dem Ausmaß wirken, und wir tatsächlich wie heute immer wieder mit einer 10prozentigen Inflationsrate auch für die nahe Zukunft sicherlich zu rechneu haben werden.

Es muß daher neben diesen Maßnahmen auf dem kreditpolitischen Sektor in erster Linie die Sparsamkeit in allen öffentlichen Haushalten, im Bundeshaushalt genauso wie in den Länder- und Gemeindehaushalten, Platz greifen. Wenn hier nicht Sparsamkeit einsetzt, dann werden wir mit kreditpolitischen Maßnahmen allein sicherlich nicht das Auslangen finden, wobei natürlich auch eine Mäßigung in der Lohnpolitik dazu gehört, die wir uns auferlegen müßten, wenn wir die Stabilität, nach der wir alle rufen und die wir alle wollen, auch tatsächlich erreichen sollen.

Scherrer

Nun noch ein zweites Kapitel, über das ich hier kurz sprechen möchte. Ich habe mich gerade auf Grund der Debatten zur dringlichen Anfrage am Freitag vergangener Woche noch einmal damit beschäftigt zu überprüfen: Was sind denn nun die wirklichen Ursachen, daß der Finanzhaushalt unseres Staates derart in Unordnung geraten ist und der Bundesminister für Finanzen nicht mehr in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen? Er hat ja selbst hier im Hohen Hause nicht einmal, sondern wiederholt darauf hingewiesen, daß die Erwartungen hinsichtlich der Steuereinnahmen, insbesondere bei der Mehrwertsteuer, nicht eingetroffen seien.

Ich habe mir herausgeschrieben, welche Erwartungen sich der Bundesminister für Finanzen bei seinen Steuereinnahmen überhaupt macht und auf welcher Grundlage er erwartet, daß er diese Einnahmen erzielen sollte. Denn, meine Damen und Herren des Hohen Hauses: Wenn der Herr Bundesminister bei einem Gebarungserfolg der Einkommensteuer von 15.438 Millionen im Jahre 1973 erwartet, daß er im Jahre 1975 21,3 Milliarden bekommt, so sind das um 38 Prozent mehr.

Wieso und warum, müssen wir uns fragen, 38 Prozent Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer? Was berechtigt uns zu dieser Annahme? Die Inflationsrate allein kann es doch nicht sein. Daher müßten die Unternehmungen zu höheren Gewinnen, zu höheren Erträgen kommen.

Das ist leider nicht der Fall, sondern trotz der Scheingewinne tritt ja geradezu das Gegenteil ein. Ich habe wiederholt auch in Vorträgen darauf hingewiesen, daß wir doch Jahr für Jahr Tausende Unternehmer weniger in diesem Lande haben. Und wenn die Zahl der selbständigen Unternehmer, die in ihrer Produktivität doch alles übertreffen, was es an Leistung geben kann, um Tausende weniger wird, dann werden auch die Steuererträgnisse aus den selbständigen Unternehmungen unseres Landes kleiner werden müssen.

Ich habe vorige Woche hier an diesem Pult neuerlich gesagt: Ich habe nichts gegen die Konzerne und gegen die Großunternehmungen, die heute aufgebaut werden, aber für den Finanzminister sind sie absolut nur bei der Mehrwertsteuer, aber kaum bei anderen Steuererträgnissen ein Erfolg, aber Tausende kleine und mittlere Betriebe sind deswegen in ihrer Selbständigkeit entmachtet worden und sind daher als Steuerzahler für den Herrn Finanzminister völlig verlorengegangen.

Genauso ist es bei der Lohnsteuer. Meine verehrten Damen und Herren! Wir hatten voriges Jahr — 1973 — Lohnsteuereinnahmen von 21.131 Millionen. Der Herr Bundesminister für Finanzen erwartete für das Jahr 1974 26 Milliarden. Es ist bei einer 10prozentigen Inflationsrate bei den zirka 15- bis 20prozentigen Lohnerhöhungen anzunehmen, daß diese Annahme einigermaßen hinkommen wird.

Jedenfalls hat er in den ersten drei Quartalen nur 18.991 Millionen eingenommen; dies laut seinen eigenen Ausweisen, am 4. Dezember erschienen im Amtsblatt. 18.991 Millionen berechtigen nicht zu der Hoffnung, daß die 26 Milliarden Lohnsteuer voll erfüllt werden können.

Nun frage ich Sie, Hohes Haus: Man hat uns für das nächste Jahr gesagt: 10 Milliarden Steuersenkungen bei der Lohnsteuer, und nun budgetiert der Herr Finanzminister 29,8 Milliarden für das nächste Jahr an Lohnsteuereinnahmen, also wiederum 3,8 Milliarden mehr, obwohl er 10 Milliarden durch die Steuersenkungsmaßnahmen verliert. Ist es da nicht berechtigt zu erklären, daß es kaum möglich ist, daß diese 29,8 Milliarden jemals hereinkommen können? Denn wenn die Steuersenkung in diesem vollen Umfang wirksam werden soll, dann ist es ausgeschlossen, daß darüber hinaus ganz gegen die bisherigen jährlichen Steigerungen noch zusätzlich 3,8 Millionen im Budget hereingeholt werden können.

Dasselbe könnte ich jetzt bei der Körperschaftsteuer, dasselbe kann ich bei der Gewerbesteuer sagen, aber ich möchte mich nur noch mit der Mehrwertsteuer beschäftigen.

Hohes Haus! Die Mehrwertsteuer war für das Jahr 1973 mit 29,2 Milliarden budgetiert. Das war schon die Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der Selbstverbrauchersteuer und der Vorratsentlastung. Das sind selbstverständlich per Saldo 29,2 Milliarden budgetierte Einnahmen, tatsächlicher Erfolg aber 35,8 Milliarden. Ich muß annehmen, daß, ermutigt durch diesen Erfolg, der Herr Bundesminister für Finanzen glaubte, daß er daraufhin für das Jahr 1974 gleich 53 Milliarden aus der Mehrwertsteuer erwarten darf, und für das Jahr 1975 sind 61,7 Milliarden budgetiert. Das bedeutet also innerhalb zweier Jahre eine Zunahme aus dieser Verbrauchersteuer von 110 Prozent. Worauf stützt der Herr Bundesminister für Finanzen eine solche Annahme?

Hohes Haus! Wir haben bei der Beschlußfassung über die Mehrwertsteuer nie daran gedacht, daß das jetzt eine Steuerquelle für den Finanzminister werden soll, die unerschöpflich ist und über die bisherigen Umsatzsteuereinnahmen hinaus zusätzlich bedeutende Mehrerlöse bringen soll. Im Gegenteil: Wir waren der Meinung, daß die bisher als ungerecht empfundene Umsatzsteuer mit ihren Mehrphasen, die sie immer wieder belasteten, weg muß und an deren Stelle das viel gerechtere Steuersystem der Mehrwertsteuer treten

Scherrer

soll. Ich habe daher keine Möglichkeit zu beurteilen, was den Herrn Finanzminister zu der Annahme bewegt, daß er aus der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr 61,7 Milliarden und im heurigen Jahr schon 53 Milliarden einnehmen wird. Für die ersten drei Vierteljahre hat er immerhin einen Ertrag von 35,5 Milliarden erreicht.

Er wird daher diese 53 Milliarden nie erreichen können, aber nicht deshalb, weil vielleicht Steuerhinterziehungen erfolgen, weil vielleicht unrichtige Abgabenerklärungen abgegeben werden, sondern einzig und allein aus dem Grund, weil ein derartiger Einnahmesatz gar nicht zu erwarten war und gar nicht erwartet werden kann.

Wenn wir daher feststellen, daß nur diese wenigen Positionen, die ich Ihnen hier genannt habe, Einnahmen von 107,8 Milliarden bringen sollen und bisher nur 75 Milliarden erbracht haben, dann ist es bei optimistischster Beurteilung richtig, daß dem Herrn Bundesminister für Finanzen zirka 6 bis 8 Milliarden am Jahresende an Steuereingängen fehlen werden; aber nicht deswegen, weil wir zuwenig Steuern zahlen, sondern deswegen, weil die Budgetansätze von vornherein für das Jahr 1974 überhöht waren und gar keine Berechtigung zu der Annahme war, daß trotz der immer erwähnten Steuersenkungen solche Einnahmen erzielt werden können.

Abschließend, Herr Bundesminister, noch einmal ein Wort dazu, was den Griff zur Notenpresse anbelangt. Ich selbst bin mitverantwortlich für eine Geldinstitutsgruppe in unserem Lande und muß feststellen, daß diese beunruhigenden Meldungen durch die Presse in den vergangenen Wochen hinausgegangen sind. Ich habe sie hier insbesondere seitens der „Presse", wo Herr Karl Grabner am 6. Dezember sehr ausführlich über den Griff zur Notenpresse geschrieben hat, und auch ein Wochenblatt, in dem sogar der Androsch-Helfer Fremuth, also der Herr Direktor der Österreichischen Postsparkasse, mit seinem Konterfei erscheint und festgestellt wird: „Daß der Staat derzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nur mit größter Mühe nachkommen kann, ist ein offenes Geheimnis . . .; wesentlich weniger bekannt ist, mit welchem Trick Finanzminister . . . Androsch die Milliardenlöcher stopft: Er hat die staatliche Postsparkasse und die halbstaatliche Kontrollbank für eine komplizierte Transaktion eingespannt, die nach konservativer Meinung letztlich den ‚Griff nach der Notenpresse' bedeutet."

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Daraufhin trat natürlicherweise eine Beunruhigung in den Sparerkreisen unseres Landes ein; ich lasse mir von unseren Direktoren immer wieder berichten, daß sie ununterbrochen befragt werden, und mir selbst ging es schon wiederholt so, daß an mich die Frage gerichtet wird: Ja ist denn das überhaupt möglich, daß die Regierung oder der Finanzminister die Möglichkeit haben, die Notenpresse in Anspruch zu nehmen? *(Abg. Brandstätter: Bei dieser Regierung ist vieles möglich!)* Ich konnte beruhigt erklären: Nein, das kann und darf es nie geben, weil das Nationalbankgesetz ausdrücklich festlegt, daß die Bundesregierung diese Möglichkeit nicht hat. Denn der § 41 sagt: Der Bund, die Länder und die Gemeinden dürfen die Mittel der Bank in keiner Weise, also weder mittelbar noch unmittelbar für ihre Zwecke in Anspruch nehmen, ohne daß sie den Gegenwert in Gold oder Devisen leisten.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Gesetz spricht eindeutig davon, welche Möglichkeiten bestehen.

Nun ist aus diesem Grunde an den Herrn Bundesminister am Freitag unter Punkt 12 der dringlichen Anfrage die Frage gestellt worden, die der Herr Kollege Sandmeier bereits wörtlich vorgetragen hat und deren Wiederholung ich mir ersparen kann. Die Antwort des Herrn Bundesministers lautet: Zu diesen Fragen, in denen auf Zeitungsmeldungen Bezug genommen wird, möchte ich feststellen, daß der Bund keine Vereinbarungen getroffen hat. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Hohes Haus! Das will ich gar nicht bestreiten. Woher hat die Presse diese sehr detaillierten und, wie es scheint, wirklich fundierten Berichte? Und letzten Endes pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß der Herr Bundesminister für Finanzen allmonatlich — und das geht schon einige Monate zurück — nicht weiß, woher er die Mittel zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nehmen soll. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Prader.)* Das ist begreiflich, wenn er die Kreditbewilligungen nur in dem Ausmaß hat, in dem das Budgetdefizit zu decken ist, darüber hinaus aber durch die verminderten Steuereingänge, die immerhin, wie ich sagte, zirka 6 Milliarden bis 8 Milliarden Schilling in diesem Jahr betragen werden, nicht in der Lage ist, seinen allmonatlichen Verpflichtungen nachzukommen und sie zu erfüllen.

Nun hat der Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank gestern in dieser Frage beraten, und er hat sich, wie das ja zu erwarten war, eine neuerliche Frist bis zum nächsten Monat, bis zum nächsten Zusammentritt gegeben und hat ein Rechtsgutachten verlangt, das in dieser Frage eine Klarstellung bringen soll.

Scherrer

Tatsache ist aber jedenfalls — und das ist unbestritten —, daß der Herr Bundesminister für Finanzen eine Gratwanderung begangen hat und gegangen ist, von der festgestellt wird, daß sie formaljuristisch richtig sei und daß man daher nichts tun könne, sondern daß man dafür sorgen müsse, jetzt natürlich, sofort eine Korrektur eventuell formaljuristisch richtiger Kreditinanspruchnahmen bei der Nationalbank vorzunehmen, damit das wieder in das richtige Geleise kommt.

Daß damit das Vertrauen in die Tätigkeit der Bundesregierung erschüttert ist, darüber brauchen wir uns in diesem Haus gar nicht zu unterhalten. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)* Tatsache ist, daß wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, sorgsamst darauf zu achten, daß Übergriffe in dieser Richtung nie erfolgen können und daß dann, wenn ein Budget vorgelegt wird, dieses Budget auch jene Ansätze enthält, die eingehalten werden können. Wenn man aber in einem Budget überhöhte Steuereinnahmen budgetiert, um überhaupt ein Budget zustande zu bringen, und wenn diese Einnahmen dann nicht erzielt werden können, dann muß dies zu einem Fiasko führen, in dem sich der Herr Bundesminister für Finanzen leider derzeit befindet, und wenn ich „leider" sage, so deshalb, weil es ja die ganze Wirtschaft und in erster Linie jene Unternehmungen angeht, die seit Monaten auf Millionen- und Milliardenbeträge warten, die der Bund ihnen zu bezahlen hätte, die sie aber nicht bekommen, wodurch sie in ihren eigenen Unternehmungen und Betrieben schwerstens gefährdet sind.

Daß wir daher einem Budget, das uns in seinen Einnahmenansätzen absolut überhöht erscheint und das auch nicht in den Ausgaben jene Rücksichten auf die Wirtschaft unseres Landes nimmt, die man erwarten könnte, nicht zustimmen können, das ist selbstverständlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Schmitzer.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich auf die Ausführungen des Kollegen Stögner nicht eingehen und eher den Mantel der christlichen Nächstenliebe darüberbreiten, nur darf ein Punkt nicht unwidersprochen bleiben. Das ist die Frage der Gehälter der Beratungsbeamten in der Landwirtschaftskammer, eine Frage, die er angeschnitten hat.

Der Herr Kollege Stögner dürfte erstens einmal nicht wissen, daß das an sich heute gar nicht herpaßt, daß diese Frage beim Grünen Plan zu behandeln gewesen wäre, denn die Reisekosten für Beratungsfachleute werden dort veranschlagt. Ich verstehe eines nicht: Was hat das Kapitel Finanzen damit zu tun, daß es in Salzburg einen Beratungsbeamten gibt — was außerdem nicht stimmen kann —, einen Beratungsbeamten, der 25.000 S im Monat verdient und 3500 S Reisekosten kassiert, oder daß er aufzählt, daß andere Beratungsbeamte 10.000, 12.000 und 14.000 S pro Monat bekommen, wie wenn es das im öffentlichen Dienst nicht geben würde. Alle Beratungsbeamten, Beamte, die eine höhere Ausbildung oder eine Hochschulausbildung haben, haben ja das Gehaltsschema nach dem öffentlichen Dienst ausgerichtet.

Ich wollte das nur kurz sagen; schade, daß Kollege Stögner nicht hier ist. Das geht an sich in Richtung Verleumdung, also in Richtung Neidkomplex. Ich habe den Kollegen da nicht verstanden.

Meine Damen und Herren! Wenn man die Budgetdebatte, die jetzt fast drei Wochen lang läuft, Revue passieren läßt, so kann man immer wieder feststellen, daß die Redner der sozialistischen Fraktion uns, der ÖVP, vorwerfen, daß wir im wirtschaftlichen Bereich Schwarzmalerei betreiben. Dr. Tull hat das heute anders genannt. Er hat gesagt, wir betreiben „wirtschaftliche Rufschädigung".

Auch der Herr Finanzminister war der Meinung, daß das Wort „Konkurs" in diesem Zusammenhang nicht gebraucht werden dürfe, denn im privaten Bereich sei das klagefähig.

Herr Finanzminister Dr. Androsch! Ich glaube, hier besteht schon ein Unterschied. Sie verwalten als Finanzminister nicht Ihr Privatvermögen, sondern Sie verwalten den Bundeshaushalt der Republik Österreich, und daher ist diesbezüglich doch die Möglichkeit der Kritik anders zu sehen als im privaten Bereich.

Sie verweisen im Verlauf dieser Budgetdebatte auch immer wieder auf das Ausland. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen — ich habe im Zusammenhang mit dem Budgetkapitel Landwirtschaft das schon gemacht — einen Ausspruch des Herrn Dr. Weihs als Oppositionsabgeordneten im Dezember 1969 in Erinnerung rufen, und zwar hat er damals gesagt: Immer dann, wenn der ÖVP die Argumente ausgehen, flüchtet sie mit ihren Argumenten ins Ausland.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Was damals gegolten hat, das muß auch heute gelten, und Sie verwenden den Vergleich mit dem Ausland immer mehr und immer öfter, sicherlich öfter, als es damals gemacht worden ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Interessant ist dabei, daß Sie bei diesen Vergleichen meistens Länder heranziehen, mit denen wir kaum oder keine Wirtschaftsverbin-

Ing. Schmitzer

dungen haben, und das interessiert uns Österreicher nicht allzusehr. Chile zum Beispiel wird immer wieder genannt. *(Abg. Skritek: Die Schweiz!)* Chile interessiert uns relativ wenig. Sie vergleichen aber kaum mit der deutschen Bundesrepublik, wo die Inflationsrate um 3 Prozent niedriger ist.

Herr Kollege Skritek, vielleicht noch eines: Mich wundert, daß Sie sich überhaupt mit diesen Fragen so beschäftigen und sich wundern, daß wir eine solche Kritik üben. Sie müßten ja nur in den stenographischen Protokollen zurückblättern, um zu erfahren, was Ihre Kollegen im Herbst 1969 gesagt haben. Ich darf einiges zitieren. *(Abg. Skritek: Das weiß ich genau!)*

Der Herr Minister Lanc hat damals immer wieder in Zwischenrufen das Wort „Konkurs" verwendet. Wenn das damals nicht klagefähig war, dann ist es heute auch nicht klagefähig, wenn es damals möglich war, dann ist es heute auch möglich.

Noch interessanter ist ein Ausspruch des Herrn Abgeordneten Gratz vom 15. Dezember 1967 — das war ziemlich am Anfang der Alleinregierung der ÖVP —, und zwar hat er damals gesagt: Ihr Finanzminister geht schon bald zum Pfandleiher! — Und jetzt darf man nicht einmal darüber reden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Damals war das keine Diskriminierung der Politik, sondern es war nur ein Unterschied: Sie haben „konstruktive" Oppositionspolitik betrieben, „verantwortungsvolle" Oppositionspolitik, und wenn wir diese Dinge vorbringen, dann ist es eine Rufschädigung, dann ist unsere Kritik staatsschädigend, wie gestern ein sozialistischer Abgeordneter gesagt hat. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Noch etwas, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: Sie wollen uns, wenn wir kritisieren, immer wieder anhängen, daß wir nicht die Regierungspolitik kritisieren, sondern die österreichische Wirtschaft. Das möchte ich richtigstellen. Die österreichische Wirtschaft ist in Ordnung. Gott sei Dank. *(Abg. Kern: Trotz dieser Regierung!)* Sie ist trotz Ihrer Regierung in Ordnung! *(Beifall bei der ÖVP.)* Nur Ihre Regierungspolitik ist nicht in Ordnung, und die kritisieren wir.

Nun zu einem anderen Kapitel. Es heißt also: Die Wirtschaft ist in Ordnung. Und bei 10 Prozent Inflationsrate sollen wir dem zustimmen, daß alles in Ordnung ist?

Sie kritisieren uns immer, aber Sie verniedlichen die wirtschaftliche Situation. Im Jahre 1973 — ich glaube, es war im März 1973 — haben Sie, Herr Finanzminister, bei der sogenannten 4. Ökonomischen Konferenz — ich glaube, so hat diese Veranstaltung von Wirtschaftsfachleuten geheißen — einen Wirtschaftswissenschafter reden lassen, und der hat in sehr schöner Form gesagt: Es ist sicherlich kein humanistisches Ziel, 3 oder 8 Prozent Preissteigerung zu haben. Es erfüllt das Glück des Österreichers weniger oder mehr, ob 7 oder 8 Prozent da sind.

Es hat dann am nächsten Tag der Wirtschaftsjournalist der „Kronen-Zeitung", Hans Dipold, ja sehr gut geantwortet. Er hat gesagt: Glücklich wären vielleicht die Österreicher sicher auch, wenn es nur 3 Prozent Preissteigerung geben würde, aber glücklich wäre sicher auch die sozialistische Regierung, wenn es ihr gelungen wäre, nicht bei 8 Prozent Preissteigerung, sondern nur bei 3 Prozent Preissteigerung zu landen. *(Abg. Brandstätter: Da müßten wir eine ÖVP-Regierung haben!)*

In diesem Zusammenhang vielleicht noch etwas. Interessant ist, wie sich die Argumentation in dieser Beziehung gewandelt hat.

1970/1971 argumentierten Sie, indem Sie sagten: Die Stabilität ist nicht so wichtig, das Wachstum ist wichtig; die Inflation ist nun einmal der Preis für ein entsprechendes Wirtschaftswachstum.

1972 haben Sie ein neues Argument gehabt: Da war das Ausland schuld. Das Ausland war schuld, die importierte Inflation stand zur Diskussion.

Nach der Aufwertung vom Mai 1972 hat dieses Argument nicht mehr sehr viel gezogen, daher mußten Sie ein anderes Argument finden. Dieses Argument haben Sie dann bei dieser schon zitierten 4. Ökonomischen Konferenz gefunden, und zwar dadurch, daß Sie auch wieder diesen Professor — ich kann ja auch den Namen sagen, es war der Herr Professor Rothschild — ein Referat halten ließen. Rothschild hatte folgendes gesagt:

Die Inflation ist schlecht, ist furchtbar. — Stimmt! — Sie ist aber eine zwangsweise Folge des spätkapitalistischen Wirtschaftssystems der Marktwirtschaft.

Ergo: Wenn die Inflation schlecht ist, muß ich natürlich auch sagen: Das Wirtschaftssystem ist schlecht! Und wenn ich die Inflation nicht will, muß ich daher das Wirtschaftssystem ändern. — Das war ungefähr die Zeit, in der Sie eben mit systemverändernden Maßnahmen beginnen wollten.

Wenn man Zeit hätte, könnte man auch noch Ihre Aussprüche, Herr Finanzminister, zitieren. Das wäre in diesem Zusammenhang gar nicht uninteressant.

1974 ist dieses Argument auch nicht mehr aktuell gewesen, 1974 haben Sie dann das Argument gebracht: Was wollt ihr, liebe

Ing. Schmitzer

Leute, 10 Prozent Arbeitslose oder 10 Prozent Inflation? — Die Zahl war nicht immer gleich. Als wir noch 7 Prozent Inflation hatten, haben sie eben gesagt: 7 Prozent Arbeitslose oder 7 Prozent Inflation. Nun sind wir bei 10 Prozent Inflation angelangt. Daher müssen Sie jetzt sagen: 10 Prozent.

Ich möchte jetzt gar nicht auf einzelne Aussprüche von Wirtschaftsfachleuten eingehen. Nur eines, weil der Herr Kollege Tull heute gesagt hat: Die Bevölkerung von Österreich weiß, daß die Wirtschaft in Ordnung ist. — Die weiß es sicher, daß sie nicht in Ordnung ist!

Meine Damen und Herren! Noch nie war im wirtschaftlichen Bereich ein so großes Unbehagen vorhanden wie jetzt. Gerade diejenigen Beweise, die der Herr Kollege Tull dafür anführen wollte, daß die Bevölkerung glaubt, die Wirtschaft ist in Ordnung, sind gerade gegenteilige Argumente. Die Kauflust nämlich — die Kaufwut könnte man fast sagen —, die jetzt vor Weihnachten vorherrschend ist, ist ja ein gegenteiliger Beweis: Weil eben die Bevölkerung kein Vertrauen in den Schilling hat, deswegen wird der Schilling nicht angelegt *(Abg. Kern: Flucht in die Sachwerte!)*, sondern es ist eine Flucht in die Ware, in die Sachwerte vorhanden.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht noch ein Punkt nicht uninteressant, den der Herr Kollege Tull auch in seiner Rede genannt hat: Wir Sozialisten, so hat er formuliert, sind nicht bereit, auf dem Rücken der wirtschaftlich schwachen Gruppen die Stabilität durchzuführen.

Herr Finanzminister — der Herr Kollege Tull ist leider jetzt nicht hier —, ich glaube: Gerade die Inflation — und das werden Sie uns doch nicht abstreiten — schädigt ja die wirtschaftlich schwachen Gruppen, die Rentner, die Pensionisten, die kleinen Sparer. Alle diejenigen, die mit fixen Einkommen rechnen müssen, sind ja diejenigen, die durch die Inflation am stärksten draufzahlen und gefährdet sind.

Als Beweis möchte ich einen Artikel aus dem „profil" anführen. Sie kennen die Nr. 42 vom 30. Oktober. *(Abg. Wille: Habe ich schon vorgelesen!)* Herr Kollege Wille! Ich weiß, daß Sie es gelesen haben. Ich weiß auch, daß Ihnen wahrscheinlich das Titelbild als sehr grauslich vorgekommen ist. Aber nur ein ganz kurzes Zitat daraus. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Wille.)* Herr Kollege Wille! Ich weiß, das ist Ihnen jetzt unangenehm. *(Abg. Wille: Nein!)* Der Chefredakteur des „profil", Lingen, schreibt:

„In aller Welt erkennt man die Situation und ergreift Stabilisierungsmaßnahmen. Vor allem in den USA, Frankreich, Bundeskanzler Schmidt in Deutschland. Nur in Österreich braucht man das nicht, denn in Österreich hat man ja den Dr. Bruno Kreisky. Dort ist das ja nicht nötig, der erledigt ja alles — alles! — mit der linken Hand: Er stopft die Budgetlöcher mit den Abgängen der Bundestheater und erledigt die politischen Gegner mit der linken Hand. Nur im wirtschaftlichen Bereich gelingt es ihm in letzter Zeit nicht mehr, diese Löcher mit der linken Hand zu stopfen. — Daher schaut jetzt die Bevölkerung nach der rechten Hand. Wann kommt die rechte Hand des Dr. Kreisky im wirtschaftlichen Bereich?" — Dann kommt er zum Schluß, daß die Bevölkerung heute das Gefühl hat, der gute Mann hat gar keine rechte Hand, sondern er hat nur zwei linke Hände bei seinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren! Das stimmt, und dadurch auch dieses Unbehagen auf diesem Gebiet. *(Abg. Libal: Wie viele haben bei euch zwei linke Hände? Bei euch hat man lauter linke Hände!)*

Herr Kollege Libal! Nun darf ich zum Budget 1975 kommen. Es ist jetzt vielleicht ganz interessant — ich muß es doch tun —, einige Fragen an den Herrn Finanzminister zu stellen.

Herr Finanzminister! Sie haben im Jahre 1972 in einem Bericht über die Lage der Finanzen der Republik Österreich einige Aussagen gemacht. Ich möchte der Zeit wegen nur eine Aussage herausnehmen und Sie fragen, ob Sie noch dazu stehen. So haben Sie in diesem Bericht gesagt — und dann auch auf eine Anfrage des Herrn Kollegen Sandmeier geantwortet —: Die Steigerung der Budgetausgaben, des Budgetausgabenrahmens habe sich an der Größenordnung des Bruttosozialprodukts zu orientieren.

Herr Finanzminister! Ich glaube, das stimmt auch heute noch. Nur haben Sie sich ab 1973 daran nicht mehr gehalten. In den Jahren 1971 und 1972 schon, aber im Jahre 1973 nicht mehr. Ich darf das kurz vergleichen.

Im Jahre 1973 haben Sie eine Bruttonationalproduktsteigerung von 12,5 Prozent geschätzt. Das Budget hat eine Ausweitung von 13,2 Prozent gehabt. 1974 betrug die Bruttonationalproduktsteigerung 13 Prozent, die Budgetausweitung 14,4 Prozent, 1975 beträgt die Budgetausweitung 15,7 Prozent.

In diesem Bericht, den ich vorhin zitiert habe, haben Sie, Herr Finanzminister, gesagt, die Budgetpolitik müsse so gestaltet werden,

Ing. Schmitzer

daß sich in Jahren der Hochkonjunktur der Ausgabenrahmen 1 bis 2 Prozent unter der Steigerung des Bruttonationalproduktes befinde.

1973 und 1974 haben Sie gerade das Gegenteil gemacht: In diesen zwei Hochkonjunkturjahren haben Sie eine Ausweitung von 1 bis 2 Prozent, statt einer Kürzung durchgeführt.

Nun zum Budget 1975 noch einige Fragen, Herr Finanzminister.

Wir haben einen Abgang, ein Defizit im Grundbudget von 16,5 Milliarden Schilling. Sie haben uns im Finanzausschuß auf eine Frage gesagt: Das ist gerade noch finanzierbar.

Nun ergibt sich aber folgendes: Aus der Erfahrung von 1974 wissen wir, daß Sie das Konjunkturausgleich-Budget und die Stabilisierungsquote sicher auch 1975 verbrauchen werden. Wenn Sie das machen, dann kommen Sie nicht auf 16,5 Milliarden Schilling Abgang, sondern auf 22 Milliarden Schilling Abgang.

Nun frage ich Sie, Herr Minister — ich rechne jetzt gar nicht den Überhang von 1974 dazu —: Wie werden Sie das finanzieren? Wenn vor drei oder vier Wochen 16,5 Milliarden Schilling gerade noch finanzierbar gewesen sind: Wie werden Sie dann diese 22 Milliarden Schilling — oder vielleicht werden es sogar 25 Milliarden Schilling sein — finanzieren? *(Abg. H a a s: Man wird sich sehr schwer tun mit Forderungen!)*

Wie werden Sie das finanzieren? Wo werden Sie das Geld auftreiben? Werden Sie das Geld auf dem inländischen Kreditmarkt auftreiben? — Sie haben uns schon teilweise eine Antwort bei der dringlichen Anfrage gegeben: Es wird nicht möglich sein, alles auf dem inländischen Kreditmarkt aufzutreiben. Das heißt: Sie werden ins Ausland gehen müssen. Sie werden ins Ausland gehen und dort Geld hereinholen, Sie werden den Geldumlauf in Österreich vergrößern und damit die Inflation noch mehr anheizen müssen.

Das wird aber auch nicht ausreichen, Herr Finanzminister. Ich frage Sie daher jetzt: Wo wollen Sie das restliche Geld hernehmen? — Wir würden noch heute diesbezüglich gerne eine konkrete Antwort hören. Es soll nicht so darüber hinweggewischt werden wie bei der Antwort zur dringlichen Anfrage.

Werden Sie die Steuern erhöhen? Welche Steuern werden Sie erhöhen? Werden Sie die Mehrwertsteuer um 2 Prozent erhöhen? — Wenn Sie das machen, Herr Finanzminister, dann handeln Sie gegen Ihre Aussagen in Ihrem Wirtschaftsprogramm. Dort haben Sie nämlich angekündigt, Sie werden nicht die indirekten Steuern erhöhen, sondern Sie werden die direkten Steuern erhöhen.

Oder, wenn das auch nicht ausreichen sollte, was machen Sie dann? Greifen Sie dann doch zur Notenpresse, machen Sie das, was der Kollege Scherrer auch vermutet?

Hier, Herr Finanzminister, fürchten wir, daß uns im Jahr 1975 doch eine echt grausliche Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich bevorsteht. Daher ist unser Pessimismus wirklich berechtigt, daher haben wir eben Bedenken, wie die Wirtschaftspolitik in Österreich weitergehen wird. Und daher müssen wir dieses Budget, das sich gerade gegen die Entwicklung auswirken muß, ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robak.

Abgeordneter **Robak** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Sandmeier hat in seiner Rede gesagt, daß er schon einmal auf die Unglaubwürdigkeit der SPÖ-Politik hingewiesen habe. Er sagte weiter, daß die Aufgaben der Gemeinden in den letzten Jahren in einem großen Ausmaß gestiegen sind, und er hat auch der Meinung Ausdruck gegeben, daß keine andere Gebietskörperschaft so viele Aufgaben mehr zu erfüllen hat wie die Gemeinden.

In diesem Zusammenhang hat er auch etwas Interessantes gesagt, er hat nämlich auf die Verschuldung der Gemeinden hingewiesen und gemeint, daß die Verschuldung ungeheuer steigt und daß die Gemeinden rund 43,6 Millionen Schilling schuldig sind. Er wollte damit sagen, die Politik der Sozialistischen Partei sei schlecht, und daher haben die Gemeinden sehr viele Schulden machen müssen.

Ich möchte eingangs feststellen, daß im Budget 1975 auch für die Gemeinden wieder sehr gut vorgesorgt ist. Direkt und indirekt werden die Gemeinden einen großen Nutzen haben, wenn dieses Budget erfüllt wird.

Über die Bedeutung der Gemeinden möchte ich nur mit ein paar Worten etwas sagen. Es war der Präsident dieses Hohen Hauses, der als Präsident des Gewerkschaftsbundes vor dem Österreichischen Städtebund gesprochen und an die Spitze seines Referates folgenden Satz gestellt hat: „Die Qualität des Lebens ist auch von den Leistungen der Gemeinden abhängig."

Ich möchte aber noch einen anderen sehr Prominenten hier zitieren, der über die Aufgaben und Schwierigkeiten der Gemeinden gesprochen hat. Er sagte: „Wenn der private

Robak

Wohlstand steigt, ist die Gemeinde zu neuen Investitionen gezwungen, und zwar rasch. Je mehr die Bürger verdienen, desto mehr sind sie bereit, für die Ausbildung ihrer Kinder auszugeben. In der Praxis heißt das: Mehr Schulen, mehr Internate. Je mehr Frauen berufstätig sind, desto mehr Kindergärten und Horte müssen gebaut werden. Je mehr Menschen über ein Auto verfügen, desto breitere Straßen, desto mehr Parkplätze werden notwendig. Je weniger die Menschen überhaupt arbeiten und je mehr Freizeit sie haben, umso größer werden die Bedürfnisse nach Erholungsraum, nach Sport- und Turnstätten, nach Bädern, Hallenbädern und so weiter." Wasserzufuhr, Abwasserbeseitigung und vieles andere erwähnte er.

Und dann spricht er über die Kehrseite der Medaille. „Wie kann nun die Gemeinde diese Aufgaben meistern? Denn daß diese Einnahmen kaum zur Bewältigung der laufenden Ausgaben ausreichen, ist längst ein offenes Geheimnis."

Nur einen Satz noch, den dieser prominente Mann gesprochen hat. Er sagte: „Die Verschuldung der Gemeinden ist daher in den letzten Jahren stark angestiegen." — Sie werden sagen: Sicher, weil eine sozialistische Regierung den Finanzminister stellt. Nein! Er sagt: „Im Zeitraum von 1965 bis 1970 hat sich der Schuldenstand nahezu verdoppelt." — Das hat kein Sozialist gesagt, sondern ein Mann, der leider momentan nicht hier ist, sonst müßte er es bestätigen: Rudolf Sallinger, Präsident der Bundeswirtschaftskammer.

Meine Damen und Herren! Was will ich damit sagen? Nicht nur während der sozialistischen Bundesregierung sind die Gemeindeschulden gestiegen, sondern auch in der ÖVP-Regierungszeit. Wenn heute der Herr Abgeordnete Neuner unter anderem gesagt hat ... *(Abg. A. Schlager: Ihr sagt ja immer, ihr zahlt die Schulden ab, die wir gemacht haben!)* Ich werde gleich darauf eingehen.

Herr Abgeordneter Neuner nennt die Steuern einen Raubzug auf die Einnahmen des Volkes.

Herr Abgeordneter, Sie haben einen Zwischenruf gemacht. Ich habe hier eine dringliche Anfrage, die die ÖVP-Abgeordneten Dr. Mock und Dr. Koren gestellt haben. Sie sagen: „Scheinbar höhere Löhne und Einkommen unterliegen einer steigenden Besteuerung, und dem Staat werden auf Grund der inflationistischen Entwicklung ungerechtfertigte Mehreinnahmen zu Lasten der Steuerzahler gesichert."

Die Anfrage lautet unter anderem: „Werden Sie dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuleiten, die eine Lohn- und Einkommensteuersenkung per 1. 7. 1974 vorsieht?" — Vorher heißt es aber in dieser Anfrage, daß die ÖVP-Abgeordneten schon am 23. Oktober eine Lohn- und Einkommensteuersenkung per 1. 1. 1974 verlangt haben.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier auch andere Zeitungen. Sie wissen, daß in den letzten Tagen in vielen Städten Budgetberatungen stattfinden, bei denen natürlich auch über die finanzielle Situation gesprochen wird. Hier habe ich aus der Innsbrucker Zeitung einen Artikel „Besinnungsstunde in der Gemeindestube". Der dortige Finanzreferent, der Herr Stadtrat Seykora, sagt zum Beispiel: „Des Finanzministers ‚Steuergeschenk' zum 1. Jänner 1975 bezahlt die Stadt Innsbruck mit Mindereinnahmen von 35 Millionen Schilling." Und alle österreichischen Gemeinden werden rund 1300 Millionen Schilling weniger bekommen. — Wo ist da die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei? Hier beschwert sich ein prominenter Kommunalpolitiker; sein Chef ist ein ganz Prominenter der ÖVP, der Bürgermeister Lugger.

Zuerst verlangt man die Steuerreform ein Jahr vorher, schon am 1. Jänner 1974 beziehungsweise 1. Juli 1974, die sozialistischen Abgeordneten waren bereit, am 1. Jänner 1975 diese Reform einzuführen, und die Herren Abgeordneten und Stadträte beschweren sich jetzt auf einmal, daß das nicht in Ordnung sei!

Oder: Die ÖVP verlangt in einem Dringlichkeitsantrag diese Steuerreform. In dem Moment, als die Steuerreform beschlossen worden ist, schreibt „Die Presse": „Steuerreform als Wahlgeschenk". Hier heißt es: „Als ‚Auftakt zur Verteilungspolitik', die im Zusammenhang mit den nächsten Nationalratswahlen gesehen werden müsse, bezeichnete man in Kreisen der Opposition das Lohnsteuer-Reformpaket, das Finanzminister Androsch gegen den massiven Widerstand der Wirtschaft am Freitag durchgesetzt hat."

Ich verstehe es wieder nicht, meine Damen und Herren! Wo ist hier die Glaubwürdigkeit? *(Ruf bei der ÖVP: Das glauben wir schon, daß Sie das nicht verstehen! Das ist ja der Jammer!)*

Wenn Sie immer wieder darauf hinweisen, wie schlecht die Politik des sozialistischen Finanzministers ist: Ich habe hier einige Auszüge aus verschiedenen ÖVP-Zeitungen über die Politik der Österreichischen Volkspartei in der Zeit von 1966 bis 1970. Damals hat der Finanzminister auch gewisse Steuern ermäßigt,

Robak

die Gemeinden und die Länder waren die Leidtragenden, aber der Herr Finanzminister hat sich sehr wohl seinen Anteil, den er zuerst geopfert hat, wieder geholt. Das ist beim sozialistischen Finanzminister nicht der Fall.

Ich werde Ihnen hier eine Stellungnahme des oberösterreichischen Landeshauptmannes vorlesen, die er damals an den ÖVP-Finanzminister geschickt hat: „Kurz nach dem Abschluß des Finanzausgleiches ... wurde die Einkommen(Lohn)steuerreform durchgeführt, die einen schätzungsweisen Steuerausfall von 3 Milliarden Schilling bewirken wird, wovon auf den Bund etwa 1,3 Milliarden Schilling, auf die Länder und Gemeinden zusammen 1,2 Milliarden Schilling ... entfallen."

Meine Damen und Herren! Das, glaube ich, müssen wir Ihnen sagen.

Nun zum Finanzausgleich. Der neue Finanzausgleich war der erste, der von einem sozialistischen Finanzminister in Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, dem Gemeindebund und dem Städtebund zuerst paktiert und dann vom Parlament beschlossen wurde.

Dieser Finanzausgleich bringt Mehreinnahmen für die Gemeinden. Der Herr Finanzminister hat schon lang vor dem Tag, an dem der Finanzausgleich beschlossen worden ist, hier im Hohen Haus und bei anderen Gelegenheiten gesagt, er sei der Meinung, daß der Finanzausgleich für die Gemeinden etwas bringen müsse. Daß er etwas gebracht hat, unterstreichen die „Salzburger Nachrichten" mit der Überschrift: „Lechner mit Finanzausgleich zufrieden". Dort heißt es weiter:

„In seiner Radioansprache führte Lechner zum Abschluß des Finanzausgleiches aus, daß die Länder bezüglich der gemeinsam erhobenen Steuern und sonstigen Finanzmittel nicht, wie ursprünglich vorgesehen, eine Verschlechterung, sondern eine — wenn auch bescheidene — Erhöhung ihrer diesbezüglichen Finanzeinnahmen erfahren werden. Das gleiche gelte in größerem Ausmaß sowohl für die Städte als auch für die sonstigen Gemeinden."

Der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, auch ein ÖVP-Mann, Herr Abgeordneter Dr. Ostermann, sagt in einer Publikation des Tiroler Gemeindeverbandes folgendes:

„Der nächste Finanzausgleich wird für die Gemeinden besser sein als der jetzige. Das läßt sich heute schon mit Sicherheit sagen."

Ich könnte Ihnen noch viele andere Stellungnahmen vorlesen, so auch eine des Herrn Generalsekretärs des Österreichischen Gemeindebundes, des Herrn Dr. Hammer. Er ist sicher nicht verdächtig, ein Sozialist zu sein. Auch er bringt immer wieder zum Ausdruck, daß dieser Finanzausgleich gut ist.

Da Sie immer wieder davon sprechen, daß der Finanzminister immer neue Steuern einführt — auch heute ist das immer wieder gesagt worden —, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, sagen: Wenn wir alle Aufgaben der Zukunft lösen wollen, wenn wir wollen, daß die großen Gemeinschaftsaufgaben gelöst werden, daß man für die Gesundheit unseres Volkes, die Zukunft unseres Bildungswesens Sorge trägt, daß man sich um den alternden Menschen kümmert und die Erneuerung unserer Städte und Dörfer realisiert, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß der Staatsbürger, egal ob Arbeiter, Angestellter, Bauer oder Gewerbetreibender, dazu bereit sein muß, einen immer größeren Teil dessen, was er verdient, dem Staat für die Realisierung dieser großen Gemeinschaftsaufgaben in Form von Steuern und Abgaben zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte das Hohe Haus nicht länger aufhalten, sondern will nur sagen, daß es das Ziel der Politik der Regierung sein muß, dafür zu sorgen, daß die kommunalen Gemeinschaften leistungsfähig sind, ihren Aufgaben gerecht werden und die Möglichkeiten der Selbstverwaltung ausschöpfen können. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, die Autonomie, die wir bekommen haben, auch finanziell zu sichern.

Diese Grundsätze, meine Damen und Herren, werden vom jetzigen Finanzminister hochgehalten. Daher kann ich als Gemeindepolitiker dem Budget 1975 mit Freuden zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst:** Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Kern. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kern** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit einiger Zeit hat die SPÖ neue Plakate affichiert, auf denen man lesen kann: „1975 — SPÖ — sicher in eine gute Zukunft."

Soweit das als Neujahrswunsch zu verstehen ist, möchte ich sagen, daß wir damit voll einverstanden sind und daß wir natürlich ebenfalls diesen Wunsch unterschreiben. Wenn sich die SPÖ jedoch damit als Garant für eine gute und sichere Zukunft neuerlich offerieren wollte *(Abg. Dr. Tull: Selbstverständlich!)*, wäre doch einiges zu sagen.

Meine Damen und Herren! Ich darf gleich eingangs, weil ja immer wieder gesagt wird, daß die SPÖ im Jahre 1970 ein so schweres

Kern

Erbe übernommen hätte, den Sozialbericht, den Sozialminister Häuser im Jahre 1970 erstmals als sozialistischer Minister herausgegeben hat, soweit dort die Wirtschaftssituation geschildert wird, zitieren. Hier steht:

„Nach dem guten Ergebnis des Jahres 1969 hat sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Berichtsjahr noch beschleunigt." — Das war das schlechte Erbe! — „1970 erreichte das Brutto-Nationalprodukt nach vorläufigen Berechnungen einen Gesamtwert von 372,2 Milliarden Schilling; das entspricht einem Zuwachs von 12,0 Prozent zu laufenden Preisen und von 7,1 Prozent zu konstanten Preisen."

Realer Zuwachs 1970: 7,1! Das war das „schlechte Erbe", das Sie von der ÖVP übernommen haben! 3,5 Prozent Inflationsrate im Schnitt der ÖVP-Jahre, Vollbeschäftigung, gesicherte Arbeitsplätze!

Nun wollen Sie, wie Sie auf dem erwähnten Plakat meinen, die Zukunft sichern. Wie schaut es jetzt aus? — Wir haben die höchste Inflationsrate! Wir haben die höchsten Budgetdefizite! Die Staatskassen sind leer! Darüber ist heute schon sehr ausführlich gesprochen worden.

Nur mit Mühe ist es der ÖVP gelungen, eine der wichtigsten Grundlagen unseres Staates, die Ernährungssicherung in unserem Lande, zu erhalten. Doch monatelang wurde aus machtpolitischen Überlegungen versucht, die Marktordnung umzubringen. Das darf ich hier klar festhalten.

Wenn man aber diese Aussage auf den Plakaten, nämlich Garantie einer gesicherten Zukunft durch die SPÖ, an den Versprechungen beziehungsweise Ankündigungen der SPÖ und ihres Parteichefs, Bundeskanzler Doktor Kreisky, die er vor 1970 und auch nachher laufend gemacht hat, mißt, dann muß man, meine Damen und Herren, festhalten: Es ist geradezu grotesk, wenn die SPÖ nach dem Debakel, das sie bei der Nichterfüllung all dieser Versprechungen gezeigt hat, heute von sich behauptet, die Zukunft zu sichern.

Gleich einige Beispiele: Wegen des Zeitdruckes kann man ja nicht alles von dem — hier sind *(der Redner zeigt einen Zeitungsausschnitt)* 18 Aussagen des Herrn Bundeskanzlers festgehalten —, was er seinerzeit laufend an Prognosen und Versprechungen gemacht hat, zitieren:

„Mehr als 3 Prozent Teuerung sind einfach nicht tragbar." — So hieß es vor der Wahl 1970. Wir halten jetzt bei 10 beziehungsweise 9,6 Prozent und freuen uns wahnsinnig, daß diese Inflationsrate ein bisserl abgesenkt werden konnte.

„Wir wollen das Steuerunrecht tilgen." — Ich werde noch darauf hinweisen, inwieweit das geschehen ist.

„Defizite mit 8 oder 9 Milliarden sind doch ein Wahnsinn." — Das hat der Herr Bundeskanzler im Jahre 1967 von diesem Pult aus verkündet. Wir halten jetzt bei 20 und darüber!

Ferner: „Wir werden die Armut liquidieren."

Aber auf folgendes möchte ich besonders hinweisen: „In Wahrheit kostet die UNO-City dem Steuerzahler überhaupt nichts." — Das war eine der Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, die er im Sommer des vergangenen Jahres in seinem Urlaubsort in Kärnten gemacht hat.

Ich darf Ihnen nur einige Zeilen eines Leserbriefes, der sich mit dieser Aussage beschäftigt, zur Kenntnis bringen:

„Kreisky hat eine neue Zauberformel entdeckt. In einem Pressegespräch verkündete der Bundeskanzler in seinem Urlaubsort Pörtschach zum Thema UNO-City, daß dieses Projekt in Wahrheit den Steuerzahler überhaupt nichts koste."

Jedoch vor einiger Zeit hat der Herr Finanzminister gesagt: Immerhin kostet es 12,5 Milliarden! — Wir wissen, daß es mehr kostet. Aber er hat zunächst zugegeben: Es kostet 12,5 Milliarden. Der Bundeskanzler vor einem Jahr: Es kostet überhaupt nichts!

Der Leserbriefschreiber sagt in seiner Begründung:

„Hier wären einige Klarstellungen notwendig: Einerseits kostet das Projekt den Steuerzahlern nichts, andererseits werden höhere Steuerleistungen erwartet. Wer sind nun die Steuerzahler, und wer ist die Wirtschaft, und wer zahlt die Mehrkosten nun wirklich? Wenn die Finanzierung so großer Projekte so einfach ist, dann muß man sich fragen, warum die österreichische Regierung nicht auch auf diese Weise den Gesundheitsplan finanziert und, ohne daß es dem Steuerzahler etwas kostet, Spitäler bauen läßt."

So einfach kann man es wirklich nicht machen, Versprechungen in der Form hinauszugeben und damit seine Regierungspolitik sozusagen zu tätigen. Das ist denn doch etwas zu einfach.

„Je stärker die SPÖ, desto niedriger der Benzinpreis", hieß es unter anderem. Und zum Schluß: Die SPÖ hält alles, was sie verspricht.

Meine Damen und Herren! Das sind die Ankündigungen von damals, die laufend gemacht worden sind und die, wie gesagt, völlig

Kern

unvollständig hier von mir zitiert wurden. Man könnte ja stundenlang allein über dieses Thema reden.

Aber nun zu einem anderen Thema, Herr Bundesminister, und zwar zum Schuldenmachen. Ich möchte doch vielleicht grundsätzlich folgendes klarstellen: Wenn die Steuereingänge zurückbleiben — das war im letzten Jahr aber nicht der Fall —, wenn die Wirtschaft angekurbelt werden muß, wenn also, damit ein gutes Wirtschaftswachstum erreicht werden kann, Gas gegeben werden muß — und das war von 1966 bis 1969 notwendig; ich habe bereits darauf hingewiesen, wie das im Jahr 1970 war —, dann ist es richtig und notwendig, daß man vorübergehend auch Gelder aufnimmt, um das zu finanzieren. In der Zeit der Hochkonjunktur bei enormen Steuerzuwächsen auch noch Geld aufzunehmen, Herr Bundesminister, muß die Inflation anheizen. Das hat Ihnen vor einigen Jahren ja Karl Ausch schon sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben.

Nun zu den Steuerzuwächsen, damit hier nicht auch gesagt wird: So schlimm war ja das gar nicht. Ich darf Ihnen hier nur an zwei Steuern vor Augen führen, wie sich das entwickelt hat.

Von 1965 bis 1969, also in fünf Jahren, hat sich die Lohnsteuer von 6,93 Milliarden auf 11,29 Milliarden, das sind insgesamt 4360 Millionen, im Durchschnitt der Jahre also um 870 Millionen je Jahr, vermehrt. In den fünf Jahren von 1970 bis 1974 hat sich die Lohnsteuer von 13.700 Millionen im Jahre 1970 auf 26.000 Millionen im Jahre 1974 hinaufentwickelt, das sind insgesamt 12.300 Millionen; im Schnitt oder pro Jahr im Durchschnitt 2460 Millionen. Das bedeutet um fast 300 Prozent pro Jahr mehr Steuerzuwachs als in der Zeit der ÖVP! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zweites Beispiel, meine Damen und Herren, Umsatzsteuer 1965/69: von 16.530 auf 23.260 Millionen. Das heißt also: ein Zuwachs von insgesamt 6730 Millionen. 1970/74 — und die Steuern kommen jetzt ja, wie wir hören, nicht ganz herein; ich möchte auf das Thema jetzt nicht eingehen, es ist heute schon darüber gesprochen worden; Annahme auf alle Fälle auf Grund der Entwicklung in den letzten Jahren — von 25,95 auf 53 Milliarden. Das heißt: Zuwachs 27.000 Millionen. Anders ausgedrückt: fast 400 Prozent!

Herr Bundesminister für Finanzen! Für nächstes Jahr haben Sie einen Umsatzsteuerzuwachs bis auf 61.700 Millionen hier präliminiert. So ist das. In dieser Zeit der Steuerzuwächse, Herr Bundesminister, hat sich die Verschuldung des Bundes verdoppelt.

Ich darf Ihnen eines sagen: Wenn das ein Privater machen würde, dann könnte er sich schon genau ausrechnen, wann der Betrieb nicht mehr ihm gehört. Beim Bund und beim Staat ist das anders. Da macht man eben Inflation, und das geht natürlich zu Lasten der gesamten Bevölkerung. So ist die Situation. In einer Zeit von so großen Mehrsteuereinnahmen noch Schulden zu machen — das ist es, was die Bevölkerung absolut nicht verstehen kann und nicht verstehen wird. *(Ruf bei der ÖVP: Aber genauso wie der Private abtreten muß, muß auch die Regierung abtreten!)*

Nur ganz kurz, Herr Bundesminister: Sie waren im allgemeinen sehr großzügig. Ich möchte auf diese Thematik nicht eingehen; ich könnte Ihnen sofort jetzt etwas sagen, was vor einigen Tagen bei der Debatte über den Haushalt des Landes Vorarlberg ein Abgeordneter dort deponiert hat bezüglich des kostenlosen Schulbuches. Ich möchte darauf verzichten. Ich möchte lediglich jetzt nur einiges noch zur Agrarpolitik deponieren, und zwar deswegen, Herr Bundesminister, weil Sie auf folgendes hingewiesen haben:

„Es ist das Ziel der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung, den wirtschaftlichen und sozialen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen. Das kann nur im Rahmen eines schwierigen Anpassungs- und Umstellungsprozesses erfolgen, den die Bundesregierung mit der Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel unterstützt und fördert."

Herr Bundesminister! Ich stelle folgendes fest: Wie hat sich das entwickelt? Beim Bundesbudget, das sich im allgemeinen in den letzten Jahren sehr aufgebläht hat, ist unser Anteil von 5 Prozent im Jahre 1970 auf 3,2 Prozent zurückgegangen. Die tatsächlichen Förderungsmittel sind im Verhältnis zur Inflation fast gleichgeblieben. Sie sind auf alle Fälle absolut nicht dieser Entwicklung entsprechend.

Auf der anderen Seite hat man Geld für einen neuen Staatssekretär, hat Geld für andere Dinge, die mit der Agrarpolitik nur ganz am Rande etwas zu tun haben. Der Wert des Agrarschillings ist in der Zeit der SPÖ-Regierung wesentlich geringer geworden. Darauf kommt es ja an, meine Damen und Herren! Was haben wir davon, wenn der Weizenpreis um 13 Prozent erhöht wird, der Roggenpreis um 7 Prozent erhöht wird, der Milchpreis um meinetwegen 25 Prozent erhöht wird, und auf der anderen Seite, Herr Bundesminister, das Dieselöl um 112 Prozent in dieser Zeit erhöht wird, der Handelsdünger bis zu 150 und 200 Prozent im Preis steigt und alle anderen Preise auch?

Kern

Wir haben zum Beispiel im Jahre 1970 für 1 kg Weizen noch einen Liter Dieselöl bekommen. Jetzt brauchen wir 2 Kilogramm Weizen, um einen Liter Dieselöl zu kaufen. Wir bezahlen jetzt — und ich muß es dem Finanzminister heute noch einmal sagen, weil er seinerzeit nicht da war —, im heurigen Jahr und im nächsten Jahr fast 1000 Millionen mehr für den Treibstoff in der Landwirtschaft; das ist die halbe Weizenernte, die die niederösterreichische Landwirtschaft in einem Jahr im Durchschnitt erzeugt.

Weil es heißt, für den Ölpreis können wir doch nichts, das ist ja von außen gekommen: Herr Bundesminister! Mitte 1973 war der Dieselölpreis in Österreich gegenüber 1970 schon um 44 Prozent höher, Mitte 1973, lange bevor von den Ölscheichs die Rede war, lange bevor wir hier das auch zur Kenntnis nehmen mußten!

Es hat heute der Abgeordnete Marsch in seiner Rede darauf hingewiesen, daß die Mehrwertsteuer von Dieselöl und Handelsdünger Ihnen allein 750 Millionen bringt. Tatsache ist, daß die Umsatzsteuer, jetzt Mehrwertsteuer, beim Dieselöl von 9 Groschen im Jahre 1970 auf 73 Groschen gestiegen ist. Oder in Summe ausgedrückt: Damals hat der Finanzminister 36 Millionen eingenommen und jetzt nimmt er von der Mehrwertsteuer allein 300 Millionen ein.

Das sind die Fakten, das sind die Ursachen, weswegen auch die Preise so enorm gestiegen sind. Hier hätten Sie beweisen können, daß Sie Wirtschaftspolitik verstehen. Wenn man nämlich die Preise für die Betriebsmittel nicht so stark erhöht, dann kann man auch bei anderen Forderungen diesen Dingen Rechnung tragen.

Ich komme zum Schluß. Ich muß es mir leider Gottes ersparen, noch einiges zu dieser Problematik zu sagen und möchte abschließend folgendes festhalten: Mit den Superleistungen im Negativen, Herr Bundesminister, mit der höchsten Inflationsrate von 9½ und 10 Prozent, mit der höchsten Verschuldung bei höchstem Steuerzuwachs, mit der höchsten Verunsicherung der Wirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft wird die SPÖ weder für 1975 noch weniger für die nächsten Jahre dem österreichischen Volk eine gute, gesicherte Zukunft bereiten können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die SPÖ hat ein gutes wirtschaftliches Erbe zunehmend vertan und verwirtschaftet. Es wird allerhöchste Zeit, daß die ÖVP, die nach 1945, vor allem von 1966 bis 1970, durch ihre Fähigkeit und Tätigkeit bewiesen hat, diese Dinge zu meistern, wieder zum Zuge kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierung Kreisky ist mit dem Schlachtruf nach mehr Transparenz angetreten. Nirgendwo hat die Regierung mehr Vernebelungstaktik betrieben als auf dem Gebiet der Finanzen.

Ein trauriges Kapitel der Verschleierung, der Halbwahrheiten, der Unwahrheiten ist das Kapitel Familienlastenausgleich.

Herr Finanzminister! Man kann es drehen und wenden, wie man will, es bleibt die Tatsache bestehen, daß die sozialistische Regierung in diesen fünf Jahren der Familie mit Kindern 5863 Millionen Schilling vorenthalten hat. Im Wahlkampf 1970 hat die SPÖ behauptet, die ÖVP habe der Familie durch den Beihilfenentzug etwas gestohlen.

Herr Minister! In den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung gab es 896 Millionen Schilling Zuwachs im Reservefonds. Die SPÖ-Regierung hat jetzt 5863 Millionen Zuwachs, also das Sechseinhalbfache. 5,8 Milliarden Schilling wurden den Familien vorenthalten, nach den Worten der SPÖ, den Familien gestohlen.

Es ist sehr merkwürdig, daß die Frau Abgeordnete Metzker vorige Woche hier gesagt hat: Jetzt kommt die ÖVP mit der Akribie eines Buchhalters daher. Seinerzeit haben Sie uns das Geld weggenommen, diese 3,4 Milliarden Schilling, damit wir es jetzt an die Familien ausbezahlen können.

Man muß doch einmal feststellen, daß in diesen 3,4 Milliarden Schilling auch die 800 Millionen enthalten sind, die Herr Finanzminister Androsch im ersten Jahr seiner Regierungszeit den Familien vorenthalten hat. Die wurden also der Einfachheit halber gleich mitgezählt. Damit hat der Finanzminister im ersten Jahr der Regierung Kreisky soviel an Überschüssen zusammengebracht wie die ÖVP in vier Jahren.

Die Vertreterin der Sozialistischen Partei im Familienpolitischen Beirat und die Sprecherin der SPÖ in familienpolitischen Angelegenheiten sollte doch eigentlich wissen, daß 1970 bereits die SPÖ regiert hat. 1969 waren nämlich im Reservefonds 2,6 Milliarden Schilling. Das war die Ansammlung von 18 Jahren.

Die Haltung der Sozialistischen Partei und die des Finanzministers in bezug auf die Ausbezahlung der gerechtfertigten Familienbeihilfen ist nach meiner Auffassung einfach penetrant.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Es erhebt sich die Frage, was gerechtfertigt ist. Die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds, welche an die Familien gehen — laut den Sozialisten —, den Kindern wieder zur Verfügung zu stellen, halte ich für gerechtfertigt. Das ist nicht geschehen! 1970 waren es 799 Millionen Schilling, die den Familien vorenthalten wurden. 1971 laut Voranschlag 1000 Millionen Schilling, laut Rechnungsabschluß 1001 Millionen Schilling, 1972 1006 Millionen Schilling, 1973 1409 Millionen Schilling. Hiebei, Herr Minister, haben Sie sich der Einfachheit halber immer um ungefähr 1 Milliarde verrechnet. 1974 haben Sie das erste Mal selber zugegeben, daß der Überschuß 1,5 Milliarden Schilling beträgt.

Aber in seiner Budgetrede hat der Herr Finanzminister gesagt:

„Wir werden die Politik der größtmöglichen Lastenabgeltung auch im Jahr 1975 fortsetzen. Das Geld, das über den Familienlastenausgleich für diese Maßnahmen zur Verfügung steht, soll ausschließlich den Familien zugute kommen und nicht wie vor 1970 zur Defizitfinanzierung eingesetzt werden."

Das letzte Wort ist einfach nicht wahr, es werden 1975 zwar die Mittel zur Verfügung gestellt, aber in den Jahren von 1970 bis 1974 ist das nicht geschehen. Größtmögliche Lastenabgeltung laut Finanzminister heißt, daß den Familien 5800 Millionen vorenthalten wurden, mehr als zweimal so viel, als sich zwanzig Jahre vorher im Reservefonds angesammelt haben.

Herr Finanzminister! Wie ist Ihr Verhalten zu erklären? Ich frage mich sehr oft und suche Gründe für dieses Verhalten. Ist es dadurch zu erklären, daß Sie einmal festgestellt haben: Wenn die Familienbeihilfen erhöht werden, kaufen die Eltern doch nur Sprechpuppen!?

Herr Minister! Die Familie ist ein Opfer der Inflation. Sie kauft keine Sprechpuppen. Sie muß sparen, damit die Nahrung, die Kleidung und die Ausbildung der Kinder geleistet werden kann. Wir wissen schon, daß die Familie, insbesondere die größere Familie, ein Stiefkind der SPÖ-Regierung ist. Richten Sie sich doch nach der Aussage der „Arbeiter-Zeitung", in der 1954 geschrieben stand, daß es eben eine falsche Familienpolitik ist, die nur eine möglichst große Anzahl von Kindern prämiiert, in Wahrheit die gewissenlosesten Eltern bevorzugt, die wertlosesten Familien begünstigt, die im Rausch gezeugten Elendskinder vermehrt und die öffentliche Fürsorge belastet. Ich weiß nicht, wie viele Damen und Herren des Hohen Hauses aus großen Familien kommen. Ich komme aus einer großen Familie, aber meine Familie war nicht asozial, wie das von kinderreichen Familien behauptet wird.

Die Arbeiterkammer von Salzburg, auch eine Einrichtung, die Ihnen nahesteht, stellt in einer Untersuchung über die Armut fest, daß die Mehrkinderfamilie zu den Armen gehört. Die Regierung Kreisky ist ja einmal zum „Kampf gegen die Armut" angetreten. Aber es ist von diesem Wollen zumindest im Bereich der Familie nichts übrig geblieben. Denn wir wissen, daß die Familie einen Verdiener hat, daß die Mutter daheim die Familie versorgen muß. Aber das ist ja für die Sozialisten nicht zeitgemäß.

Denn in der gleichen Zeitung heißt es: Im Gegenteil, die Frauen sollen, nachdem sie ihr Kind geboren haben, wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Versorgung der Familie durch die Frau ist ja nach Ihrer Auffassung eine Entwürdigung für die Frau. Die Wissenschaft sagt es heute zwar ganz anders. Das Kind braucht Geborgenheit, braucht Nestwärme zu seiner Entfaltung, zur Entwicklung seiner Persönlichkeit, für ein glückliches Leben, für eine bessere Lebensqualität.

Wir hören immer wieder von den Sozialisten: Ja, das stimmt, wir haben deshalb das Karenzurlaubsgeld verbessert. Das ist richtig! Es gibt 2000 S für die verheiratete Mutter. Aber der Familienlastenausgleichsfonds zahlt im Monat 500 S, also 6000 S im Jahr für diese Mutter dazu. Warum, Herr Finanzminister, erhalten nicht alle Mütter diese 6000 S aus dem Fonds? Warum nur solche, welche die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen können?

Laut Sozialbericht 1973, der uns gestern zugegangen ist, haben in diesem Jahr 27.700 Mütter das Karenzurlaubsgeld bezogen. Wir haben aber rund 100.000 Geburten. Wo sind denn die anderen 70 Prozent der Mütter geblieben? Brauchen diese kein Karenzgeld? Brauchen diese keine Hilfe? Sagen wir die Studentin, die ein Kind bekommt, die Junglehrerin, die noch nicht so lange beschäftigt ist, die junge Arbeiterin und Angestellte oder auch die Bergbäuerin? Die bekommen nichts! Der Antrag der ÖVP, diese 6000 S wenigstens allen zu geben, wurde von der Regierung abgelehnt. Aber die gleiche Regierung hat einen Überschuß von 5800 Millionen im Fonds gemacht.

Herr Finanzminister! Ich glaube, Sie hätten die Familien nicht so behandeln können, wenn es in der SPÖ noch eine Abgeordnete Rosa Weber oder eine Abgeordnete Wondrack gäbe. Diese Damen sind nämlich gemeinsam mit uns für eine Familienpolitik eingetreten.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Als 1967 der Familienlastenausgleich neu geregelt wurde, hat die Sozialistische Partei die Neuschaffung einer Kleinkindzulage gefordert. Es wurde namentlich abgestimmt. Wo ist diese Kleinkindzulage geblieben? — Aber 1968 gab es im Familienlastenausgleichsfonds keinen Überschuß; im Gegenteil, hier hat der Herr Finanzminister noch 24 Millionen dazuzahlen müssen. Jetzt aber gibt es einen Überschuß von 1,5 Milliarden Schilling. 1974 wurden die ÖVP-Anträge trotz vorhandener Mittel abgelehnt. Damals hat man uns den Vorwurf der Familienfeindlichkeit gemacht, obwohl kein Geld vorhanden war.

Nun heißt es immer, die ÖVP wolle die Inflation anheizen. Herr Minister! 15 Milliarden Schilling Defizit oder, wenn Sie wollen, 22 Milliarden Schilling Defizit — die heizen die Inflation nicht an? Das ist ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung. Aber die 1,5 Milliarden Schilling heizen natürlich die Inflation an.

Die SPÖ wirft der ÖVP vor, daß sie nur fordert und auf den Staatshaushalt keine Rücksicht nimmt. Ich glaube, das ist lächerlich, weil die Familie sparsam mit dem Geld umgehen muß, weil die Familie keine solche Verschwendungspolitik betreiben kann wie die Regierung, zum Beispiel mit dem Schulbuch, wo zuerst 400 Millionen Schilling eingesetzt wurden und dann für heuer 850 Millionen Schilling im Budget stehen.

Der Herr Unterrichtsminister sagt, er will 100 Millionen Schilling einsparen, und dann stehen 1100 Millionen Schilling im Budget 1975.

Die SPÖ sagt, der Finanzminister hat richtig gehandelt, wenn er die Überschüsse dem Reservefonds zuweist. Ja, Herr Finanzminister, gesetzlich richtig. Sie können ja nichts anderes tun, als diese Überschüsse dem Reservefonds zuweisen, weil dieses Gesetz noch aus der ÖVP-Zeit stammt. Es ist aber sicher falsch, wenn in 5 Jahren 5,8 Milliarden Schilling Überschuß produziert werden, weil die Beihilfen zu gering sind.

Nun stellt die sozialistische Sprecherin fest: Wir haben noch nicht das halbe Volumen eines Jahres im Familienlastenausgleich als Reservefonds enthalten.

Ich muß hier fragen: Was soll denn das heißen? Wollen Sie die Gelder des Reservefonds, die bis 1970 angesammelt wurden, nicht als solche anerkennen? Beginnt mit Kreisky eine neue Zeitrechnung? Wollen Sie die Forderungen der Familien von 3,4 Milliarden Schilling, welche sich bis 1970 angesammelt haben, nicht mehr anerkennen?

Die Abgeordnete Wondrack sagte 1967 zu diesem Fonds, den Sie heute so mit der linken Hand wegwischen, vergessen wollen: „Unserer Meinung nach ist es nicht notwendig, die Reserven ein halbes Jahr anzusammeln, sondern es würde eine Reserve von einem Vierteljahr sicherlich genügen."

Heute wird die Feststellung des Rechnungshofes nicht anerkannt, in Frage gestellt. Denn erstmals stellt der Rechnungshof im Bundesrechnungsabschluß 1973 fest: „Die Mittel des Reservefonds lagen demnach um 1622 Millionen über der im Gesetz geforderten Beitragsgrenze." Wenn ein Viertel der Ausgaben im Reservefonds genügen würde, so wie es die Sozialistische Partei gefordert hat, dann hätten wir heute 4170 Millionen mehr, als dieses Viertel ausmachen würde, das Geld, das den Familien vorenthalten wurde.

Der Reservefonds umfaßt Ende 1973 6,9 Milliarden Schilling, heuer kommen noch 1,4 Milliarden dazu, sodaß rund 8,4 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Zu Beginn der Zeit der sozialistischen Regierung waren es nur 2,6 Milliarden; der Zuwachs beträgt also 325 Prozent. Das alles trotz Wegwerfschulbuch, trotz Erhöhungen der Familienbeihilfen — das ist auch geschehen —, trotz Leistungen des Karenzurlaubsgeldes, das zu einem Viertel aus dem Familienlastenausgleich genommen wird, trotz Mutter-Kind-Untersuchungen, trotz Schulfahrtbeihilfe und Schulfahrtzuschuß.

Kürzlich konnten wir hören, daß im Finanzministerium ein Anschlag auf die extrem wohnenden Kinder geplant ist, weil hier die Kosten für die Schulfahrt nicht mehr übernommen werden können oder man sie nicht mehr übernehmen will; wohl in den Zentren, aber nicht für diese Kinder, für die sie eigentlich gedacht waren und sind.

Es ist also eine Tatsache, Herr Minister, daß 800 Millionen Schilling nach Ihren Worten zur Budgetsanierung von Ihnen herangezogen wurden; denn Sie sagen immer: zur Budgetsanierung.

1971 und 1974 ist also der Überschuß in baren Schillingen auf der Postsparkasse vorhanden, und der Finanzminister erklärt das als Ursache des hohen, nicht wirklichen Defizits im Budgethaushalt.

In Wirklichkeit ist der Familienlastenausgleich von der sozialistischen Regierung zur Finanzierung einer bankrotten Regierung mißbraucht worden. Sie legt das Geld ein, es wird dort mit 5 Prozent verzinst, und dann holt man es wieder als Kredit zurück. Ich weiß nicht, ob es Aufgabe des Familienlastenausgleichsfonds ist, die Bank für die Regierung

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

zu spielen. Für die Familie ist letztlich ausschlaggebend, Herr Minister, daß sie die für sie bereitgestellten Mittel nicht erhält.

Heute hat der sozialistische Finanzminister eine neue Form gefunden, den Familien das Geld vorzuenthalten. Früher hat einmal eine sozialistische Sprecherin — es war wieder die Wondrack *(Abg. Skritek: Die Frau Wondrack, bitte!)* — gesagt, daß die Frau Abgeordnete Flossmann dem Finanzminister auf die Finger geschaut hat und draufgekommen ist, daß es eigentlich hier und da einmal Überschüsse gibt und daß man diese Überschüsse doch den Familien zur Verfügung stellen muß.

Dieses gemeinsame Bemühen der damaligen Parteien im Parlament hat bewirkt, daß zwischen 1962 und 1965 der Fonds 719 Millionen Schilling Abgang zu verzeichnen hatte. Es wurden also vom ÖVP-Finanzminister 719 Millionen Schilling mehr zur Verfügung gestellt, als der Fonds eingenommen hat.

Bei Ihnen ist das jetzt anders, Herr Bundesminister. Die Familien werden zweimal betrogen. Einmal, weil diese Überschüsse nicht ausbezahlt werden, und zum anderen, weil jetzt eine Entnahme von Naturalleistungen aus dem Fonds auch für die Kinder erfolgt, für die die Selbstträger zu sorgen haben, also Bund, Länder und große Gemeinden. Das sind immerhin 245.000 Kinder, die sie aus den Budgets dieser Gebietskörperschaften versorgen müssen. Aber das gilt eben nicht für die Naturalleistungen. Mit der Einführung dieser Naturalleistungen ist die Selbstträgerschaft sehr problematisch geworden. Ich glaube, sie muß einmal abgeschafft werden, ansonsten wird das das beste Geschäft des Finanzministers. Er spart auf Kosten der Familien ungefähr eine halbe Milliarde Schilling in den öffentlichen Budgets, und die Sozialistische Partei macht dann noch sehr große Propaganda mit diesen Naturalleistungen, die sich die Familien selber zu zahlen haben.

Daher erhebe ich hier wieder einmal die Forderung, die Selbstträger abzuschaffen. Wenn alles demokratisiert wird, warum denn dann nicht auch der Familienlastenausgleichsfonds? Die „familienfreundliche Regierung" — aber bitte unter Anführungszeichen — hat den Familien, den Kindern 5,8 Milliarden Schilling entzogen — nach den Worten der Sozialistischen Partei —, also 5,8 Milliarden Schilling gestohlen. Das ist eine Tatsache, belegt durch die Bundesrechnungsabschlüsse, kontrolliert durch den Rechnungshof. Die Familien wurden zum Inflationsopfer der Regierung, weil die SPÖ kein echtes Verständnis für die Belange der Familie hat, weil sie die Arbeit der Mutter nicht als echte Leistung anerkennt.

Die SPÖ mißachtet in ihrer Politik die neuen Erkenntnisse der Soziologen und Psychologen, welche den Wert der Familie für jeden einzelnen Menschen wieder entdeckt haben. Es bleibt die Tatsache, daß die Sozialisten der Familie 5,8 Milliarden Schilling ungerechtfertigt vorenthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine solche Politik werden und wollen wir nicht unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP).*

Präsident **Probst:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Marsch hat heute hier erklärt, es gehe uns allen auf Grund der Politik dieser Bundesregierung spürbar besser. Wir dürfen hier antworten: Spürbar sind, vor allem für die bäuerliche Bevölkerung, nur die Preissteigerungen. Das ist das, was angeblich das bessere ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bei einer Budgetsteigerung von 15 Prozent kann man nur fragen: Wie hoch wird die Inflationsrate im kommenden Jahr sein? Ich habe diese Frage bereits im Finanz- und Budgetausschuß an den Herrn Finanzminister gerichtet, nur ist er mir eine klare Antwort darauf schuldig geblieben. Feststeht, daß der Ausgabenrahmen für das kommende Jahr weit höher gesteckt ist, als dies durch das Bruttonationalprodukt gerechtfertigt wäre. Das ist die Politik dieser Bundesregierung.

Eine Antwort zur Erklärung des Abgeordneten Stögner. Er hat erklärt, daß es für den Güterwegebau ohnedies viel mehr Mittel gebe. Ich habe schon in einem Zwischenruf bemerkt: Das wesentliche ist, daß die Kosten um viel mehr gestiegen sind und daher weniger Baulichkeiten als notwendig erzielt werden können. Ich glaube, man muß auch das klar hier feststellen.

Nun zu meinem eigentlichen Debattenbeitrag. Wir haben hier vor einer Woche über meinen Antrag betreffend die Bewertung der Freigrenze für die Alkoholabgabe verhandelt. Die Mehrheit des Hauses, die Fraktion der Regierungspartei, hat diesen Antrag abgelehnt. Wir wollten nichts anderes als lediglich feststellen, daß wir eine Angleichung an die frühere Zeit wollen. Bei der Steuereinhebung weiß diese Bundesregierung, wo der Weinbau zu Hause ist. Sie weiß es aber dann nicht, wenn es um die Gerechtigkeit geht, um jenen Ausgleich, der vor mehreren Jahren bestanden hat. Das soll sie uns wieder geben. Dafür hat diese Bundesregierung kein Verständnis.

Hietl

Alkoholabgabe, Mehrwertsteuer, Getränkesteuer: ergibt eine Summe von 39,2 Prozent. Das ist die höchste Besteuerung, die es in Europa überhaupt gibt. Die österreichische Bundesregierung kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie es ist, die diese hohe Steuerbelastung einem Berufszweig auferlegt, der ohnedies durch die Preissteigerungen bei seinen Bedarfsartikeln schwer zu ringen hat.

Wenn hier der Herr Finanzminister während der Budgetberatungen erklärt hat, daß eine zweieinhalbfache Verteuerung des Weinpreises gegeben sei, dann darf ich etwas zitieren, was heute in einem Artikel der sozialistischen „Arbeiter-Zeitung" steht.

Hier heißt es: „Seit 1971 sind die durchschnittlichen Literpreise leicht gestiegen." Also nicht einmal das eigene Zeitungsorgan sagt das aus, was der Herr Finanzminister behauptet.

Ich darf hier bezüglich der Mehrwertsteuer feststellen — Kollege Berl hat schon darauf hingewiesen —, daß hier eine vollkommene Ungerechtigkeit besteht, daß wir bei einem Produkt fünf verschiedene Sätze haben. Trauben 6 oder 8 Prozent, je nachdem ob pauschalierter oder buchführender Betrieb. Bei Most und Sturm einheitlich 16 Prozent. Bei Wein wiederum Grenzen von 8 bis 16 Prozent.

Ich darf hier festhalten, daß wir nach wie vor auf unserer Forderung bestehen, hier einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 8 Prozent zu haben, weil wir glauben, daß Wein letzten Endes ein landwirtschaftliches Produkt ist, denn man kann doch den Weinbau aus der Landwirtschaft nicht ausklammern. Das wäre das gleiche Recht, das alle anderen Berufssparten in diesem Berufszweig letzten Endes haben.

Ich darf Ihnen hier zwei kurze Berechnungen geben, damit Sie sehen, wie es sich tatsächlich mit dem Verkaufspreis und dem Realeinkommen des einzelnen Betriebsführers beziehungsweise des einzelnen Betriebes verhält.

Zum Vergleich der Direktverkaufspreis — und gerade jetzt, zu dieser Jahreszeit, wird ja das immer mehr und mehr geübt, weil jeder einzelne das Glas Wein auf seinem Tische stehen haben will, wir sind ja dankbar dafür —: Wenn der einzelne Konsument beim Direktverkauf für eine Flasche 25 S als Endpreis bezahlt, verbleiben dem Produzenten pro Kilo Trauben lediglich 5,81 S. Allein die Steuerlast beträgt 8,20 S, die der Konsument mit zu bezahlen hat. Daraus, glaube ich, können Sie ersehen, wie hoch diese Steuerbelastung ist.

Nun zur Einkommensgrenze. Wir haben 1963 bei einer Ernte von 34 hl pro Hektar und bei einem Durchschnittsweinpreis von 9,16 S ein Einkommen von 31.000 S pro Hektar erzielt.

Wie schaut tatsächlich die „Steigerung" aus? — Der Herr Finanzminister hat das im Ausschuß behauptet. Ich darf sagen, daß 1974 — wenige Wochen vor Ende dieses Jahres kann man diese Schätzung bereits vornehmen — bei einer Ernte von 30 hl pro Hektar und einem Durchschnittspreis von 8,82 S ein Bruttoeinkommen von 26.416 S gegeben ist. Das alleine liefert den Beweis, daß trotz steigender Kosten letzten Endes ein geringerer Preis, ein geringeres Einkommen herauskommt als vor zehn Jahren, im Jahre 1963 beziehungsweise 1964.

Wissen Sie, einfach dann eine Steigerung anzunehmen, wenn bei großen Ernten ein tieferer Weinpreis, bei kleineren Ernten auf Grund des Angebot- und Nachfragespiels ein höherer gegeben ist, sich das als Regierung umzuhängen und zu sagen, daß bei geringeren Ernten der höhere Preis ein Verdienst der Bundesregierung wäre — ich glaube, entscheidend ist, was am Ende dem einzelnen Betrieb, der einzelnen Familie übrig bleibt. Das ist geringer geworden, letzten Endes auch dadurch, weil diese Regierung durch eine Inflationspolitik dafür gesorgt hat, daß die Kosten steigen, das Realeinkommen aber für die Familie geringer wird.

Ich erkläre hier namens meines Berufsstandes, daß wir dafür eintreten, daß das gesamte Steuersystem für den Weinbau einer grundlegenden Änderung bedarf. Wir haben Verständnis für eine gerechte Besteuerung, doch darf die Leistungssteigerung dadurch nicht gehemmt werden.

Wir nehmen an, daß dies das letzte Budget dieser sozialistischen Bundesregierung ist, und dürfen daher sagen, daß wir unsere Budgetpolitik nach dem Grundsatz: Leben und leben lassen, verstehen; leider nicht diese Bundesregierung.

Ich darf abschließend als Bauer hier einen Vergleich bringen: 1970 hat diese Bundesregierung einen gut geführten Bauernhof übernommen. Sie hat es durch ihre Wegwerf- und Inflationspolitik fertiggebracht, 1975 einen abgewirtschafteten Hof zu hinterlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man — jetzt schon rückschau-

Dr. Kohlmaier

end — die Budgetdebatte betrachtet, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß sie von der Regierungsseite unter dem Motto „Reden wir über etwas anderes!" geführt wird.

Begonnen hat mit dieser Taktik — wenn man das überhaupt als Taktik bezeichnen kann — der Herr Finanzminister in der Budgetrede. Er hat sich dabei nicht mit solchen Nebensächlichkeiten wie Zahlen befaßt, sondern sich eher der politischen Aussage zugewendet.

Fortgesetzt hat diese Linie der Hauptsprecher der Regierungspartei, Abgeordneter Doktor Fischer, der sich hauptsächlich mit der Zeit 1966 bis 1970 befaßt hat — brennende Probleme natürlich, die heute die Leute interessieren —, und fortgesetzt wurde dann diese Taktik oder Vorgangsweise mit einiger Konsequenz von den Ministern.

Besonders auffällig, meine Damen und Herren, war gestern etwa der Herr Bautenminister, der einen großen Teil seines Diskussionsbeitrages praktisch als Sozial- oder Arbeitsminister geleistet hat, weil er sich vorwiegend der Frage der Beschäftigungspolitik zugewendet hat.

Meine Damen und Herren! Sicher ist die Beschäftigungspolitik wichtig, sicher ist die Vollbeschäftigung wichtig. Wir bejahen alle diese Ziele. Aber das waren ja nicht die Anliegen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, mit denen Sie sich die Mehrheit haben geben lassen. Sie sind ja nicht vor die Wähler hingetreten und haben gesagt: Wählt sozialistisch, damit wir Vollbeschäftigung haben! Die Vollbeschäftigung war bei der letzten Wahl nach der ÖVP-Regierung eine Selbstverständlichkeit, und sie ist für uns nach wie vor eine Selbstverständlichkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)* Tun Sie das bitte jetzt nicht so darstellen, als ob das das Hauptanliegen ... *(Abg. Skritek: Das sollten Sie dem Kollegen Mitterer sagen! — Abg. Mitterer: Lesen Sie Ausch! Wenn Sie es gelesen haben, dann verstehen Sie es eben nicht! — Abg. Skritek: Ich habe Ihnen auch noch nicht gesagt, Sie verstehen es nicht! Ein bißchen mäßigen!)*

Meine Damen und Herren! Darf ich nach diesem Disput noch einmal darauf hinweisen: Sie haben sich nicht die Mehrheit geben lassen, um die Vollbeschäftigung zu erhalten — die war selbstverständlich —, sondern Sie haben sich die Mehrheit geben lassen, um ganz bestimmte Ziele zu verwirklichen. Es ließ sich etwa der Herr Bautenminister zum Bautenminister machen, damit er mehr Wohnungen und mehr Straßen bauen kann, nicht, damit die Arbeitsplätze gesichert sind.

Und so kann man von jedem einzelnen Ressortchef anführen: Was war das Ziel, und was ist daraus geworden? Das ist die Thematik, die eigentliche Thematik dieser Budgetdebatte, meine Damen und Herren, und dieser Thematik sind Sie konsequent ausgewichen.

Worüber kann man im Zuge einer Budgetdebatte sinnvoll diskutieren? Erstens über die Situation des Staatshaushaltes, der Staatsfinanzen, zweitens darüber, wie sehr es der Regierung gelungen ist, ihre Vorhaben, zu denen sie sich das Mandat hat geben lassen, zu verwirklichen. Und diesen beiden Themen sind Sie während der gesamten Budgetdebatte konsequent ausgewichen.

Herr Finanzminister! Ein Beispiel für diese Vorgangsweise haben Sie, glaube ich, am anschaulichsten und am sichtbarsten bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage gegeben, die wir ja deswegen in die Budgetdebatte hineinplacieren mußten, weil Sie eben immer wieder der zentralen Frage ausgewichen sind: Wie sieht es mit den Staatsfinanzen wirklich aus?

Und, Herr Finanzminister, das ist der eigentliche Grund, warum ich mich jetzt am Schluß noch einmal kurz gemeldet habe. Im Zuge der Beantwortung dieser dringlichen Anfrage haben Sie auf einen Zwischenruf von mir — darf ich es vielleicht so sagen — nicht gerade sehr elegant reagiert, und ich möchte das irgendwie auszuräumen versuchen. Sie haben damals im Zuge Ihrer politischen Ausführungen, mit denen Sie sich um die Problematik, um die es ging, herumgeturnt haben, gesagt: Auf der einen Seite erheben Sie — das war also die Opposition — den Vorwurf, daß wir das Budget gar nicht mehr vollziehen können, und im selben Atemzug werden aber Anträge gestellt, zusätzlich 1,5 Milliarden Schilling etwa in diesem Bereich auszugeben. Mit „in diesem Bereich" haben Sie den Familienlastenausgleich gemeint.

Ich habe auf diese Feststellung von Ihnen, Herr Finanzminister, den Zwischenruf gemacht: Sie wollen also das Geld zur Defizitdeckung verwenden? Und Sie haben dann unter dem Applaus Ihrer Fraktionskollegen geantwortet: Das Budget ist etwas Kompliziertes, und das hat mit Defizitdeckung überhaupt nichts zu tun.

Den Hinweis auf die Kompliziertheit der Materie haben Sie ganz offensichtlich so mit einem kleinen weiteren, unausgesprochenen Hinweis gemacht, ein Oppositionsabgeordneter verstehe das ja nicht ganz, weil es zu kompliziert ist.

Nun, Herr Finanzminister, möchte ich mich jetzt doch eine Minute vertiefen. Ich glaube,

Dr. Kohlmaier

es lohnt sich. Eines der Stichwörter, die die sozialistische Fraktion hat, um dann immer in jubelnden Applaus auszubrechen, ist das Stichwort, auf das mein Freund Leitner heute bereits hingewiesen hat: Die ÖVP hat die Familiengelder zur Defizitdeckung verwendet, und die brave SPÖ-Regierung wendet sie endlich zweckgemäß zu. *(Abg. Dr. Tull: Das haben Sie doch selbst bestätigt! Sie haben das doch selbst geschrieben!)* Der Kollege Tull glaubt es jetzt noch, und jetzt bitte ich ihn, einige Minuten zuzuhören. Sie glauben es dann nicht mehr, und Sie werden vielleicht dann beginnen, über diese Thematik nachzudenken, ohne nur einfach auf das Stichwort immer zu applaudieren.

Herr Kollege Tull! Ganz nüchterne Fakten: Wenn sich die Sozialistische Partei, die sozialistische Regierung, Androsch, Tull und andere als die Retter der Familienlastenausgleichsmittel feiern lassen, möchte ich folgendes feststellen:

Erstens: Bis 1965, in der Zeit der Koalition, wo bekanntlich nur einstimmige Ministerratsbeschlüsse zulässig waren, wurden 1,7 Milliarden Schilling Familienlastenausgleichsgelder für den Staatshaushalt verwendet. Ich möchte das nicht rechtfertigen, aber ich stelle fest: Diese 1,7 Milliarden sind auch mit Zustimmung der sozialistischen Finanzminister für Defizitdeckungen herangezogen worden. Das stellen wir einmal klar. *(Abg. Pölz: Finanzminister haben wir damals nicht gehabt!)* Sozialistische Minister — pardon, ich habe mich versprochen. Es genügt uns der eine. Wir sind gar nicht daran interessiert, daß es mehr sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von 1966 bis 1969, also in den vier Jahren, wo die ÖVP für den Finanzvollzug verantwortlich ist, wurden 896 Millionen Schilling — ich gebe es zu — auch zweckwidrig verwendet. Aber allein im Jahr 1970 sind bereits 800 Millionen Schilling, in einem Jahr, für das Sie dann letzten Endes die Verantwortung übernehmen müssen ... *(Bundesminister Doktor Androsch: Wer hat denn das Budget gemacht!)* Sie haben das Budget nicht gemacht, Herr Finanzminister, aber Sie haben dieses Budget vollzogen und Sie hätten acht Monate Zeit gehabt, im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes oder einer Novelle zum Bundesfinanzgesetz das schnell abzustellen, was Ihnen so mißfällt, Herr Finanzminister. Darum geht es. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1,7 Milliarden in der Koalitionszeit, 800 Millionen in einem Jahr, wo Sie die Verantwortung bereits übernehmen müssen, und 896 Millionen Schilling in der ÖVP-Zeit! Und da stellen Sie sich hin und sagen: Wir sind die Retter des Familienlastenausgleichs! Bitte, meine Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion, lassen Sie nicht denken in dieser Frage, sondern denken Sie selber einmal darüber nach, ob dieser Applaus, den Sie immer wieder zu dem Punkt geben, nicht vielleicht doch zu überlegen wäre, wenn Sie es ehrlich und ernst meinen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Das wollte ich eben jetzt noch einmal hier sagen, damit nicht etwas im Raum stehen bleibt. Wenn Sie wirklich der Meinung sind, es ist das Budget des Staates und die Gebarung des Familienlastenausgleichs so streng zu separieren — und wir wollen ja diese Separierung, und diese Separierung ist ja durch ein ÖVP-Gesetz herbeigeführt worden, das die angeblich so konservative ÖVP herbeigeführt hat —, wenn wir also davon ausgehen: Staatshaushalt und Gebarung der Familienlastenmittel ist etwas streng zu Trennendes, dann kann unser Vorschlag, Mittel des Familienlastenausgleichs für die Familien auszugeben, Ihre Budgetprobleme gar nicht berühren, Herr Finanzminister, weil das eben zwei Paar Schuhe sind. Und Sie sagen ja immer, es müssen zwei Paar Schuhe sein. Also können Sie nicht sagen — und daher war Ihre Replik in der dringlichen Anfrage unzulässig —: die ÖVP verlangt hier Ausgaben, und auf der anderen Seite sagt sie, es sind zu wenig Mittel da. Wir haben die Ausgaben dort verlangt, wo Überschüsse sind auf Grund der Separierung, die Finanzminister Schmitz in einem Gesetz eingeführt hat und die Sie seit 1971 zu vollziehen haben.

Herr Finanzminister! Wenn aber ein Zusammenhang besteht zwischen dem Familienlastenausgleich und unseren Forderungen und Wünschen und Ihrem Budgetvollzug, dann müssen wir die Frage stellen, welcher Zusammenhang es ist. Der Zusammenhang ist ja an sich klar. Im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1975 sagen Sie: Der Reservefonds weist per 31. Dezember 1973 ein Vermögen von 6,9 Milliarden Schilling aus, und dann weiter: Das übrige Vermögen des Reservefonds besteht in einer Forderung gegenüber dem Bund in Höhe von 3,4 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Da haben Sie den Zusammenhang! Sie sagen zwar, Sie sind der treue Hüter, Separierer und Verwalter der Familienlastenausgleichsmittel, in Wahrheit arbeiten Sie mit diesen Mitteln. Und insofern war mein Zwischenruf, Herr Finanzminister: „Sie brauchen das Geld also auch!" wohl gerechtfertigt, und ich bitte Sie, es sich nicht so leicht zu machen, hier jemand abzuservieren, der sich mit einem Zwischenruf meldet.

Dr. Kohlmaier

Herr Finanzminister! Ich habe ein bißchen eine Berechtigung, in Fragen Separierung der Familienlastenausgleichsmittel nach dem Rechten zu sehen oder mich zu Wort zu melden, weil ich schon seinerzeit die eher unpopuläre Rolle auf mich genommen habe, als ich noch Funktionär einer Familienorganisation war, auf diese Separierung zu dringen. *(Abg. Doktor F i s c h e r: Die jetzige ist auch nicht populärer!)* Herr Kollege Fischer! Aber da ist es eben zweckmäßig, wenn man möglichst zu seinen Grundsätzen steht, ob man in der Regierung oder in der Opposition ist, Herr Kollege Fischer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr eindringlich, Herr Finanzminister: Wenn Sie sich — und das tun Sie gerne und das tun Sie immer unter dem Applaus Ihrer Kollegen — als den guten Treuhänder der Familienlastenmittel hinstellen, dann überweisen Sie diese Mittel immer sehr, sehr rasch an die Postsparkasse und lassen Sie sie dort nicht in zu hohem Ausmaß und zu lange Zeit liegen, denn diese Gelder sind dazu bestimmt, den Lebensstandard der Familien zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, darf ich Sie bitten, doch in Sachen Familienlastenausgleichsfonds die Dinge nicht auf den Kopf zu stellen. Denn es ist ein Auf-den-Kopf-stellen, wenn Sie sagen, ich arbeite mit den Forderungen des Fonds an den Bund, die entstanden sind, weil unter Ihrer Regierungszeit die Mittel inkameriert wurden, das sind nämlich die 3,4 Milliarden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Seitdem wir ein Budget machen — und das erste war das des Jahres 1971, denn das des Jahres 1970 haben wir im April von Ihnen übernommen, dafür tragen Sie hinsichtlich der Beschlußfassung die volle Verantwortung —, seit dem Jahre 1971 gibt es das nicht mehr, und die Überschüsse sind dem Fonds nach Abschluß des betreffenden Jahres auch regelmäßig überwiesen worden.

Der Fonds spiegelt im übrigen auf der Einnahmenseite sehr deutlich die günstige Wirtschaftsentwicklung dieser Jahre wider, sowohl was die Zahl der Beschäftigten als auch was die Höhe der Einkommen anlangt, denn nur dadurch sind die hohen Einnahmen entstanden, die einerseits Überschüsse gebracht haben, aber darüber hinaus Leistungen des Fonds an die Familien, wie sie in keiner vergleichbaren Zeit zuvor gegeben werden konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und in diesem Sinne werden wir den Fonds weiter verwalten.

Ich möchte auf das Argument von „gestohlenen Mitteln" des Herrn Abgeordneten Leitner nicht weiter eingehen, denn wenn das, was wir tun, daß wir nämlich Überschüsse ansammeln, damit auch in Zukunft gewährleistet ist, daß alle Leistungen an die Familien bezahlt werden, als Diebstahl bezeichnet wird, dann weiß ich nicht, wie Sie Ihr Verhalten, wo Sie die Mittel anderweitig verwendet haben, qualifizieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Peter seine Fragen hinsichtlich „keiner Zeit für das Parlament" beantworten. Ich glaube, Herr Abgeordneter Peter, es läßt sich unschwer nachweisen — nicht nur in den letzten zwei Monaten, sondern in der ganzen Legislaturperiode —, wie viel Zeit im Parlament verwendet wurde — von allen Ressortkollegen, naturgemäß mit unterschiedlicher Intensität, weil ja die legistischen Aufgaben unterschiedlich sind.

Dies aus zwei Gründen: Einmal, weil unheimlich viele legistische Vorhaben erledigt wurden, und zum zweiten, weil wir, was es früher nicht gegeben hat, Debatten etwa über die Wirtschaft gehabt haben und Berichte vorgelegt haben, die natürlich auch entsprechende Diskussionszeiten im Parlament zur Folge hatten. Im Gegenteil, bitte mir das nicht als eine Kritik auszulegen, ich verstehe vom Standpunkt des Parlaments die Problematik durchaus, daß es schwierig ist, Termine zu bekommen.

Ich darf Sie erinnern, daß ich ein Dreivierteljahr das Finanzstrafrecht aus meinem Ressort bisher unerledigt im Parlament liegen habe, daß das Gebührengesetz unerledigt im Haus liegt, daß das Scheidemünzengesetz nicht schon, wie möglich, am 8. November in den Finanzausschuß gekommen ist, sondern erst viel später, und daß ich meine Verpflichtung, die keine Geheimverpflichtung war, Herr Abgeordneter Graf, sondern der gesamten Öffentlichkeit zugänglich war, etwa im Punkt des Haushaltsrechtes erfüllt habe, es liegt ja seit zwei Jahren in einem Unterausschuß.

Zu Ihren zwei konkreten Fragen, zuerst zum Erlaß bezüglich der Prioritäten bei den Zahlungsanweisungen. Das ist eine notwendige und natürliche Regelung, sie stammt im übrigen aus dem Jahre 1967, weil es derartige Prioritätsregelungen in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs geben muß.

Was den Artikel II anlangt, so ist er nur für Personalaufwand, der eine gesetzliche Verpflichtung ist, beziehungsweise gesetzliche Verpflichtungen überhaupt relevierbar, für Er-

Bundesminister Dr. Androsch

messensausgaben nicht, aber ich darf darüber hinaus verweisen, daß bei den Förderungsausgaben, also in einem möglichen Bereich, von den Ansätzen 5 Prozent in eine endgültige Kürzung umgewandelt wurden.

Sie haben dann weiter vom Steuersystem gesprochen. Man kann sicherlich zu jedem Steuersystem verschiedener Meinung sein, aber daß es keine Systemänderungen gegeben hat, ich glaube, das kann man schwer behaupten, denn die Mehrwertsteuer ist eine sehr einschneidende Systemänderung gewesen. Sie haben selbst mitgestimmt und mitgewirkt, was ich nicht anstehe anerkennend festzustellen. Wenn ich die Einkommen- und Lohnsteueränderungen dazunehme, zu denen man wieder verschiedener Meinung sein kann, das Gebührengesetz hinzunehme und in Rechnung stelle, daß die Autosondersteuer und die Weinsteuer aufgehoben wurden, so glaube ich, daß autonom gesehen seit der Einkommensteuerreform Böhm-Bawerks im Jahre 1896 oder den übernommenen reichsdeutschen Gesetzen das jedenfalls die einschneidendste Steuerreform in diesem Zeitraum gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Schwerpunkte anlangt, so möchte ich sie nur stichwortartig in Erinnerung rufen: Spitäler, Schulen, Nahverkehr, Bergbauern, Fremdenverkehrsförderung, Exportförderung, Unterstützung der älteren Menschen, der Rentner, insbesondere der Ausgleichszulagenempfänger, Bauernpensionszahlungen, Familienunterstützungen, Steuersenkungen, ich glaube, eine ganze Fülle von sehr eindrucksvollen Prioritäten, die sich in den Haushalten spiegeln.

Wenn Sie auf die Inflation zu sprechen gekommen sind, so hat das Institut festgestellt, zwei Drittel seien importiert, weil die Importpreise doppelt so rasch als unser eigenes Preisniveau im heurigen Jahr gestiegen sind, nämlich um 18 Prozent. Hier spiegelt sich die Vervierfachung des Erdölpreises ebenso wie die Verteuerung bei den Rohstoffen und zum Teil bei den Nahrungsmitteln wider, sofern wir sie importieren müssen.

Wenn Sie nach der Situation des Budgets fragen, so darf ich noch einmal in aller Kürze die bezügliche Passage in der Budgetrede in Erinnerung rufen.

Ich habe damals am 22. Oktober unter Bezugnahme auf die vorliegende Budgetvorschau ausgeführt:

„Das Ergebnis der nun vorliegenden Budgetvorschau zeigt klar, daß weitere Steuersenkungen in absehbarer Zeit nicht möglich sind, soll das Budget in ökonomisch vertretbaren Finanzierungsgrößen gehalten werden. Es zeigt weiters, daß die raschere Erfüllung von Aufgaben oder gar die Erfüllung neuer Aufgaben, etwa im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds, für den Umweltschutz oder im Bereich der öffentlichen Verkehrseinrichtungen, vor allem im Nahverkehr, nicht ohne die Bereitstellung der dafür zusätzlich erforderlichen Mittel möglich ist."

Ich möchte hinzufügen, daß auch ein aufkommensneutrales Ergebnis der Mehrwertsteuer sicherzustellen sein wird. Das wird erst nach einer entsprechenden Analyse zu beurteilen sein und sicherlich nicht für das Jahr 1975 relevant sein.

Das Gutachten, das in der Diskussion eine Rolle gespielt hat, ein halbes Jahr alt, konnte die inzwischen eingetretene Entwicklung nicht berücksichtigen und ist daher kein Argument in dieser Richtung.

Ich darf ganz kurz noch auf einige Einzelpunkte eingehen.

UNO-City, Herr Abgeordneter Kern: Dazu darf ich noch einmal betonen, wir haben hier eine unlimitierte Verpflichtung übernommen, es galt sie zu limitieren, und es ist uns trotz der Querschüsse — Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich das so formuliere — gelungen, daß gestern die Generalversammlung beschlossen hat, daß Wien faktisch dritte UNO-Stadt geworden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Neuner hat von den fehlenden Verwaltungsvereinfachungen gesprochen. Sie wissen selbst sehr genau, welche großen und erst nach Ablauf einiger Jahre voll abschätzbaren Umstellungen etwa durch die Automation im Bereich der Abgaben, aber auch der Zollverwaltung im Gange sind.

Im übrigen haben Sie von neuen Aufgaben gesprochen; das ist sicherlich richtig. Heiratsbeihilfen, Mietzinsbeihilfen, Geburtenbeihilfen: sicherlich sind das neue Aufgaben. Sie haben damit nur für diese Bereiche unterstrichen, was diese Regierung alles verwirklicht hat.

Herr Abgeordneter Kern, Sie haben davon gesprochen, daß es zwischen 1966 und 1969 vollkommen richtig war, Kredite aufzunehmen, während es seit 1970 offenbar nicht mehr richtig sein sollte, ganz abgesehen davon, wie sich die Salden entwickelt haben, was an übernommenen Krediten zurückzuzahlen, was zu verzinsen war. Ich kann nur noch einmal in Erinnerung rufen, daß wir in diesen Jahren mit 17 Milliarden Krediten 68 Milliarden Investitionen getätigt haben, eine Selbstfinanzierungsquote also, die man im privaten Bereich, aus welchen Gründen immer, kaum antreffen wird.

Bundesminister Dr. Androsch

Der Herr Abgeordnete Scherrer hat von der falschen Einnahmenschätzung gesprochen und den Vorwurf erhoben, es seien überhöhte Steuereinnahmenschätzungen dem Budget 1974 zugrunde gelegen. Vor einem Jahr oder vor einem halben Jahr hat es noch ganz anders geheißen, da war die Kritik Ihrerseits, daß die Schätzungen viel zu gering und viel zu vorsichtig gewesen wären.

Dem Herrn Abgeordneten Schmitzer möchte ich sagen: Sie haben mich wegen des Finanzberichtes gefragt. Ja, ich stehe dazu, nur bitte die Zahlen nachzuschauen. 1973: Das Bruttonationalprodukt stieg um 15,1 und die Budgetausgaben um 10,4, und für die Vorjahre können Sie das den Budgetunterlagen ebenso entnehmen.

Ich bin Ihnen vor allem dankbar, daß Sie erklärt haben, daß die österreichische Wirtschaft in Ordnung ist. Es ist daher gar nicht notwendig, daß Sie plakatieren, daß Sie sie in Ordnung bringen.

Sie haben im übrigen auch davon gesprochen, daß wir keine Stabilisierung durchführen. Das deckt sich wieder mit einigen Debattenbeiträgen nicht, denn hier wurden ja die besonders hart wirkenden Kreditrestriktionsmaßnahmen von einigen Rednern, nur als ein Beispiel angeführt, kritisiert.

Hohes Haus! Lassen Sie mich kurz folgendes zusammenfassen:

Die Debatte hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir jedenfalls fünf Jahre Hochkonjunktur hinter uns haben. *(Abg. Doktor Withalm: Sechs Jahre!)* Warum erwähne ich das? Weil in jedem dieser Jahre von Ihnen das Gegenteil behauptet und für das kommende Jahr eine ganz andere Prognose gestellt wurde.

Dies war möglich, obwohl es 1971/72 eine Minirezession gegeben hat. Ich glaube, es ist besonders bemerkenswert, wenn man sich erinnert, welche düstere Prognose vor einem Jahr gestellt wurde und wie es gelungen ist, im Jahre 1974 — das kann man abschließend schon feststellen — eine in Europa auftretende Rezession nahezu gänzlich von Österreich abzuhalten. Zum Unterschied von den anderen Ländern ist uns ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum gelungen, ist es uns gelungen, die Vollbeschäftigung zu erhalten, ja sogar zusätzliche Personen in den Arbeitsprozeß einzugliedern und trotz der weltweiten hohen Preissteigerungen im untersten Bereich zu bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erwähne dies deswegen, weil daraus in Verbindung mit den Fremdenverkehrsförderungsmaßnahmen, wie sie mit Jänner in Kraft treten, mit den zusätzlichen Exportfinanzierungsmaßnahmen, wie sie im Herbst vereinbart wurden, mit der Tatsache — ich stehe nicht an, Herr Präsident Minkowitsch, das festzustellen — unserer hohen Nahrungsmitteleigenversorgung und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß wir vergleichsweise eine günstige Energieversorgung haben, die Chance gegeben ist, daß wir auch in der schwieriger gewordenen Welt — daran gibt es gar nichts herumzudeuteln oder zu leugnen — eine günstige Entwicklung für unser Land sicherstellen können, wozu in erster Linie gehört, daß wir die Beschäftigung in Österreich sichern, daß wir ein Preisniveau halten, das im untersten Bereich liegt und somit die Wettbewerbsfähigkeit für unsere außenwirtschaftlichen Maßnahmen gegeben haben.

Ich möchte das in drei Punkten zusammenfassen: Es gilt zuerst, unser wirtschaftliches Haus nach außenhin von der Zahlungsbilanzseite her in Ordnung zu halten. Es ist uns dies heuer trotz einer um 10 Milliarden Schilling größeren Erdöl- beziehungsweise Energieversorgung gelungen, dank der Exportsteigerungen, die entgegen Ihren Prognosen auch nach den währungspolitischen Entscheidungen möglich gewesen sind.

Es wird zum zweiten unsere Aufgabe sein — die Voraussetzungen sind gelegt —, die Balance unserer Wirtschaft im Inneren sicherzustellen, indem wir die Beschäftigung unter den erschwerten Bedingungen halten; die Prognosen von gestern bringen dies sehr deutlich zum Ausdruck.

Das wiederum ist die Voraussetzung, daß unter den vorhin erwähnten Bedingungen auch unsere öffentlichen Finanzen — es geht dabei nicht nur um die Bundesfinanzen, sondern auch die der anderen Gebietskörperschaften — in Ordnung gehalten werden können, so wie dies in den letzten Jahren trotz dreier Steuersenkungen, trotz der Zollsenkungen, wie sie wieder in einer Etappe am 1. Jänner in Kraft treten und von denen zu hoffen ist, daß die Konsumenten auch in den Genuß der Zollsenkungen kommen, möglich gewesen ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es geht nicht darum, etwas zu beschönigen, aber es geht darum, die Möglichkeiten und die Chancen zu erkennen und sie zu nutzen. Was dabei am wenigsten hilft, sind alle Versuche der Verunsicherung, der Angstmacherei, der Panikmacherei, und ich kann Ihnen nur zurufen, wo immer sich so etwas ergibt oder auftritt, im Interesse unseres Landes dies bleiben zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich war während der ganzen Budgetdebatte ein aufmerksamer Zuhörer; auch jetzt während der Ausführungen des Herrn Finanzministers. Während der Budgetdebatte beschäftigte mich — und beschäftigt mich heute erst recht — vor allem ein Gedanke, nämlich die Frage nach dem Sinn dieser Budgetdebatte.

Ist denn — das ist die Frage, die ich mir vorlege — der Budgetentwurf für 1975, mit dem wir uns nun seit drei Wochen beschäftigen, überhaupt noch aktuell? Ist er wirklich realistisch, oder ist nicht die Entwicklung gerade der jüngsten Zeit schon längst über ihn hinweggerollt?

Ganz nüchtern und ohne jede Emotion betrachtet ist die Situation doch folgende:

Im ordentlichen Budget ist ein Defizit in der Höhe von 16,5 Milliarden Schilling vorgesehen, das höchste Defizit, das es je gab. Dazu kommen infolge der Situation, in der wir uns in einigen Monaten befinden werden — zum Teil ist diese Situation jetzt schon gegeben —, die in der Stabilisierungsquote und in der Konjunkturausgleichsquote eingesetzten Beträge, sodaß mit einem Gesamtabgang für 1975 von mindestens 20 Milliarden Schilling gerechnet werden muß.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß Abgänge dieser Größenordnung einfach nicht finanziert werden können, kommt noch ein weiterer Umstand hinzu, der für das Jahr 1975 eine geradezu dramatische Entwicklung erwarten läßt. Ich meine die Einnahmenentwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1974.

Die Tatsache von Mindereinnahmen läßt sich nicht mehr wegleugnen. Dadurch wird sich das Defizit für 1974 drastisch erhöhen. Das im Jahre 1974 nicht mehr finanzierbare Defizit muß in das Jahr 1975 übertragen werden und ergibt dort zusammen mit dem für 1975 vorgesehenen Monsterdefizit eine Summe, die die Zahlungsfähigkeit des Bundes ernstlich in Frage stellt.

Was Wunder, wenn in Anbetracht dieser Situation Horst Knapp, der heute schon oft Zitierte, in den „Finanznachrichten" vom 1. November 1974 entgegen der Behauptung des Finanzministers in seiner Budgetrede vom 22. Oktober 1974, die da gelautet hatte: „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung", feststellte: „So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht."

Meine Damen und Herren! Die Situation ist geradezu grotesk. Was die Sache aber noch viel schlimmer macht, das ist der Umstand, daß der Finanzminister bisher nicht bereit war, offen und ehrlich zur wirklichen Situation des Staatshaushaltes Stellung zu nehmen.

Auch anläßlich der am 13. Dezember 1974 eingebrachten dringlichen Anfrage war Doktor Androsch nicht bereit, den ihm abgeforderten Offenbarungseid abzulegen.

Es wird aber nicht mehr lang dauern, bis die wahre Situation des Staatshaushaltes trotz aller Verschleierungsversuche des Finanzministers für jedermann offenbar und erkennbar werden wird. Diese Stunde wird früher kommen, als es manchem derer, die für die katastrophale Entwicklung der Staatsfinanzen verantwortlich sind, lieb sein wird. Jetzt wird aber doch auch bereits manchem klargeworden sein, warum gerade der Finanzminister zu jenen zählte, die auf dem Innsbrucker Parteitag der Sozialistischen Partei vehement für Frühjahrswahlen 1975 eingetreten sind.

Anläßlich der eben zitierten dringlichen Anfrage versuchten Sprecher der Sozialistischen Partei meiner Partei, der Österreichischen Volkspartei, den Vorwurf zu machen, sie verunsichere ganz bewußt die Bevölkerung, und, Herr Finanzminister, in Ihren Schlußworten haben Sie gleichfalls darauf hingewiesen, daß es welche gebe, die verunsichern.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir eine ganz bescheidene Frage an die sozialistische Fraktion:

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ist denn womöglich die Gendarmerie an jenen Tatbeständen schuld, die sie pflichtgemäß aufzuklären versucht? *(Beifall bei der ÖVP.)* Das wäre ja noch schöner, wenn man womöglich der Opposition deshalb Vorwürfe zu machen versuchte, weil sie gerade das tut, was ihre ureigenste Aufgabe ist, nämlich zu kontrollieren, zu kritisieren und Mißstände aufzudecken! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Gerade das letztere hat die Opposition mit umso größerer Entschiedenheit und ohne Rücksicht darauf, ob es der Regierung paßt oder nicht, zu tun, je mehr sich die Regierung bemüht, aufklärungsbedürftige Tatbestände zu verschleiern.

Die sozialistische Inflationsregierung hat nach dem Grundsatz zu wirtschaften versucht, den Horst Knapp in seinem schon oft zitierten Artikel in den „Finanznachrichten" vom 1. November 1974 folgendermaßen beschreibt — dieses Zitat wurde heute in der Debatte bereits wiedergegeben; ich zitiere —:

Dr. Withalm

„Ausgegeben wird — ohne Rücksicht auf konjunktur-, stabilitäts- oder wachstumspolitische Erfordernisse — nunmehr genau jener Betrag, den der Staat einzunehmen oder sich ausborgen zu können hofft."

Diese Feststellung von Horst Knapp bedeutet für die Politik der Regierung Kreisky eine geradezu vernichtende Kritik, Herr Bundeskanzler.

Die Situation, vor der wir stehen, ist nicht von ungefähr gekommen. Sie ist die durchaus logische, ja geradezu zwangsläufige Konsequenz einer seit Jahren praktizierten Lizitations- und Gefälligkeitspolitik. Jetzt ernten wir die Früchte dieser Politik. Diese Art von Politik hat kläglich Schiffbruch erlitten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich mache hier nicht dem Staatsbürger als solchem, aber umso heftiger jenen Politikern einen Vorwurf, die dem Staatsbürger Leistungen geradezu einreden und aufdrängen. Was wir in diesen Tagen erleben und was immer klarer in Erscheinung tritt, ist mehr als ein bloß budgetpolitisches Debakel des Finanzministers. Es ist das Sichtbarwerden des Scheiterns der sozialistischen Regierung Kreisky und der von ihr vertretenen Gefälligkeitspolitik.

Meine Damen und Herren! Wenn es nur um diese sozialistische Regierung und um ihr Debakel ginge, dann könnte man sich als politischer Gegner in berechtigter Schadenfreude womöglich mit allergrößtem Vergnügen die Hände reiben. Es geht aber bei der drohenden Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Staates leider nicht nur um Dr. Kreisky und Dr. Androsch — das wäre ja keineswegs das Schlimmste —, es geht um das Wohl und Wehe von Millionen Österreichern *(neuerliche Zustimmung bei der ÖVP)*, und hier, meine Damen und Herren, hört sich jede Schadenfreude auf.

Es ist ja wirklich nicht zu fassen, wohin es eine Regierung gebracht hat, die von uns im Jahre 1970 eine Hochkonjunktur übernommen hat und der das einmalige Glück zuteil geworden ist, daß sie eine jahrelange Hochkonjunktur hatte. Es ist ein einmaliger Fall, daß es ein Finanzminister, dem derart gigantische Einnahmen zugeflossen sind, wie es noch nie in der Geschichte der Republik der Fall war, zustande gebracht hat, daß die Staatskassen gähnend leer sind und daß er am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht. Und ausgerechnet dieser Finanzminister wagt es zu sagen, daß unter seiner Ministerschaft das Budget konsolidiert wurde und daß die Staatsfinanzen in Ordnung sind. *(Abg. Dr. Tull: Stimmt auch!)*

Herr Finanzminister! Sind Sie sich dessen bewußt, was Sie damit dem Parlament und dem ganzen österreichischen Volk zumuten?

Nach mehr als vier Jahren sozialistischer Alleinregierung ist die Stunde der Wahrheit nicht mehr aufzuhalten. Auf Dauer läßt sich, meine Damen und Herren, mit Gefälligkeits- und Verschwendungspolitik, mit Populäritätshascherei und mehr oder weniger guten Einfällen nicht regieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In diesen Jahren der sozialistischen Alleinregierung wurde wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß auf Dauer gegen ein Grundgesetz der Volkswirtschaft nicht ungestraft gesündigt werden darf. Und dieses Grundgesetz, das noch zu allen Zeiten und in allen Ländern uneingeschränkt gegolten hat, lautet: Zuerst kommt die Leistung, und dann erst kann das, was erarbeitet wurde — und niemals mehr als das Erarbeitete und Geleistete —, verteilt werden. Noch immer und überall hat sich eine Sünde gegen dieses Naturgesetz bitter gerächt. Eine Lehre aus der gegebenen Situation haben wir alle zu ziehen, wo immer wir in diesem Haus sitzen mögen.

Als verantwortungsbewußte Parlamentarier haben wir uns heute schon gerade in Anbetracht der im nächsten Jahr bevorstehenden Nationalratswahl mit folgendem Gedankengang auseinanderzusetzen: Es ist richtig, daß das Budgetrecht des Parlaments in seiner ursprünglichen Bedeutung heute weitgehend obsolet geworden ist. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb müssen wir bedenken, daß fast alle Gesetze, die wir hier beschließen, im Staatsvoranschlag ihren Niederschlag finden. Insoferne, meine Damen und Herren, wird das Budget sehr wohl und sehr maßgeblich von uns, den Parlamentariern, mitbeeinflußt und mitgestaltet.

Es ist reichlich spät, aber vielleicht ist es noch nicht zu spät, wenn wir uns künftig vor jedem Gesetzesbeschluß an Hand konkreter Berechnungen folgende Fragen vorlegen:

Erstens: Ist die zu regelnde Maßnahme überhaupt notwendig?

Zweitens: Wenn Sie für notwendig befunden wird, ist sie auch finanzierbar?

Drittens: Wenn sie nicht oder nicht im gewünschten Ausmaß finanzierbar ist, wie kann sie den gegebenen Möglichkeiten angepaßt werden?

Und viertens: Wenn dies alles realistischerweise nicht der Fall ist, dann müssen wir eben auf den entsprechenden Gesetzesbeschluß verzichten.

Dr. Withalm

Hätten wir uns alle, hätte sich aber vor allem die sozialistische Regierungsfraktion, die ja infolge ihrer absoluten Mehrheit die letzte Verantwortung im Hause trägt, nach diesen Grundsätzen verhalten, dann wäre uns viel erspart geblieben. Und dann stünden wir jetzt nicht vor jenem Trümmerhaufen, den uns Kreisky und sein Team beschert haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Warten wir einige Monate ab, meine Damen und Herren, warten wir einige Monate ab und dann reden wir weiter.

Lassen Sie mich aber zum Schluß jetzt noch einen Gedanken aussprechen. *(Abg. Sekanina: Wenn die Gedanken so sind wie die vorher, so ist es besser, Sie reden nicht!)* Ich sehe, Sie werden da sehr nervös, ich kann mir vorstellen, ich würde sicherlich auch nervös, wenn uns das bevorstünde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich würde wahrscheinlich auch nervös, wenn ich das Gefühl haben müßte, daß mir das bevorsteht, was Ihnen bevorsteht, leider auch dem österreichischen Volk bevorsteht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber zum Schluß möchte ich noch einen Gedanken aussprechen, der mich gerade in diesen Wochen sehr beschäftigt hat. Was wäre gewesen, wenn im Jahre 1970 dem Auftrag des Bundespräsidenten entsprochen worden wäre... *(Zwischenrufe des Abg. Sekanina.)* Herr Sekanina, ich habe oft schon gehört, daß Sie gesagt haben: Wer hier steht und den Lautsprecher für sich hat, hat ja doch die stärkere Position, da können Sie brüllen, was Sie wollen. Das gilt für alle von der sozialistischen Fraktion. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage mich also, was wäre gewesen, wenn im Jahre 1970 dem Auftrag des Bundespräsidenten entsprochen worden wäre und wenn es damals zu einer Regierung zwischen ÖVP und Sozialistischer Partei gekommen wäre? Die Frage: Stünden wir heute vor der gleichen Situation beziehungsweise vor dem gleichen Debakel, wie es jetzt der Fall ist?

Meine Damen und Herren! Diese Frage haben Sie sich zu beantworten, vor allem einer hat sie zu beantworten, der Bundeskanzler. *(Abg. Dr. Kreisky: Sie haben doch die Koalition zerstört, zweimal zerstört!)* Damals, Herr Bundeskanzler, das wissen Sie sehr genau *(Abg. Dr. Kreisky: Sie haben sie mutwillig zerstört!)*, damals hat die Parteiräson über das Staatswohl gesiegt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und „Kreisky und sein Team" wollten damals sozialistische Gesellschaftspolitik machen. Sie haben sie gemacht. Die Fristenlösung ist das hervorstechendste Ergebnis dieser Politik. Und damit wurde eine tiefe Kluft, ein tiefer Graben aufgerissen.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich und ich frage vor allem Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion: War das, Herr Bundeskanzler, den Preis wert, der letzten Endes zu bezahlen sein wird? Das ist eine Frage, die ich mir vorlege. Vielleicht haben Sie auch zu Weihnachten ein bißchen Gelegenheit, darüber nachzudenken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu wessen Vorteil hat sich der höchstpersönliche Entschluß Dr. Kreiskys, im Jahre 1970 eine Minderheitsregierung zu bilden, wirklich ausgewirkt? Ganz bestimmt nicht, meine Damen und Herren, zum Vorteil des österreichischen Volkes. Ohne Zweifel aber auch nicht zum Vorteil der Sozialistischen Partei, wie sich bei Zwischenwahlen bereits gezeigt hat und wie es sich bei den nächsten Nationalratswahlen — ich bin kein Prophet, meine Damen und Herren — unweigerlich zeigen wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weisz: Sie waren bisher ein schlechter Prophet!)*

Ich habe es Ihnen bereits anläßlich der ersten Lesung gesagt *(Abg. Pölz: Ihre Prophezeiungen haben sich nie erfüllt, das liest man in Ihren eigenen Büchern, Herr Vizekanzler!)*, und ich wiederhole das: Der Weg der Sozialistischen Partei führt steil abwärts, und niemand und nichts wird in der Lage sein, Herr Bundeskanzler, diese Wendung zum Besseren, die Sie erwünschen, herbeizuführen.

Im Jahre 1970 wollte Dr. Kreisky die ganze, die uneingeschränkte Macht, obwohl sie ihm vom Volk damals am 1. März 1970 gar nicht übertragen worden war, und er wollte diese Macht mit niemandem teilen. Herr Bundeskanzler! Mit dieser Macht tragen Sie auch die volle und die ganze Verantwortung. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abgeordneter Dr. **Kreisky:** In den letzten Minuten der Budgetdebatte hat es der Herr Abgeordnete Dr. Withalm für richtig befunden, über Dinge zu sprechen, die zu einer Zeit, als ich noch nicht die Funktion hatte, die ich heute habe, geschahen. Ich fühle mich daher verpflichtet und berechtigt, von diesem Platz aus zwei Richtigstellungen vorzunehmen.

Die erste mache ich auf Grund des Umstandes, daß ich das letzte Gespräch als Vertreter

Dr. Kreisky

der Sozialistischen Partei im Jahre 1966 mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm geführt habe, ehe die zwanzigjährige große Koalition zerbrochen war. *(Abg. Staudinger: Sie haben sie vorher kaputt gemacht!)* Sie ist gescheitert an dem Umstand, daß der Herr Dr. Withalm sogar abgelehnt hat, eine große Koalition zu akzeptieren allein für die Dauer des gemeinsam beschlossenen Budgets. Er wollte für sich in Anspruch nehmen, daß der kleinere Koalitionspartner, wann es ihm paßt, aus der Koalition hinausgeworfen werden kann. Und da wir das nicht akzeptieren konnten, ist damals die Koalition gescheitert. Mutwilliger ist noch nie eine solche Koalition zum Scheitern gebracht worden als diese! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und im Jahre 1970 hat die ÖVP halt nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß sie die Wahlen verloren hat, und hat derartige Ansprüche gestellt, die nur eine Partei hätte stellen können, die die Wahl gewonnen hat. Und abermals sind diese Koalitionsverhandlungen an den Machtansprüchen, die der Herr Doktor Withalm vertreten hat, gescheitert. Das ist die Wahrheit. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und wenn der Herr Dr. Withalm sagt, für das, was in Österreich geschieht, trägt die Bundesregierung und damit auch ich die Verantwortung, dann sage ich Ihnen, meine Herren *(Abg. Harwalik: Das ist eine Verdrehung!)*, im vollen Bewußtsein dieser Verantwortung, daß wir bereit sind, diese Verantwortung zu tragen. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident *(den Vorsitz übernehmend)*: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich im Gegensatz zu Bundeskanzler Doktor Kreisky nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Ich tat das auch nicht in meinem Referat. Ich habe mich vielmehr mit der Gegenwart beschäftigt — mit der Gegenwart, Herr Bundeskanzler — und mit der Zukunft, die dank der Arbeit der sozialistischen Regierung nicht die beste Zukunft sein wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber weil Sie auf das letzte Gespräch, das zwischen Ihnen und mir im Jahre 1966 geführt wurde, Bezug genommen haben, dazu auch meinerseits eine kurze Feststellung.

Es stimmt: Wir saßen damals am Samstag in Ihrem Amtszimmer — Sie waren ja noch amtierender Außenminister — beisammen. Da führten wir ein letztes Gespräch. Ich darf allerdings bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß vor diesem Gespräch bereits der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei stattgefunden hatte *(Rufe bei der ÖVP: Genau!)*, auf dem beschlossen worden war, daß die Sozialistische Partei in Opposition geht. *(Neuerliche Rufe bei der ÖVP: Genau! — Widerspruch bei der SPÖ.)* Ich bitte, das ins Gedächtnis rufen zu dürfen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen eines sagen: Ich war immer bekannt und berüchtigt wegen meines Gedächtnisses. Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei hat am 15. April 1966 stattgefunden. Und unser Gespräch, Herr Bundeskanzler, wurde am 18. oder 19. April 1966 geführt. Also der Beschluß war bereits vorher gefaßt. *(Abg. Libal: Das stimmt ja gar nicht!)*

Und jetzt darf ich Ihnen sagen, daß wir damals zur Erkenntnis gekommen waren: Was Sie von uns verlangt haben, war nicht mehr, aber auch nicht weniger, als daß wir auf das verzichten, was uns das Volk am 6. März 1966 übertragen hatte, nämlich die absolute Mehrheit. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Es hat sich gezeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie nicht und auch wir nicht, ohne daß wir unsere Grundsätze aufgeben, zu einer Einigung kommen können. Darüber haben wir seither einige Male gesprochen und waren uns im großen und ganzen darüber im klaren, daß eine mit absoluter Mehrheit ausgestattete Partei nicht auf das verzichten kann, was ihr vom Volk übertragen worden ist. Das gilt heute für Sie genauso, wie es für uns damals gegolten hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Und jetzt zu Ihrer Bemerkung, Herr Bundeskanzler, weil Sie gemeint haben, ich sei einer derer gewesen, die ja mehr oder weniger die Totengräber der großen Koalition waren: Ich gestatte mir daran zu erinnern, daß ich es war — damals als Generalsekretär —, der zum ersten Mal den koalitionsfreien Raum in die Debatte geworfen hat. Warum? Um die Koalition, die damals — 1962, 1963 — bereits schwer krank war, vielleicht doch noch einmal zu retten. Das war damals die Motivation, die nicht verstanden wurde bei Ihnen und zum Teil auch in der eigenen Partei.

Und jetzt rufe ich meine damaligen Mitverhandler, als wir 1970 beisammensaßen — hier sitzen sie: Schleinzer, Koren, Bauer; wir saßen damals Ihnen gegenüber —, als Zeugen auf, meine Damen und Herren, wenn Sie gesagt haben, wir wären maßlos gewesen mit unseren Forderungen und hätten den Entscheid des österreichischen Volkes vom 1. März 1970 nicht zur Kenntnis genommen: Das, meine Damen und Herren, was Sie uns

Dr. Withalm

damals angeboten haben, war für eine Partei, die halbwegs auf ihre Ehre geschaut hat, einfach nicht tragbar und nicht annehmbar. Daran sind die Regierungsverhandlungen 1970 gescheitert! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages 1975.

Diese umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt den zu den Kapiteln 50 und 54 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages, die Kapitel 59 und 73 bis einschließlich 76 in 1285 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

B.

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz selbst samt Anlagen, soweit diese nicht schon Gegenstand der Spezialdebatte waren.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Doktor Gradenegger als Generalberichterstatter um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Dr. **Gradenegger:** Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen.

Die Bundesregierung hat am 17. Oktober 1974 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975 dem Nationalrat vorgelegt. In der 116. Sitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 22. Oktober 1974 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 118. Sitzung am 6. November 1974 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: Der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen I a bis I d), der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Dienstpostenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Bundesfinanzgesetz. Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975 stimmt mit dem in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetz weitgehend überein.

Nähere Details zum Bundesfinanzgesetz gehen aus dem vorliegenden Bericht des Finanz- und Budgetausschusses hervor.

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes. Der Text des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes hat sich gegenüber dem Jahre 1974 nicht verändert.

Die Anzahl der systemisierten Personenkraftwagen erhöhte sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1974 geringfügig um sieben Fahrzeuge, während sich die Anzahl der Motorräder um 51 Fahrzeuge verringerte.

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes. Im Text des Allgemeinen Teiles des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes wurden geringfügige sprachliche Verbesserungen vorgenommen.

Die Anzahl der systemisierten Anlagen soll sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1974 um neun erhöhen.

Dienstpostenplan. Der Dienstpostenplan des Bundes sieht für das Jahr 1975 eine Zunahme um 4662 Dienstposten vor. Der Großteil der neuen Dienstposten entfällt auf die Bereiche der Bundesministerien für Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung.

Im Text des Dienstpostenplanes nahm der Ausschuß folgende Berichtigungen vor:

Auf den Seiten 256 und 259 bei Konvikte und Schülerheime statt „Professor" und bei Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime statt „Professor" nunmehr jeweils „Direktor".

Auf den Seiten 329, 337, 338 und (13) statt den Begriffen „Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung", zu 1. bei Vertragsbediensteten Kategorie A I statt „Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung", zu 2. bei Vertragsbediensteten Kategorie A II statt „Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung", zu 1. bei Vertragsbediensteten Kategorie B I statt

Dr. Gradenegger

„Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung", zu 2. bei Vertragsbediensteten Kategorie B II statt „Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung", bei Bauten und Technik statt „Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung" nunmehr jeweils „Bundesbaudienst Wien".

Bei der Abstimmung wurde der Dienstpostenplan unter Berücksichtigung der erwähnten Berichtigungen mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1975 (1285 und Zu 1285 der Beilagen) sowie dessen

Anlage I — Bundesvoranschlag in der Fassung der Spezialberichte samt

Anlagen I a bis I d — Gesamtübersichten,

Anlage II — Konjunkturausgleich-Voranschlag samt dessen summarischer Aufgliederung in der Anlage II a,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag),

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) und

Anlage III — Dienstpostenplan in der erwähnten Fassung

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, stelle ich den Antrag, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wünscht der Herr Generalberichterstatter ein Schlußwort? — Bitte.

Generalberichterstatter Dr. **Gradenegger** *(Schlußwort)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debatte zum Bundesfinanzgesetz und zum Bundeshaushalt 1975 ist zu Ende. Wir stehen vor den Schlußabstimmungen.

Dies ist der Zeitpunkt, in einigen Sätzen ein Resümee über die Budgetdebatte zu ziehen.

Die Budgetdebatte im Plenum dauerte zehn Tage. Die Redezeit der Abgeordneten, der Berichterstatter und der Regierungsmitglieder betrug 95 Stunden und 24 Minuten. Es gab 267 Wortmeldungen von Abgeordneten: 89 Wortmeldungen von SPÖ-Abgeordneten, 138 von ÖVP-Abgeordneten und 40 von FPÖ-Abgeordneten, sowie 23 Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern.

16 Abgeordnete der SPÖ fungierten als Berichterstatter.

Die von Klubs empfohlene Redezeit von 40 Minuten für Hauptredner und 20 Minuten für die übrigen Abgeordneten und Regierungsmitglieder wurde von 64 Rednern nicht eingehalten. Da ich den Eindruck gewonnen habe, daß die Redezeit von keinem der Abgeordneten bewußt überzogen wurde und die Zeiten, um die die Redezeiten überschritten wurden, nur sehr geringfügig waren, möchte ich von Namensnennungen Abstand nehmen. *(Allgemeine lebhafte Heiterkeit.)* Durch Redner, die die Zeit nicht voll ausnützten, ergab sich ein Ausgleich mit der Redezeit jener Abgeordneten, die ihre Redezeit überzogen.

Die Limitierung der Redezeit ergab folgende Fakten: Es galt für die Abgeordneten, die Zeit optimal zu nützen. Die Abgeordneten gingen grundsätzlich weniger auf Zwischenrufe und Vorredner ein. Es gab im Haus weniger Dialoge zwischen den jeweiligen Rednern und den Abgeordneten. Die Redebeiträge waren konzentrierter. Der Zeitdruck zwang zur Prägnanz und verhinderte Wiederholungen.

Die Anwesenheitsquote lag während der Debatte zwischen 25 und 50 Prozent.

Erwähnen möchte ich, daß während der Budgetdebatte eine Reihe von Einzelpersonen und Delegationen bei Abgeordneten und Regierungsmitgliedern vorgesprochen hat.

Letztlich durfte auch die Alltagsarbeit der Abgeordneten — das bitte ich auch zu bedenken — und der Regierungsmitglieder während der Budgetzeit nicht ruhen.

Die beschränkte Redezeit bildete wegen der mannigfachen Anfragen besonders für die Regierungsmitglieder ein etwas schwerer zu bewältigendes Problem. Die Limitierung war aber im großen und ganzen positiv und diente der Straffung der Budgetberatungen.

Mit 11 Stunden und 3 Minuten war das Kapitel Landwirtschaft die Beratungsgruppe, die die meiste Zeit in Anspruch nahm, gefolgt vom Kapitel Bundeskanzleramt mit 9 Stunden 12 Minuten und vom Kapitel Soziale Verwaltung mit 8 Stunden und 5 Minuten.

Die von mir geführten ausführlichen Statistiken liegen für alle Abgeordneten zur Einsichtnahme auf.

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz sowie Titel und Eingang und die dazugehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Präsident

Es sind dies die Anlagen I a bis I d und II a, der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie die Anlage III, Dienstpostenplan — in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen. Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1975 samt Anlagen beendet. — Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. -- In dritter Lesung mit M e h r h e i t a n g e n o m m e n.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den zur Beratungsgruppe I eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Doktor Ermacora und Genossen betreffend Übertragung der Justizverwaltung an die Höchstgerichte.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die M i n d e r h e i t. A b g e l e h n t.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die n ä c h s t e Sitzung, die für Mittwoch, den 22. Jänner 1975, in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Schlußansprache

Präsident: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dieser Sitzung beenden wir zugleich unsere Arbeit im Jahre 1974. Aus einem solchen Anlaß ist zunächst ein kurzer Rückblick angebracht.

Das Hohe Haus hat in diesem nunmehr zu Ende gehenden Jahr 36 Plenarsitzungen abgehalten, in denen 167 Gesetze verabschiedet, 36 Abschlüsse von Staatsverträgen genehmigt und 29 von Mitgliedern der Bundesregierung vorgelegte Berichte zur Kenntnis genommen wurden. Von den 167 Gesetzesbeschlüssen erfolgten 141 einstimmig und 26 mit Stimmenmehrheit; vier Beharrungsbeschlüsse wurden ebenfalls mit Mehrheit gefaßt.

Ferner wurden in den Sitzungen des Nationalrates 21 Fragestunden abgehalten, in denen 267 mündliche Anfragen zum Aufruf gelangten. Schließlich wurden im Laufe des heurigen Jahres 349 schriftliche Anfragen eingebracht, 334 schriftliche Anfragebeantwortungen langten ein.

Schon diese Zahlen beweisen, daß das abgelaufene Jahr ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. Zwar ragen aus der Fülle der Gesetze heuer nicht so spektakuläre Reformwerke wie das im vergangenen Jahr verabschiedete neue Strafgesetzbuch und die neue Gewerbeordnung hervor, aber die Volksvertretung hat doch eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt, die einerseits den Veränderungen der Gesellschaft Rechnung tragen und anderseits dem kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Bürger dieses Landes dienen sollen. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf das Schulunterrichtsgesetz, auf das Bodenbeschaffungsgesetz und das Assanierungsgesetz sowie auf das Entgeltfortzahlungsgesetz.

Hohes Haus! Wenn man zu Ende dieses Jahres den Blick zurückrichtet, dann wird man in erster Linie an die Situation erinnert, in der wir uns vor genau einem Jahr befunden haben: Damals zogen gerade dunkle Wolken der Ungewißheit über unserer Energieversorgung, über der Konjunkturentwicklung sowie über der Währungs- und Stabilitätspolitik drohend herauf. Das meiste, was wir vor Weihnachten des vergangenen Jahres für das Jahr 1974 befürchteten, ist glücklicherweise nicht eingetreten.

Aber international gesehen hat sich die wirtschaftliche Lage nicht entspannt, sie ist vielmehr schlechter geworden, und auch Österreich wird es, wenn auch abgeschwächt durch eine entsprechende Beeinflussung der Politik, zu spüren bekommen.

Daß die Verteuerung importierter Energieträger unsere Handelsbilanz gewaltig belastet, ist ebenso eine Tatsache wie jene, daß die in der Welt herumrollenden Dollarmilliarden der erdölproduzierenden Staaten ernste Probleme für die internationale Währungspolitik und damit natürlich auch für Österreich darstellen.

Es wäre also völlig falsch zu behaupten, daß wir alle Schwierigkeiten bereits überwunden und keinerlei Vorsorgen für eventuelle Rückschläge zu treffen hätten. Im Gegenteil: Das kommende Jahr 1975 wird ein Jahr der Bewährung für uns alle und in vielfacher Hinsicht werden.

Im nächsten Jahr ist bekanntlich auch die Neuwahl des Nationalrates fällig. Die österreichische Bevölkerung wird zu einer der wichtigsten politischen Entscheidungen aufgerufen werden. In den Wochen vor einem solchen Urnengang pflegen die Wogen der Gefühle besonders hochzugehen, und schon lange vor-

Präsident

her verspüren Parteien und Politiker das Bedürfnis, sich gegeneinander abzugrenzen, widersprüchliche Positionen herauszuarbeiten und sich zu profilieren. Die Argumente ebenso wie jenes der zu fällenden Entscheidung drastisch vor Augen zu führen, ist nun Aufgabe der Politiker.

Es ist, geehrte Damen und Herren, ein Lebensgesetz der parlamentarischen Demokratie, daß von Zeit zu Zeit gewählt wird und daß in solchen Zeiten das Gegensätzliche bisweilen das Gemeinsame in den Hintergrund drängt. Nur eines darf nicht geschehen: daß nämlich das Gemeinsame dabei überhaupt zugrunde geht.

Um die Dinge beim Namen zu nennen: In der pluralistischen Gesellschaft unserer Tage haben einzelne und auch ganze Gruppen Anspruch auf verschiedene Auffassungen, verschiedene politische Zielsetzungen und so weiter. Letztlich entscheidet dann die Mehrheit, wobei die Minderheit nicht schutzlos ist, sie hat rechtsstaatliche Garantien, wie zum Beispiel die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, sie hat politische Instrumente wie Volksbegehren und dergleichen mehr.

Worum es mir aber geht, ist nicht die Formalität beziehungsweise Legalität des nun einmal in Gang gesetzten Prozesses unmittelbarer politischer Willensbildung; was mir am Herzen liegt, ist vielmehr die aus persönlicher Lebenserfahrung entspringende Sorge, daß meistens schwer aufgebaut, aber leicht zerschlagen ist. Es erfordert deshalb unser aller Aufmerksamkeit, damit nicht die nach 1945 unter schwierigsten Bedingungen errichtete demokratische Ordnung durch vielleicht gar nicht so übelwollende, sondern nur durch unbedachte Heißsporne einen Schaden erleidet. Man kann für diese oder jene politische oder weltanschauliche Gruppe eintreten, man kann für die Fristenlösung sein oder dagegen, für das Volksbegehren der „Aktion Leben" oder gegen dieses, aber man sollte eines nicht gefährden, was ein deutscher Politikwissenschafter einmal als die „politische Kultur" unseres Landes bezeichnet hat.

Es wäre traurig, sehr geehrte Damen und Herren, wenn Kultur in Österreich nur in Oper, Konzert, Theater und Festspielen vorhanden wäre, nicht aber auch kultivierte Politik, wenn wir einander nur im Festgewande mit Würde und gegenseitiger Achtung begegnen könnten, in der politischen Auseinandersetzung aber Barbaren wären, wenn wir zwar großartige Straßen und Brücken bauen, aber nicht mehr die Brücken der Verständigung zum Andersdenkenden und zum Anderswollenden fänden. Das, Hohes Haus, möchte ich ganz bewußt zum Abschluß des heurigen Jahres und für das kommende Jahr, das ein Jahr der Wahl sowie eine Zeitspanne der wirtschaftlichen und politischen Bewährung sein wird, in meiner Eigenschaft als Präsident des Nationalrates zum Ausdruck gebracht haben.

Und nun, sehr verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich auch in Ihrer aller Namen allen jenen danken, die uns in dem zu Ende gehenden Jahr behilflich waren, unsere umfangreichen Arbeiten zu bewältigen. Vor allem den Bediensteten des Hauses in ihrer Gesamtheit gilt dieser Dank. *(Allgemeiner Beifall.)* Sie sind es, die uns unter Hintanstellung ihrer eigenen Bedürfnisse stets getreu zur Seite stehen und mithelfen. Das gilt nicht nur für die in der Öffentlichkeit bekannten Sitzungen des Plenums, das Geschick und die Verläßlichkeit unserer beamteten Kollegen beweist sich auch dort, wo die notwendige und harte Vorarbeit geleistet werden muß, wie zum Beispiel in den Ausschüssen.

Ebenso gilt unser Dank allen jenen, die unsere Tätigkeit der österreichischen Öffentlichkeit vermitteln, nämlich den Damen und Herren der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens, und schließlich nicht zuletzt allen, die in irgendeiner Form Anteil am parlamentarischen Leben Österreichs genommen haben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ihnen, geehrte Damen und Herren, wünsche ich zum kommenden Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel alles Gute und daß wir einander zu Beginn des Jahres 1975 wieder zu gemeinsamer Arbeit im Dienste unserer demokratischen Republik Österreich zusammenfinden.

Meine Festtagswünsche gelten aber auch allen unseren Mitbürgern in Stadt und Land sowie allen Österreichern im Ausland und unseren Soldaten und Polizisten im Nahen Osten und auf Cypern.

Ich schließe mit dem Wunsche: Das Jahr 1975 möge für uns alle ein gutes und glückliches werden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Robert W e i s z, Doktor K o r e n und P e t e r zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 40 Minuten

Österreichische Staatsdruckerei L61 46894